Nr. 199. 31. Jahrg.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen: Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2,50 Mark, für das übrige Ausland 4 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich.

Die Insertions-Gebühr beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 60 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen", das fettgedruckte Wort 20 Pfg. (zulässig 2 fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Freitag, den 24. Juli 1914.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Sturmzeichen.

Wenn in Rußland im Sommer die Torfmoore brennen, sind die Fernstehenden in der Regel höchlichst erstaunt, wenn durch die dicken grauen Rauchschwaden, die die Gegend einhüllen, plötzlich das unterirdische Feuer emporlodert und mit rasender Schnelligkeit um sich greift. Genau denselben Vorgang erleben wir jetzt bei den Ereignissen, die sich in den letzten Tagen in Petersburg, Moskau und anderen Industriezentren des russischen Reiches abspielen. Schon seit Wochen war die Streikbewegung der Arbeiter in verschiedenen Teilen des Reiches in ein schärferes Stadium getreten. Von Provinz zu Provinz rollte die Welle der Arbeiterbewegung, die sich in der verschiedenartigsten Weise Ausdruck verschaffte. Bis plötzlich jetzt der gärende Unmut, die bis aufs höchste gespannte Unzufriedenheit der Millionen der Arbeiterbevölkerung jäh emporloderten und zuerst in Petersburg und gleich darauf in der Provinz zu Vorgängen führten, die als Vorläufer großer Ereignisse angesehen werden müssen.

Den ursprünglichen Anlaß zu dem Generalstreik in Petersburg, der jetzt die Aufmerksamkeit der ganzen Welt auf sich lenkt, gab der Sympathiestreik einer Anzahl Petersburger Fabriken für die streikenden Naphthaarbeiter in Baku. Dort stehen seit Wochen 30—40 000 Arbeiter im Lohnkampf gegen die Naphthamillionäre, die im Bunde mit der Polizei und den Gerichten ein wahres Schreckensregiment im Streikgebiet etabliert haben. Wie der Dumaabgeordnete Genosse Skobelew an den kaukasischen Statthalter und an den Ministerpräsidenten telegraphierte, werden die streikenden Arbeiter gewaltsam aus ihren Wohnungen entfernt, unter Militäreskorte aus der Stadt gebracht oder ins Gefängnis geschleppt und allen Schrecknissen der russischen Knutenherrschaft ausgesetzt. Mit Hilfe gefügiger Richter, die täglich Tausende von Arbeitern exmittieren, und mit Unterstützung ebenso willfähriger Regierungsbehörden versuchen die Grubenherren den geschlossenen Widerstand der streikenden Arbeiter zu brechen, und als Krönung dieses Werkes erschallt aus den Gefängnissen und Arrestlokalen in Baku das Gestöhn der mißhandelten Arbeiter, deren einziges Verbrechen darin besteht, daß sie mit ihren Klassengenossen vereint um die Aufbesserung ihrer elenden Lebensbedingungen kämpfen. Als die Nachricht von diesen ungeheuerlichen Zuständen nach Petersburg drang, veranstalteten die Arbeiter der großen Fabriken und Werke Versammlungen, auf denen Protestresolutionen angenommen und Geldsammlungen veranstaltet wurden. Eine Anzahl Fabriken trat, um diesem Protest größeren Nachdruck zu verleihen, in den Ausstand. Auf einigen anderen Fabriken wurde derselbe Vorschlag erwogen, um an Stelle des isolierten Vorgehens einzelner Betriebe eine gemeinsame Aktion des Petersburger Proletariats für seine bedrängten Brüder in Baku zu setzen. Bei einer dieser Versammlungen, die am Abend des 16. d. Mts. auf den Putilow-Werken stattfand, kam es zu einem blutigen Zusammenstoß mit der Polizei. Zwölf berittene Schutzleute sprengten in den versammelten Menschenhaufen hinein. Schüsse fielen, Knutenhiebe sausten auf die Menge herab, und ehe man sichs versah, war der Ort der friedlichen Versammlung in ein Schlachtfeld verwandelt, auf dem das Gestöhn der Verwundeten ertönte.

Die Antwort auf dieses Vorgehen der Polizei war eine umfassende Arbeitseinstellung in den Petersburger Fabriken am folgenden und nachfolgenden Tage. Am 17. streikten bereits 80 000, am 18. 120 000, am 19. Juli 160 000 Arbeiter in den Petersburger Fabriken. In den folgenden Tagen nahm die Zahl der Streikenden noch zu und beträgt jetzt über 200 000. Nicht nur die großen Metallfabriken und Staatswerke, auch die Textilfabriken, eine Anzahl Druckereien, ein großer Teil der Bäckereien, ein Teil der Straßenbahnangestellten und zahlreiche Handlungsgehilfen, Handwerker usw. schlossen sich dem Streik an, der wohl alle vorhergehenden Streiks der letzten Jahre an Umfang, Heftigkeit und Ausdauer übertrifft. Parallel mit dem Streik geht eine umfassende Demonstrationsbewegung, die sämtliche Vororte und Außendiertel Petersburgs beherrscht und nur durch ein ungeheueres Aufgebot von Polizei und Militär von den Prunkstraßen der Residenz ferngehalten wird. Doch immer stärker schlagen die Wogen der empörten Volksbewegung gegen die Mauern der inneren Stadt und immer schwerer wird es den uniformierten Hofhunden des Zarismus, den Newskiprospekt und die anliegenden Prunkstraßen vor dem Ansturm der Arbeitermassen frei zu halten.

Darauf ist aber gerade die Hauptaufmerksamkeit der Behörden gerichtet. Denn während das unterirdische revolutionäre Feuer an allen Ecken und Enden der Hauptstadt jäh emporlodert, beherbergt die innere Stadt den französischen Präsidenten mit seinem Gefolge, denen zu Ehren Petersburg festlich geschmückt worden ist. Die demonstrierende Arbeitermenge riß diesen Schmuck in den Arbeitervierteln und Vororten ab, und auch in der inneren Stadt sahen die Behörden sich gezwungen, die Entfernung des Fahnenschmuckes anzuordnen, weil die Arbeiter dadurch gereizt würden. Gleichzeitig sah die Regierung sich in Anbetracht der Anwesenheit des Vertreters der französischen Geldgeber gezwungen, den Befehl zu erteilen, daß die Polizei nicht schießen, sondern mit der Knute gegen die Arbeiter vorgehen solle. Sie übte diese Taktik aber nur kurze Zeit aus, und jetzt vernimmt der französische Bundesgenosse, dem der wahre Charakter des russischen Schandregiments vorenthalten werden sollte, außer dem Geschrei der von der Knute Mißhandelten auch die Gewehrsalven, mit denen die Freiheitsbewegung des russischen Proletariats niedergehalten wird.

In diesem zeitlichen Zusammentreffen des seit lange angekündigten Besuches des französischen Präsidenten mit dem neuen starken Emporlodern der revolutionären Bewegung liegt, wie zufällig dieses Zusammentreffen auch sein mag, eines der interessantesten Momente der Petersburger Ereignisse. Die echtrussische „patriotische" Presse wird sicherlich wieder die Verleumdung hervorholen, daß die Bewegung der Petersburger Arbeiterschaft mit deutschem Gelde inszeniert worden sei, um das herzliche Verhältnis zwischen Rußland und Frankreich zu stören. Und die deutsche „patriotische" Presse reibt schon heute schadenfroh die Hände, wie schön es sei, daß der Präsident Poincaré von der „Erzbereitschaft" seines Bundesgenossen im Osten einen genaueren Einblick erlangt habe. Wieweit sind diese elenden Schächer doch davon entfernt, den wahren Sinn der historischen Ereignisse zu erkennen. Geleitet von einer engherzigen, eigennützigen, kleinlichen Augenblickspolitik, vollständig befangen von den Trieben einer korrupten Politik, die keine Mittel scheut, sehen diese „Patrioten" hüben wie drüben der deutsch-russischen Grenze nicht, daß sich in den Petersburger Ereignissen die Vorboten der letzten großen Auseinandersetzung zwischen dem russischen Volke und dem Zarismus ankündigen. In dem Augenblick, wo der Zarismus sich anschickte, einen neuen Coup auf dem Gebiete seiner Auslandspolitik zu veranstalten und sich im Glanze seiner Erpresserpolitik nach zwei Fronten hin zu sonnen, ertönt von unten her, obwohl nur zufällig mit diesem Ereignis verknüpft, das Menetekel der werktätigen Schichten der hauptstädtischen Bevölkerung, die all den Haß, die Empörung, das niedergehaltene Streben nach Freiheit, die in den Jahren der Konterrevolution in den Herzen sich ansammelten, in der neuen großen Bewegung gegen den Zarismus zum Ausdruck bringen. Und diese Drohung der Volksmassen in Petersburg erhält ein um so größeres Gewicht, als sie auch in der Provinz regen Widerhall findet. Auch in Moskau, Riga, Tiflis und anderen Städten streiken die Arbeiter. Aus dem unterirdischen brennenden Torfmoor, in das sich das ganze Reich verwandelt hat, bricht nicht nur eine vereinzelte Flamme empor. Es gärt überall im heiligen russischen Reiche. Ueberall sind die Getretenen und Geächteten, geführt von der klassenbewußten Avantgarde der Arbeiterbevölkerung, von demselben Streben nach Freiheit, von derselben glühenden Begeisterung für den Kampf gegen wirtschaftliche und politische Entrechtung erfüllt. Unzählige unterirdische Kanäle verbinden diese Feuerherde, die keine „Agitatoren" brauchen, um sich miteinander zu vereinigen. Und wenn es heute noch nicht möglich ist, vorauszusehen, wann und wie die Stunde der Entscheidung schlägt, so verkünden die jetzigen Ereignisse schon mit Tausenden von Zungen: **der Sturm naht!**

* * *

Die Streikbewegung.

Petersburg, 23. Juli. Der Arbeiterstreik hat auf eine Reihe von Städten übergegriffen. Arbeitsniederlegung im kleineren oder größeren Maßstabe wird aus Reval, Jekaterinoslaw, Saratow und Charkow gemeldet. In Riga nimmt der Streik täglich an Umfang zu. Die Ausstände sind durchweg politischen Charakters. In allen großen Städten Südrußlands gärt es unter den Arbeitern. In einzelnen Städten hat die Polizei den Zeitungen die Veröffentlichung von Streiknachrichten verboten.

Petersburg, 23. Juli. Nach amtlichen Berichten beziffert sich die Zahl der Ausständigen einschließlich der Druckereiarbeiter und Straßenbahnangestellten gestern auf 120 000 Mann. Der Straßenbahnverkehr ist fast eingestellt. Nur 46 Wagen verließen die Depots und verkehrten unter dem Schutze der Polizei bis zum Abend. An verschiedenen Plätzen sangen die Streikenden, die rote Fahnen mit sich führten, revolutionäre Lieder. In dem Stadtteil Wiborg zerstörten die Ausständigen Telephonanlagen, warfen Holzwagen um und errichteten Barrikaden, von denen aus sie mit Steinen warfen. Hin und wieder schossen sie auch auf die Polizei und die Truppen, denen es aber durchweg gelang, die Demonstranten zu zerstreuen und die Barrikaden zu zerstören. An vier Stellen der Stadt wurden Polizei und Truppen angegriffen, von einem Steinhagel verwundet und gezwungen, Feuer gegen die Demonstranten zu eröffnen. Die Zahl der verwundeten Ausständigen ist nicht bekannt, da die Arbeiter (?) sie verbergen. Bis jetzt weiß man, daß fünf Arbeiter getötet und acht verwundet wurden. Drei Polizeibeamte wurden schwer verletzt und mußten ins Krankenhaus gebracht werden. Die Verwundungen des größten Teils der verletzten Beamten sind leicht; sie können weiter Dienst tun.

Petersburg, 23. Juli. Die Streiklage ist unverändert. Es streiken über 100 000 Personen. Vormittags wurde an einigen Stellen versucht, Barrikaden zu errichten. An der Petersburger Seite kam es zu einem Zusammenstoß zwischen Demonstranten und der Polizei. Mehrere Arbeiter wurden verhaftet. Auf der Nikolaibahn stellten gestern abend 400 Arbeiter die Arbeit ein, nahmen sie aber heute wieder auf, nachdem die Rädelsführer verhaftet worden waren. 500 Streikende versuchten sich dem Gleise der Nikolaibahn zu nähern, wurden jedoch von Kosaken zerstreut. Der Straßenbahnverkehr ist teilweise wieder aufgenommen worden. Die Strecken sind verkürzt, die Zahl der verkehrenden Wagen ist unbedeutend.

Bei der Vertreibung der Streikenden von den Barrikaden sind gestern 17 von ihnen verwundet worden. Bei einem heutigen Zusammenstoß in einem Petersburger Stadtteile wurden eine Frau getötet und ein Schutzmann verwundet.

Petersburg, 23. Juli. Die Lage wird hier infolge der Arbeiterunruhen immer schwieriger. Die Streikziffer ist unverändert. Gestern mittag legten auch die Wagenführer der Straßenbahnen die Arbeit nieder, so daß der Verkehr nur noch auf wenigen Linien der inneren Stadt durch Aushilfsarbeiter betrieben werden kann. Die Geschäfte in den Außenvierteln sind geschlossen. Die Vorstädte machen den Eindruck von Militärlagern. Der Versuch Ausständiger, das Schlachthaus gewaltsam zu schließen, wurde durch Truppen verhindert. Auf der finnischen Küstenbahn hielten Arbeiter die Züge auf; die Linien sind jetzt militärisch besetzt. Da ein Teil der Werkstättenarbeiter der Eisenbahnen gestern feierte, befürchtet man ein Uebergreifen der Bewegung auf die Eisenbahnen. Man bereitet deshalb die Betriebsführung durch die Eisenbahntruppen vor. Aus der Provinz treffen verworrene Nachrichten ein, die jedenfalls erkennen lassen, daß die Streikbewegung um sich greift. Gestern abend fand ein Ministerrat zur Erörterung der Lage statt.

Konservative Niederlage in Labiau-Wehlau.

Labiau, 23. Juli. (W. T. B.) Vorläufiges amtliches Wahlresultat. Bei der heutigen Stichwahl im Reichstagswahlkreis Labiau-Wehlau erhielten Bürgermeister Wagner-Tapiau (Fr.) 9072 und Amtsrat Schrewe (kons.) 7650 Stimmen. Ungültig waren 10 Stimmen. Bürgermeister Wagner ist somit mit einer Majorität von 1422 Stimmen gewählt.

Es war nach den Wahlziffern des ersten Wahlganges, wonach Fortschrittler und Sozialdemokratie zusammen 795 Stimmen mehr aufgebracht hatten, als der konservative Kandidat, ja anzunehmen, daß die Konservativen eine Niederlage erleiden würden. Daß aber die Schlappe eine so schwere für die Junker werden würde, war kaum zu hoffen.

Das Wahlergebnis des ersten Wahlganges war das folgende:

Konservative	7522 Stimmen
Fortschrittliche Volkspartei	6331 „
Sozialdemokratie	2186 „

Danach hat der fortschrittliche Kandidat, für den die Sozialdemokratie geschlossen eintrat, in der Stichwahl 1755 Stimmen mehr erhalten, als beim ersten Wahlgang, während der konservative Stimmenzuwachs sich nur auf 128 Stimmen belief! Die Wahlbeteiligung war diesmal also ganz bedeutend höher als bei dem ersten Wahlgang. Es zeigte sich aber, daß die bei dem ersten Wahlgang nicht abgegebenen Stimmen nicht, wie die Konservativen noch zu hoffen wagten, von konservativen Wählern stammten, sondern von freisinnigen und sozialdemokratischen Wählern. Wahrscheinlich steckt unter dem Mehr von 1755 Stimmen, das jetzt bei der Stichwahl auf den fortschrittlichen Kandidaten entfiel, ein sehr großer Prozentsatz sozialdemokratischer Wählerstimmen, die bei dem ersten Wahlgang verhindert waren, für die Sozialdemokratie zu stimmen, aber bei der Stichwahl ihr Votum für den Gegner des konservativen Kandidaten in die Wagschale warfen.

In ihrer eigensten Domäne haben also die Konservativen trotz alles Wahlterrorismus und aller Wählerbeeinflussung, trotz eines perfid ausgeklügelten Wahltermins und trotz möglichst langer Verheimlichung des Stichwahltermins eine schwere Niederlage erlitten!

Sozialdemokraten als Arbeitgeber.

Das Thema hat schon häufig herhalten müssen im Kampfe gegen die Sozialdemokratie. In der Verlegenheit um andere Mittel kommt man immer wieder darauf zurück. Jetzt ist es der Reichsverbandshäuptling v. Liebert, der alte Ladenhüter hervorsucht, um sein Gift gegen die verhaßten Roten verspritzen zu können. Der Durchfall in Borna-Pegau hat ihn offenbar noch wütender gemacht. In seiner Aufregung fiel dem Manne nun eine Broschüre in die Hand, die unter Mithilfe des berüchtigten Teutonia-Verlags ein gewisser Herr Max Heller über „Sozialdemokratische Arbeiterausbeutung" verbrochen hat. Dieser Herr verarbeitete in seiner Art — denn es mußte ja der im Titel ersichtliche Zweck erreicht werden — eine Statistik des „Reichsarbeitsblattes" über Lohn- und Arbeitsverhältnisse in Konsumvereinen. Die in diesem Pamphlet mißbrauchten Zahlen gaben Herrn von Liebert den nötigen

Spirkus, um im Scherlschen „Tag" einen Artikel über „Sozialdemokraten als Arbeitgeber" abzuladen. Obwohl jedes anständige Blatt alles, was von Reichsverbandsseite gegen die Sozialdemokratie ausgeheckt wird, nach den bisherigen Erfahrungen mit dem größten Mißtrauen ansehen muß, druckte die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" den Liebert-Artikel unbesehen nach.

Wir haben vor nicht zu langer Zeit erst in einem ganz ähnlichen Falle an der Hand eines Artikels in einem Berliner fortschrittlichen Blatte die Unwahrhaftigkeit und den Unfug nachgewiesen, der durch solches Geschreibsel getrieben wird. Auch den Liebert-Erguß möchten wir ein wenig unter die Lupe nehmen. Es heißt da:

> Ein weiteres wenig erfreuliches Bild bieten die von der Partei begründeten Konsumvereine, die in dem „Zentralverband deutscher Konsumvereine" organisiert sind. Dort finden wir unerträgliche Zustände: 13—16stündige Arbeitszeit, Stundenlöhne von 18—23 Pf., mangelnde Sonntagsruhe, Kinder- und Frauenausbeutung, durch das amtliche Reichsarbeitsblatt von 1912, Nr. 5, S. 348, nachgewiesen. Den seitens der Sozialdemokratie vom Staat und vom kapitalistischen Unternehmer geforderten Achtstundentag gibt es hier überhaupt nicht. Dagegen haben von 2710 Personen (im Jahre 1910) 439 13½ Stunden, 1105 11½ Stunden, 967 bis zu 10 Stunden und einzelne 15 und 16 Stunden Arbeitszeit! Dabei ist die Mittagspause abgerechnet. Welcher Widerspruch zwischen den marktschreierischen Forderungen anderen gegenüber und den eigenen Leistungen!
>
> Nahezu die Hälfte aller Angestellten hat an Sonntagen bis zu 6 Stunden Arbeit zu verrichten. Die Löhne der Arbeiter, d. h. der mit einem Gehalt bis zu 140 M. monatlich Angestellten, bewegen sich eher in absteigender als aufsteigender Linie, wie ein Vergleich zwischen den Nachweisen der Jahre 1908 und 1910 dartut. Unter 80 M. Monatslohn (!) bezogen 1910 181 Personen, unter 90 M. 95 Personen usw. Bei den Lagerhaltern finden sich männliche und weibliche Angestellte mit 40, 45, 50 usw. M.! Dazu tritt unbezahlte Arbeit von Frauen und Kindern, ein Höchstgehalt der Verkäuferinnen bis 30, 40, 50 M. Es kann nicht wundernehmen, wenn der sozialdemokratische Lagerhalterverband mit seinen Ausgaben für Rechtsschutz (gegen sozialdemokratische Arbeitgeber) prozentual nahezu an erster Stelle in der Gewerkschaftsbewegung steht.
>
> Und warum diese Lohndrückerei, diese Auspressung der Angestellten und Arbeiter? Weil die Konsumvereine genötigt sind, hohe Dividenden aufzubringen und damit ihre Kunden zu befriedigen. Diese „Dividendenjägerei der Mitglieder" ist selbst von den „Sozialistischen Monatsheften", 1906, 1. Band, S. 190, als „kapitalistische Profitwut" gebrandmarkt worden. Im Dresdener Konsumverein konnte 1905 die Pensionsberechtigung der Angestellten nicht durchgesetzt werden, weil bei 6 Millionen Mark Umsatz die Dividende von 7 auf 8 v. H. erhöht werden mußte!

Ueber die Methode, die Partei für Verhältnisse in den Konsumvereinen verantwortlich zu machen, soll ohne weiteres hinweggesehen werden. Die hier beliebte Verwendung und Aufmachung von Zahlen aber ist eine unerhörte Irreführung und die allgemeinen Behauptungen über die verschiedenerlei angebliche Ausbeutung ein großer Schwindel! Das verrät schon eine einzige Feststellung:: die hier verwendete Statistik umfaßt ganze 2710 Personen; im Jahre 1913 waren aber in den dem Zentralverband deutscher Konsumvereine angeschlossenen Genossenschaften **29 276 Personen beschäftigt!** Die Statistik bezieht sich auf die kleinsten und weniger leistungsfähigen Vereine. Die Angaben sind endlich an fünf Jahre alt. Gerade während dieser Zeit sind die in Betracht kommenden Verhältnisse jedoch wesentlich verbessert worden. Unseres Wissens betreffen sie auch nicht nur Vereine des Zentralverbandes, sondern auch solche des Allgemeinen (bürgerlichen) Verbandes, dem 1913 noch 290 Konsumvereine angehörten.

Wie es gemacht wird, zeigt besonders auch der letzte Satz, der sich auf Dresden bezieht. Es ist einfach erlogen, wenn behauptet wird, die Pensionseinrichtung für die Angestellten sei 1905 verweigert worden, weil man die Dividende von 7 auf 8 Proz. heraufsetzte. Die 8 Proz. werden im Konsumverein Vorwärts, Dresden, schon seit 1904 gezahlt. Die Pensionseinrichtung war von der Gesamtverwaltung vorgeschlagen, sie fand aber in der Generalversammlung damals keine Mehrheit. Inzwischen ist sie längst eingeführt. Mit solchem Material arbeitet ein gebildeter Mann, der doch von Liebert wohl sein will! Da er auf Dresden verweist — sonst sind seine Angaben ganz allgemein —, möge zum Beispiel und Vergleich einiges über die dortigen Lohn- und Arbeitsverhältnisse gesagt sein, die Geschäftsberichte geben darüber genauen Aufschluß und Herr v. Liebert müßte seine Nase einmal dort hinein, statt in die Hellersche Schmähschrift stecken. Also: die Arbeitszeit beträgt für das technische und Kontorpersonal 8 Stunden, die Läden sind von ½8 Uhr bis 8 Uhr, Sonnabends bis 9 Uhr offen. Das Ladenpersonal hat zwei Stunden Mittags- sowie Frühstücks- und Vesperpause. Sonntags sind die Läden geschlossen. Alle vierzehn Tage gibt es einen freien halben Tag. Die Gehälter betragen: für Verkäuferinnen 45 (Lehrmädchen) bis 85 Mk. (nach fünf Jahren) pro Monat; für die Lagerhalter 1700 bis 2800 M. pro Jahr, für die Kontorangestellten 1500 bis 2700 M., Handwerker und Markthelfer erhalten 27 bis 32,40 M. pro Woche, Arbeitsmädchen und -frauen 13,60 bis 18,70 M., Chauffeure 30 bis 35 M. Alle Beschäftigten erhalten Ueberstunden nach wesentlich erhöhten Sätzen extra bezahlt. Ferien werden unter Fortzahlung des Lohnes von einer bis zwei Wochen — nach den Dienstjahren — gewährt. In Krankheitsfällen wird der Lohn bis zu vier Wochen fortgezahlt, der § 616 des B. G.-B. wird in loyalster Weise angewendet. Außerdem leistet der Verein noch in sozialer Beziehung manches. Bei Aufgabe des Arbeitsverhältnisses wegen Alters oder Invalidität garantiert er Weiterzahlung von 40 Proz. des zuletzt bezogenen Verdienstes. Auch die Bäcker haben achtstündige Arbeitszeit. Das Lohn- und Arbeitsverhältnis ist bei allen Beschäftigten nach Vereinbarung mit den in Betracht kommenden Gewerkschaften tariflich geregelt. Das Personal hat also in jedem Falle einen berechtigten Anspruch auf Lohnsteigerungen und alle sonst gebotenen Leistungen des Vereins.

Es dürfte in Dresden nicht ein einziges gleichartiges privates Konkurrenzgeschäft geben, das derartige günstige Lohn- und Arbeitsverhältnisse bietet. Der Sonntags-Ladenschluß wurde bei den Konsumvereinen schon vor zirka 20 Jahren eingeführt, als noch kein Privatgeschäft daran dachte, und genau so liegt es mit dem Achtuhr-Ladenschluß. Und so oder ähnlich wie in Dresden steht es bei allen großen und größeren Konsumvereinen des Zentralverbandes, die den weitaus größten Teil an beschäftigtem Personal aufweisen. Aber auch die kleinen und kleinsten Vereine sind bemüht, in dieser Hinsicht vorbildlich zu sein. Selbstverständlich spielen die lokalen Verhältnisse dabei eine Rolle. Irgendein kleiner abgelegener Ort kann nicht verglichen werden mit Berlin, Hamburg, Dresden usw. Die Hauptfrage ist: wie stehen die Konsumvereine im Vergleich zu ähnlichen privaten Unternehmungen? Und da wird es Herrn v. Liebert recht sauer werden, seine unverantwortlich leichtfertig aufgestellten Behauptungen aufrechtzuerhalten. Die „Produktion" in Hamburg stellt in ihrem Geschäftsbericht auf das Jahr 1913 fest, daß für Zwecke sozialer Fürsorge allein 237649 M. ausgegeben wurden; das sind 12 Proz. der Lohnsumme und 1 Proz. des Umsatzes! Diese Genossenschaft beschäftigte 1415 Personen, der „Vorwärts" in Dresden 1100 Personen.

Im vorigen Jahre hat der Verband der Bäcker, Konditoren usw. eine Statistik über die Arbeitsverhältnisse in Großbäckereien veranstaltet, um Vergleiche zwischen privaten und Genossenschaftsbäckereien zu ermöglichen. Erfaßt sind 230 Konsumvereinsbäckereien mit 3247 und 253 private Brotfabriken und Großbäckereien mit 4052 Beschäftigten. Nach den Ergebnissen dieser Statistik betrug die Arbeitszeit in den Konsumvereinsbetrieben im Durchschnitt 8,2, in den Privatbetrieben aber 9,9 Stunden. Der durchschnittliche Arbeitslohn war bei den vier verschiedenen Kategorien in den Konsumvereinsbetrieben 0,53 bis 3,09 M. höher als in den privaten Bäckereien. Trotz wesentlich geringerer Arbeitszeit höherer Lohn! Die Statistik sagt ferner, daß die Konsumvereinsbäckereien in der Gewährung von Sommerferien und Vergünstigungen nach § 616 des B. G.-B. den privaten Betrieben „weit voraus" sind.

Es ist weiter zu beachten, daß erst der letzte Konsumgenossenschaftstag, der vor fünf Wochen in Bremen stattfand, neue Tarife für die Bäcker und Transportarbeiter beschlossen hat, die nicht unwesentliche Verbesserungen bringen. Danach erhalten alle in Betracht kommenden Arbeiter und Arbeiterinnen vom nächsten 1. August ab eine Lohnzulage von 2 M. bzw. 1 M. pro Woche. Am 1. August 1916 tritt dann eine weitere Steigerung von 1 M. bzw. 50 Pf. pro Woche ein; ganz abgesehen von anderen Verbesserungen. Die dadurch entstehende gesamte Mehrbelastung der Konsumvereine ist auf etwa 15 Proz. berechnet worden.

An diesem Material mag sich Herr v. Liebert nun einmal die Zähne ausbeißen. Vielleicht vergeht ihm dann in Zukunft doch etwas der traurige Mut, über Dinge zu schreiben, von denen er keine blasse Ahnung hat. Denn wir wollen vorläufig nicht annehmen, daß er seine Behauptungen wider besseres Wissen aufstellte.

Noch ein Wort zu einem Angriff auf die Hamburger „Produktion", die bekanntlich vor drei Jahren in Mecklenburg ein größeres landwirtschaftliches Gut erwarb. Es wird behauptet, der „alte Stamm" Arbeiter habe das Gut verlassen, weil die Löhne um 316 M. pro Mann herabgesetzt worden wären. In den letzten beiden Jahresberichten befinden sich Anhaltspunkte dafür nicht. Aber manches andere wird gesagt, was auch diese Behauptung unwahrscheinlich macht. So wird in dem Geschäftsbericht auf das Jahr 1912 ausgeführt:

> „Nach den vorgefundenen Verhältnissen machte sich folgender Arbeitsplan notwendig, der auch bereits im ersten Besitzjahr in Angriff genommen wurde. Die Zahl der auf dem Gut ansässigen Arbeiterfamilien sollte insoweit vermehrt werden, daß später die Beschäftigung von Saisonarbeitern wesentlich eingeschränkt werden kann. Um einen Zuzug von Arbeitern einzuleiten, wurden die arg vernachlässigten Arbeiterwohnungen einer umfassenden Renovierung unterzogen und die Lohnverhältnisse neu geregelt. Es gelang, auch im ersten Jahre vier Familien auf dem Gute neu anzusiedeln, so daß alle verfügbaren Wohnstellen besetzt sind. Es besteht ein starkes Angebot einheimischer Arbeiter, so daß, wenn im nächsten Jahre die Zahl der Wohngelegenheiten vermehrt wird, weitere Familien angesiedelt werden können.
>
> ... Stark vernachlässigt zeigten sich auch die vorhandenen Wiesen. Mit der Verbesserung wurde ebenfalls begonnen. Da das vorhandene Gelände in nächster Nähe das Material für das Uebersanden eines Teiles des Wiesenlandes bietet, so ist mit den Vorarbeiten hierzu wie mit der Anlage von Dauerweiden auf dem abgesandeten Lande begonnen. Die veralteten, zum Teil aufgebrauchten Maschinen mußten durch neue ersetzt werden. ..."

Auch Angaben im Geschäftsbericht auf 1913 lassen erkennen, daß das Gut bei der Uebernahme stark heruntergewirtschaftet war. Und ganz sicher ist, daß man in einem Konsumverein unter einer „Neuregelung" der Löhne nicht eine Herabsetzung versteht. In diesem Falle würde auch kaum von einem „starken Angebot einheimischer Arbeiter" geredet werden können. Die Landwirte klagen ja stets über Arbeitermangel.

Was der Liebert-Artikel sonst noch über unsere Volkshäuser und Parteizeitungsbetriebe sagt, ist elendes Blech. Jedes Kind weiß sozusagen, daß unsere Volkshäuser gerade deshalb nicht große Ueberschüsse bringen können, weil das Personal besser bezahlt wird und die Gäste die Waren für billigeres Geld bekommen. Das alles braucht ein Herr v. Liebert freilich nicht zu wissen, um in moralischer Entrüstung darüber zu schreiben. Den Gipfel seines unverfrorenen Beginnens erklimmt er mit folgendem Schlußsatze:

> Es ist ja nicht leicht, an die systematisch verhetzten Arbeiter mit der Wahrheit und mit den Tatsachen heranzukommen, aber vielleicht bricht sich das Licht doch Bahn und bringt viele zur Besinnung. An Material zur Belehrung fehlt es wahrlich nicht.

Wie es mit dieser Art „Wahrheit", mit diesen „Tatsachen" und mit dem „Material zur Belehrung" steht, glauben wir genügend gezeigt zu haben. Was wird das Regierungsblatt nun sagen?

Politische Uebersicht.

Monopolpläne.

Ueber die Monopolpläne der Regierung schwirren die Nachrichten hin und her. Eine Korrespondenz, die nicht selten offiziöse Meldungen verbreitet, bestätigt zunächst, daß sich sicheres erst würde sagen lassen, wenn im August der Finanzbedarf durch die Forderungen der einzelnen Ressorts festgesetzt ist; dann heißt es weiter:

> „Von den in Vorschlag gebrachten Steuerplänen dürfte allerdings in erster Linie wohl ein Zigarettenmonopol in Betracht zu ziehen sein, da dies sowohl von Interessenten empfohlen wie auch sonst Zustimmung finden dürfte. Außer dem Verband Deutscher Zigarettenfabrikanten, der eine Denkschrift über ein Reichs-Zigarettenmonopol eingereicht hat und die Mehreinnahmen durch das Monopol auf 160 Millionen berechnet, sind auch aus Kreisen des heimischen Tabakbaues Wünsche auf Durchführung einer Erhöhung der Steuer für Zigaretten in dringender Weise geltend gemacht worden. Ferner hat sich kürzlich der badische Landtag und der badische Finanzminister für die Zigarettensteuer erklärt."

Die Gerüchte über den Plan eines Elektrizitätsmonopols dürften sich nach dieser Korrespondenz nicht bestätigen. Die Anregung der Zündholzfabrikanten, ihre Unternehmungen zu verstaatlichen, soll ebenfalls keine Aussicht auf Erfüllung haben.

Eine andere Korrespondenz will wissen, daß alle auf ein Kalimonopol hinzielenden Vermutungen falsch seien, und daß auch der Petroleummonopol-Entwurf nicht wieder eingebracht werden würde.

> „Wohl aber wird am Elektrizitätsmonopol sehr eifrig, aber auch sehr vergebens gearbeitet; das Zigarettenmonopol ist so gut wie fertig, und geht schon im September dem Bundesrat zu."

Das „Berl. Tgbl." hat sich aus Dresden, dem Hauptsitz der Zigarettenindustrie, berichten lassen, daß man dort nichts von Monopolplänen wisse und auch der Möglichkeit ihrer Verwirklichung sehr skeptisch gegenüberstände. Auch der Vorsitzende des Zigarrenhändlerverbandes, der von der „Berliner Volkszeitung" ausgefragt worden ist, hat Zweifel gegen die Monopolgerüchte geäußert und einen Vorteil aus dem Reichsmonopol gegenüber den heutigen Verhältnissen bestritten. —

Daß sich im Reichsschatzamt irgend etwas vorbereitet, wird sich kaum bestreiten lassen. Im übrigen wird man abwarten müssen, was herauskommt. Ueber die heutigen Verhältnisse, die für ein Zigarettenmonopol in Betracht kommen, mögen folgende Mitteilungen orientieren:

Im Jahre 1913 brachte die Steuer auf inländischen Tabak 10,8 Millionen Mark, die Zigaretten-Banderolensteuer 36,5 Millionen Mark, und der Zoll auf ausländischen Tabak 116,4 Millionen Mark; im ganzen war der Tabakkonsum mit 163 Millionen Mark belastet, was einer Steuerleistung von 2,4 Mk. auf den Kopf der Bevölkerung entspricht.

Ueber die kolossale Zersplitterung der Zigarettenindustrie geben die folgenden Zahlen Aufschluß: im Jahre 1912 stellten nur Zigaretten 1006 Fabriken her, von denen 517 ohne Gehilfen, 42 nur mit Maschinen, 122 mit Maschinen und Handarbeit, 841 mit reiner Handarbeit und 228 mit Heimarbeit arbeiteten. Außerdem gab es 317 Fabriken, die Zigaretten und Zigarettentabak herstellten, 46 Fabriken, die nur Zigarettentabak herstellten und schließlich 26 Fabriken, die ausschließlich Zigarettenhüllen herstellten. Auch in diesen letzterwähnten Betrieben spielt die Hand- und Heimarbeit noch eine sehr große Rolle.

Nach der „Tägl. Rundschau" soll die auf 500 Millionen Mark veranschlagte Ablösungssumme nach einem bestimmten Berechnungsschlüssel aufgestellt werden. Es erhellt aus den angeführten Zahlen, daß die Struktur der Industrie alles andere als einheitlich ist, und daß sich deshalb auch ein gemeinsamer Berechnungsschlüssel nicht finden läßt. Es besteht die sehr große Gefahr, daß die wenigen sehr rentablen Großbetriebe um immense Summen aufgekauft werden, und daß sich die Hunderte von Zwergbetrieben in den kümmerlichen Rest teilen sollen.

Neue Prellerei der Beamten.

Eine anscheinend offiziöse Meldung besagt, daß der Reichstag sich im Herbst abermals mit einer Besoldungsnovelle zu befassen haben werde. Aber diese Novelle werde über das von der Mehrheit des Reichstages abgelehnte Kompromiß nicht hinausgehen und auch nur dann dem Hause zugehen, wenn ihre Annahme sichergestellt scheine. Das heißt: auch die für den Herbst in Aussicht gestellte Novelle soll die Forderungen der elsaß-lothringischen Eisenbahner und der gehobenen Unterbeamten unberücksichtigt lassen — Forderungen, die doch von der Budgetkommission einstimmig als das alleräußerste, als das bescheidenste Mindestmaß bezeichnet worden waren! Die in Frage kommenden Beamtenschichten sollen offenbar wieder mit dem famosen Zukunftswechsel, der in Aussicht gestellten Aufbesserung vom 1. April 1916 ab abgespeist werden.

Meinten es Regierung und Parteien ernst mit diesem Versprechen, so wäre es geradezu lächerlich, den Beamten ihre Zulagen um ein Jahr oder 18 Monate abzufeilschen. Aber gerade weil die Regierung selbst sehr daran zweifelt, ob sie ihr Versprechen einlösen wird, will sie von der Erfüllung der dringlichen Beamtenwünsche nichts wissen.

Im Dreiklassenparlament meinte selbst der nationalliberale Abgeordnete Dr. Schröder, daß die Verheißungen für das Jahr 1916 wegen internationaler Verwickelungen leicht unerfüllt bleiben könnten. Nun, auch wenn es nicht zu Verwickelungen kommt, so doch zu neuen Rüstungsausgaben, die bei der ohnehin schon traurigen Lage der Reichsfinanzen den Vorwand abgeben werden, auch 1916 den Beamten das zu versagen, was der Deutsche Reichstag 1914 anfangs einstimmig für absolut notwendig erklärt hatte!

Das ganze Manöver würde also auf eine plumpe Prellerei breiter Beamtenschichten — auch in Preußen! — hinauslaufen. Ob sich auch das Zentrum zu einer solchen Prellerei bereitfinden lassen wird?

Ehren-Doktorwürde per Inserat.

Das Geschäft des Titelschachers scheint immer noch ganz einträglich zu sein. Jedenfalls lassen sich diese menschenfreundlichen Firmen ihre Reklame etwas kosten. Neuerdings scheint man sich auch nicht mehr darauf zu beschränken, neben allerlei Titulaturen mit „Doktorwürde" zu handeln, sondern auch der „Dr. h. c." (ehrenhalber Doktor) ist in den Geschäftskatalog der modernen Titelvermittler aufgenommen worden. Der Umfang jenes Gewerbes fängt allmählich auch in bürgerlichen Kreisen an, unangenehm empfunden zu werden. Selbst die „Zeitschrift des Verbandes Deutscher Diplomingenieure", die gewiß nicht sozialdemokratisch anrüchig ist, protestiert aufs schärfste gegen den Titelschacher. Als Neuestes auf diesem Gebiet finden wir dort folgendes in verschiedenen Tageszeitungen erschienene Inserat glossiert:

> Dr. h. c.
> Herren i. achtungsgebiet. Pos., deren Berufe a. akad. Vorb. beruh., od. aber Männer m. wirkl. gelehrt. Verd. hab. Aussicht a. Verleih. d. Ehrendoktorats. Zweckdienl. umfass. Inform. durch Fr. W. Schmidt, Winterfeldtstr. 30 B.

Wie gut für die „Männer mit wirklich gelehrten Verdiensten", daß es in der Winterfeldtstraße eine edle Seele gibt, die keine Inseratkosten scheut, um der Wissenschaft auf „zweckdienliche" Weise zu Ruhm und Ehre zu verhelfen.

Konservativer Aerger.

Der „Deutschen Tageszeitung" ist, wie schon kurz erwähnt, der Artikel schwer in die Glieder gefahren, in dem wir aus dem Buche des Hauptmanns a. D. Pommer einige zutreffende, aber für waschechte Patrioten ärgerliche Stellen über die Verhältnisse im deutschen Heer und Offizierkorps wiedergegeben haben. Das Agrarierblatt schiebt, vornehm wie es nun einmal ist, die berechtigte Kritik des Hauptmanns a. D. an unerträglichen Mißständen auf die „Verbitterung eines vermeintlich zu Unrecht verabschiedeten

Offiziers" und redet von „Dingen, die den Stempel des Märchens an der Stirn tragen". Demgegenüber sei bemerkt, daß Herr Pommer, wahrscheinlich in Voraussicht derartiger Anwürfe, im Vorwort seiner Schrift sagt:

Nur persönliche Eindrücke und Erlebnisse, für deren Richtigkeit jederzeit Beweise unter Namensnennung erbracht werden können, bilden den Gegenstand dieser Abhandlung. Die Beweggründe, welche den Verfasser zur Veröffentlichung seiner Erfahrungen veranlassen, sind rein ideale. Da seine Verabschiedung in allen Ehren, auf persönlichen Antrag, ohne den geringsten Druck eines Vorgesetzten erfolgte, so kann von der Stillung eines Rachedurstes keine Rede sein.

Wenn also die „Deutsche Tageszeitung" weiterhin von „Märchen" redet, entschließt sich Hauptmann a. D. Pommer vielleicht, mit Namensnennung die näheren Umstände seiner „Märchen" mitzuteilen, und das wäre für militaristische Patrioten erst recht peinlich. Wenn das Leibblatt der Fleisch- und Brotwucherer aber dem Verfasser unlautere Beweggründe unterschiebt, so tut es das in dem frohen Bewußtsein, daß Herr Pommer, wie aus seinem Büchlein ersichtlich, die Standesvorurteile so weit überwunden hat, um den Zweikampf zu verwerfen, denn wenn dem anders wäre — o weh! o weh! Mut außerhalb der Redaktionsstube ist, wie das glorreiche Beispiel des Herrn Stephan gezeigt hat, nun einmal nicht eine Eigenschaft der „Deutschen Tageszeitung"schreiber.

Rückzug.

Die Lehren der letzten Prozesse haben doch ein wenig vorsichtig gemacht: Man hat massenweise Anklagen erhoben, — jetzt aber beginnt man sich langsam wieder zurückzuziehen. Bekanntlich war auch gegen die Genossen Groger und Pagels, die Sekretäre des Sozialdemokratischen Wahlvereins Teltow-Beeskow, ein Verfahren eröffnet worden, weil sie angeblich zugunsten der Angehörigen der im Charlottenburger Denkmalsprozeß Verurteilten eine unerlaubte Sammlung eingeleitet hatten. Jetzt hat der Staatsanwalt in Bayreuth, der diese Anklage s. Zt. erhob, dem Genossen Pagels mitteilen lassen, daß das Verfahren wieder eingestellt worden sei. — Jeder Einsichtige mußte sich auch von vornherein sagen, daß es, durchgeführt, mit einer Niederlage der Behörden endigen müsse. Hatte doch in dem Aufruf nichts anderes gestanden als die Mitteilung, daß diejenigen, die Gelder einzusenden wünschten, diese an die Adresse des Genossen Pagels schicken könnten.

Aus Dallwitzens Reich.

Der Gemeinderat von Zabern beabsichtigt, dem nichtbestätigten Bürgermeister Knöpffler in Anbetracht seiner großen Verdienste um die wirtschaftliche Entwicklung Zaberns während seiner Amtsperiode das Ehrenbürgerrecht zu verleihen.

Auch dem Kreisdirektor Mahl hatte der Gemeinderat seinerzeit das Ehrenbürgerrecht verleihen wollen. Aber die Genehmigung dazu war verweigert worden. Im Falle Knöpffler bedarf es der Genehmigung nicht.

Die neueste Blüte des Regiments Dallwitz ist das Verbot an die Soldaten, französische Zeitungen zu lesen oder auch nur Lokale zu besuchen, in denen die in französischer Sprache erscheinenden elsässischen Blätter ausliegen. Dieser Kampf gegen die Muttersprache eines erheblichen Teiles der elsässischen Bevölkerung ist ganz dazu angetan, neue Erbitterung zu schaffen.

Fußangeln für die Presse.

Der Berliner Polizeipräsident hat der Presse folgende Warnung zugehen lassen:

„In letzter Zeit mehrfach wahrgenommene Pressenachrichten über die Festnahme von Personen, die sich des Verrats militärischer Geheimnisse schuldig gemacht haben, lassen einen Hinweis auf § 11 des neuen Spionagegesetzes vom 3. Juni 1914 angezeigt erscheinen. Hiezu ist — unter gewissen Einschränkungen — jede Veröffentlichung über Verstöße gegen dieses Gesetz unter Strafe gestellt, sofern nicht die Behörde, welche die Ermittelungen leitet, die Erlaubnis erteilt hat, den in Frage kommenden Fall in die Oeffentlichkeit zu bringen."

Diese Mitteilung, von der die bürgerliche Sensationspresse übrigens mehr betroffen wird als die sozialdemokratischen Blätter, kennzeichnet die Zensurgewalt, die das neue Spionagegesetz in die Hände der Polizei gegeben hat. Sie bedeutet eine große Gefahr für die Presse und zugleich eine Knebelung der unabhängigen Kritik an dem Vorgehen gegen diejenigen, die in den Verdacht der Spionage geraten sind.

Der österreichisch-serbische Konflikt.

Die offizielle Auffassung.

Wien, 22. Juli. Gegenüber einer Deputation der serbischen Nationalpartei aus Bosnien und der Herzegowina, welche den loyalen Gefühlen der serbischen Nationalpartei des bosnisch-herzegowinischen Landtags Ausdruck gab, erklärte Ministerpräsident Graf Stürgkh, es sei gerade in dieser Zeit erfreulich, daß insbesondere der landwirtschaftlich tätige Teil der serbischen Bevölkerung von den schädlichen Einflüssen unberührt seine korrekte und loyale Gesinnung und Haltung betätige. Es wäre nicht Sache ruhig erwägender Staatsmänner, für die Freveltaten einzelner eine ganze Nation verantwortlich zu machen. Andererseits könne nicht geleugnet werden, daß das fluchwürdige Attentat in Sarajewo der Ausfluß einer unter mannigfachen Einflüssen stehenden äußerst staatsgefährlichen Bewegung sei, welche für die Entwickelung Bosniens im Rahmen der Gesamtmonarchie einen bedrohlichen Charakter aufweise. Wenn in Bosnien die kulturelle Arbeit unter Zusammenwirken der Nationen und Konfessionen aufgenommen werden solle, müßten die vorhandenen Schäden gänzlich ans Tageslicht gebracht und unnachsichtlich getilgt werden. Daran hätten in erster Linie Vertreter jener Richtung innerhalb des serbischen Volkes in Bosnien und der Herzegowina ein Interesse, welche mit der Verwaltung Bosniens die Ueberzeugung teilen, daß Bosnien und die Herzegowina in der österreichisch-ungarischen Monarchie nicht minder endgültig einverleibt seien, als die übrigen unter dem Szepter Seiner Majestät befindlichen Länder, und daß jede nationale Bewegung, welche eine Verwirklichung ihrer Ideale außerhalb der Monarchie suche, sich gegen die Lebensinteressen der Monarchie in strafwürdiger Weise vergehe.

Gerüchte über militärische Bewegungen.

Budapest, 23. Juli. Seitdem die Verschärfung der Preßzensur bekannt gegeben wurde, zirkulieren in politischen und finanziellen Kreisen fortgesetzt Gerüchte über Einberufungen und Truppenkonzentrationen an der südlichen Grenze. Man will wissen, daß die Donauflottille vor Semlin ankert und daß die Festung von Peterwardein in Verteidigungszustand gesetzt worden ist.

Generalstabschef Höhendorf in Ischl.

Wien, 25. Juli. Generalstabschef Conrad von Höhendorf hat sich gestern nach Ischl begeben, wo er heute eine Audienz bei Kaiser Franz Josef haben wird. Es heißt, daß der ungarische Landwehrminister Baron Hazai, der Wien heute verlassen wollte, auch nach Ischl fährt, und von dem Monarchen empfangen wird.

Rußlands Haltung.

Petersburg, 23. Juli. Die russische Diplomatie bekundet in der österreichisch-serbischen Frage größten Optimismus, obgleich auch hier innerhalb der nächsten Tage ein österreichisches Ultimatum an Serbien erwartet wird. Man erklärt hier, Serbien werde voraussichtlich Oesterreich-Ungarn genügend entgegenkommen.

Das Ultimatum.

Wien, 23. Juli. Der österreich-ungarische Gesandte in Belgrad hat heute nachmittag 6 Uhr der serbischen Regierung nachfolgende Note überreicht:

Am 31. März 1909 hat der königlich serbische Gesandte am Wiener Hofe im Auftrage seiner Regierung der kaiserlichen und königlichen Regierung folgende Erklärung abgegeben: „Serbien anerkennt, daß es durch die in Bosnien geschaffene Tatsache in seinen Rechten nicht berührt wurde, und daß es sich demgemäß den Entschließungen anpassen wird, welche die Mächte in bezug auf Artikel 25 des Berliner Vertrages treffen werden. Indem Serbien den Ratschlägen der Großmächte Folge leistet, verpflichtet es sich, die Haltung des Protestes und des Widerstandes, die es hinsichtlich der Annexion seit vergangenem Oktober eingenommen hat, aufzugeben, und verpflichtet sich ferner, die Richtung seiner gegenwärtigen Politik gegenüber Oesterreich-Ungarn zu ändern und künftighin mit diesem letzteren auf dem Fuße freundnachbarlicher Beziehungen zu leben."

Die Geschichte der letzten Jahre nun und insbesondere die schmerzlichen Ereignisse des 28. Juni haben das Vorhandensein einer **subversiven Bewegung in Serbien erwiesen, deren Ziel es ist**, von der Oesterreichisch-Ungarischen Monarchie gewisse Teile ihres Gebietes **loszutrennen**. Diese Bewegung, die unter den Augen der serbischen Regierung entstand, hat in der Folge jenseits des Gebiets des Königreichs durch Akte des Terrorismus, durch eine Reihe von Attentaten und durch Morde Ausdruck gefunden. Weit entfernt, die in der Erklärung vom 31. März 1909 enthaltenen formellen Verpflichtungen zu erfüllen, hat die königlich serbische Regierung nichts getan, um diese Bewegung zu unterdrücken. Sie duldete das verbrecherische Treiben der verschiedenen gegen die Monarchie gerichteten Vereine und Vereinigungen, die zügellose Sprache der Presse, die Verherrlichung der Urheber von Attentaten, die Teilnahme von Offizieren und Beamten an subversiven Umtrieben, sie duldete eine ungesunde Propaganda im öffentlichen Unterricht, sie duldete schließlich alle Manifestationen, welche die serbische Bevölkerung zum Haß gegen die Monarchie und zur Verachtung ihrer Einrichtungen verleiten konnten. Diese Duldung, der sich die königlich serbische Regierung schuldig machte, hat noch in jenem Moment angedauert, in dem die Ereignisse des 28. Juni der ganzen Welt die grauenhaften Folgen solcher Duldung zeigten. Es erhellt aus den Aussagen und Geständnissen der verbrecherischen Urhebere des Attentates vom 28. Juni, daß der Mord von Sarajewo in Belgrad ausgeheckt wurde, daß die Mörder die Waffen und Bomben, mit denen sie ausgestattet waren, von serbischen Offizieren und Beamten erhielten, die der Narodna Odbrana angehörten, und daß schließlich die Beförderung der Verbrecher und deren Waffen nach Bosnien von leitenden serbischen Grenzorganen veranstaltet und durchgeführt wurde.

Die angeführten Ergebnisse der Untersuchung gestatten es der k. und k. Regierung nicht, noch länger die Haltung zuwartender Langmut zu beobachten, die sie durch Jahre jenen Treibereien gegenüber eingenommen hatte, die ihren Mittelpunkt in Belgrad haben und von da auf die Gebiete der Monarchie übertragen werden. Diese Ergebnisse legen der k. und k. Regierung vielmehr die **Pflicht auf, Umtrieben ein Ende zu bereiten, die eine beständige Bedrohung für die Ruhe der Monarchie bilden.** Um diesen Zweck zu erreichen, sieht sich die k. und k. Regierung gezwungen, von der serbischen Regierung eine offizielle Versicherung zu verlangen, daß sie die gegen Oesterreich-Ungarn gerichtete Propaganda verurteilt, das heißt die Gesamtheit der Bestrebungen, deren Ziel es ist, von der Monarchie Gebiete loszulösen, die ihr angehören, **und daß sie sich verpflichtet, diese verbrecherische und terroristische Propaganda mit allen Mitteln zu unterdrücken.**

Um diesen Verpflichtungen einen feierlichen Charakter zu geben, wird die königlich serbische Regierung auf der ersten Seite ihres offiziellen Organs vom 26./13. Juli nachfolgende Erklärung veröffentlichen:

„Die königlich serbische Regierung verurteilt die gegen Oesterreich-Ungarn gerichtete Propaganda, das heißt die Gesamtheit jener Bestrebungen, deren Ziel es ist, von der österreichisch-ungarischen Monarchie Gebiete loszutrennen, die ihr angehören, und sie bedauert aufrichtigst die grauenhaften Folgen dieser verbrecherischen Handlung. Die königlich serbische Regierung bedauert, daß serbische Offiziere und Beamte an der Propaganda teilgenommen und damit die freundnachbarlichen Beziehungen gefährdet haben, die zu pflegen sich die königliche Regierung durch ihre Erklärung vom 31. März 1909 feierlichst verpflichtet hatte. Die königliche Regierung, die jeden Gedanken oder jeden Versuch einer Einmischung in die Geschicke der Bewohner was immer eines Teiles Oesterreich-Ungarns mißbilligt und zurückweist, erachtet es für ihre Pflicht, die Offiziere und Beamten und die gesamte Bevölkerung des Königreiches ganz ausdrücklich aufmerksam zu machen, daß sie künftighin mit äußerster Strenge gegen jene Personen vorgehen wird, die sich derartiger Handlungen schuldig machen sollten. Handlungen, denen vorzubeugen und die zu unterdrücken sie alle Anstrengungen machen wird."

Die Antwort auf die Note wird bis Sonnabend, den 25. Juli, sechs Uhr abends, verlangt.

Der Mißerfolg der Ulsterkonferenz.

London, 23. Juli. Wie die „Morning Post" zu melden weiß, hat die Ulsterkonferenz, die unter dem Vorsitz des Königs am Dienstag und Mittwoch stattfand, mit einem vollständigen Mißerfolg geendet. Die Verhandlungen mußten abgebrochen werden, da die einzelnen Parteien auf ihren Anschauungen beharrten und keine gewillt war, nachzugeben. Es war auch nicht möglich, ein Kompromiß zu finden, auf dem sie sich hätten einigen können. Infolgedessen bleibt nichts anderes übrig, als jetzt den Bericht über den Gang der Konferenz an den König zu geben. Ein Resultat ist nicht zu ersehen, und die Lage ist jetzt verworrener denn je.

Fort mit dem Albret!

Durazzo, 23. Juli. Die Aufständischen haben gestern den Gesandten der Mächte in einem Briefe mitgeteilt, daß sie, um einen Bürgerkrieg zu vermeiden, die Entfernung des Fürsten vom albanischen Throne fordern. Andernfalls drohen sie, Durazzo zu zerstören. Sollten die Schiffe auf sie schießen, würden sie gezwungen sein, keinen Einwohner der Stadt zu schonen. Die Aufständischen fordern Antwort in kürzester Frist. Dieser Brief trägt im Gegensatz zu den anderen die Unterschrift der Notabeln der Aufständischen.

Italien.

Drohende Lage in der Romagna.

Angesichts der nicht endenden Verhaftungen in allen Ortschaften der Romagna haben die Sozialisten und Republikaner beschlossen, zum 2. August einen Kongreß nach Forlì einzuberufen, den auch die Anarchisten, Mazzinianer und Reformisten beschicken werden. Es verlautet, daß der Kongreß sich damit begnügen will, von der Regierung zu fordern, daß keine weiteren Verhaftungen vorgenommen werden und die Prozesse gegen die bereits Verhafteten sofort stattfinden. Falls die Regierung auch diese geringen Forderungen abschlägt, soll der Generalstreik in der Romagna proklamiert werden.

Aus Industrie und Handel.

Deutschland als Agrarexportstaat.

Der Handelsvertragsverein schreibt uns: Die deutsche Statistik zeigt, daß noch kurz vor Torschluß gewaltige Mengen deutschen Getreides über die russische Grenze gegangen sind. Unsere Ausfuhr in Roggen nach Rußland stieg in den ersten 5 Monaten dieses Jahres gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres von 719 000 auf 1 622 000 Doppelzentner, in Weizen von 60 000 auf 198 000 und in Hafer von 160 000 auf 235 000 Doppelzentner; dagegen ist ein gleiches Wachstum unserer Mehlausfuhr nach Finnland, die hier allein in Frage kommt, auffallenderweise nicht zu konstatieren; unsere Roggenmehlausfuhr stieg in dem erwähnten Zeitraum nur von 204 900 auf 207 700 Doppelzentner, und die Weizenmehlausfuhr sank sogar von 126 800 auf 115 300.

In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, daß nicht nur unsere Getreideausfuhr nach Rußland, sondern auch nach dem sonstigen Ausland in den letzten Jahren eine ganz auffällige, für die einheimische Ernährung nicht unbedenkliche, Zunahme aufweist, wie aus der folgenden Tabelle hervorgeht:

	Roggen	Weizen	Hafer
	(in Millionen Mark)		
Einfuhr:			
1912 . . .	43,9	395,8	91,7
1913 . . .	42,2	417,3	60,4
Ausfuhr:			
1912 . . .	125,5	63,4	61,95
1913 . . .	132,9	57,6	93

Deutschland wird also immer mehr zu einem Agrarexportstaat. Der Ausfuhrüberschuß betrug in Roggen im Jahre 1912 81,6 Millionen M., im Jahre 1913 90,7 Millionen M. Auch in Hafer ist für 1913 ein Ausfuhrüberschuß in Höhe von 32,6 Millionen M. zu verzeichnen, im Jahre 1912 dagegen noch ein Einfuhrüberschuß von 29,8 Millionen M. Natürlich ist nicht daran zu denken, daß wir jemals in Weizen einen Ausfuhrüberschuß bekommen könnten; aber auch in diesem wichtigsten Einfuhrartikel ist die Einfuhr nicht gewachsen. Ja, der Einfuhrüberschuß ist von 332 Millionen M. im Jahre 1912 auf 327,7 Millionen M. im Jahre 1913 zurückgegangen.

Ebenfalls sehr stark ist unser Ausfuhrüberschuß in Mehl und sonstigen Müllereierzeugnissen, prozentual sogar noch weit stärker als in Getreide.

	Roggenmehl	Weizenmehl	Graupen, Grieß	Haferflocken, Getreideschrot
	(in Millionen Mark)			
Einfuhr:				
1912 . . .	0,25	4,57	0,08	0,03
1913 . . .	0,23	4,6	0,07	0,02
Ausfuhr:				
1912 . . .	20,4	32,6	8,3	11,2
1913 . . .	39,4	44,2	9,7	12,3

Wie man sieht, ist unsere Einfuhr in Mehl, Graupen, Grieß, Haferflocken und anderen Müllereierzeugnissen ganz verschwindend, während die Ausfuhr, besonders in Roggen- und Weizenmehl, einen recht erheblichen Umfang angenommen hat.

Der deutschen Regierung scheint diese ungesunde Exportsteigerung im Hinblick auf die Getreideversorgung Deutschlands im Kriegsfalle jetzt doch einige Bedenken zu machen, und sie hat sich entschlossen, zunächst einmal — gründliche statistische Erhebungen zu veranstalten. Zu diesem Zweck ist dem Reichstag ein Gesetzentwurf vorgelegt worden, wonach alljährlich eine Aufnahme über die Vorräte von Getreide und Müllereierzeugnissen im ganzen Reich vorgenommen werden soll. Nachdem der Reichstag seine Zustimmung gegeben hat, hat inzwischen der Bundesrat Ausführungsbestimmungen erlassen, wonach die erste Aufnahme am 1. Juli d. J. stattgefunden hat. Ob bei diesen Erhebungen viel herauskommen wird, und ob sie sich zu praktischen Maßnahmen verdichten werden, erscheint zweifelhaft.

Letzte Nachrichten.

Drohender Bergarbeiterstreik in Großbritannien.

London, 23. Juli. (Privattelegramm des „Vorwärts".) Auf einer in Southport abgehaltenen Konferenz beschäftigte sich die Bergarbeiterföderation mit der drohenden Aussperrung. Es wurde gestern beschlossen, die Schotten zu ermächtigen, unverzüglich in den Streik zu treten, falls Lohnverkürzungen versucht werden sollten. Sie würden dann sofort von der Föderation finanziell unterstützt werden. Inzwischen soll die Abstimmung über den Generalstreik vorgenommen werden, und sollte diese, was sehr wahrscheinlich ist, zugunsten des Generalstreiks ausfallen, so wird eine Reichskonferenz allgemeine, schon seit langem beratene Forderungen aufstellen, die durchgesetzt werden sollen, falls der Generalstreik zur Unterstützung der Schotten notwendig ist.

Angesichts dieser Lage haben die Schotten beschlossen, ihren Beschluß, nächsten Montag mit der viertägigen Arbeitswoche zu beginnen, nicht durchzuführen, so daß die Aussperrung wohl unterbleiben wird. Die Arbeiter haben somit den Arbeitgebern die Rolle des Angreifers überlassen. Eine Deputation der Föderation wird nach Schottland reisen, um mit den Arbeitgebern über die bevorstehende Lohnreduktion Rücksprache zu nehmen. Bei dem Starrsinn der schottischen Unternehmer ist es leicht möglich, daß wir in kurzer Zeit eine Wiederholung des großen Bergarbeiterstreiks erleben werden. Die Verhandlungen über die schottische Lohnreduktion beginnen heute in Glasgow.

Der Schiffszusammenstoß auf der Oder.

Swinemünde, 23. Juli. Alle Passagiere des Dampfers „Berlin" sind durch Rettungsboote und durch Regierungsdampfer wenn auch unter Schwierigkeiten gerettet worden. Unter den vier Schwerverletzten befindet sich ein Lehrer Märker, der in Swinemünde eingeliefert wurde. Die drei anderen Schwerverletzten erlitten Bein- und Rippenbrüche.

Sturmkatastrophe in Budapest.

Budapest, 23. Juli. Der Polizeibericht stellt fest, daß einem orkanartigen Sturme viel Menschenleben zum Opfer fielen. Die Zahl der Verwundeten ist sehr beträchtlich, aber noch nicht genau festgestellt. Der Blitz schlug in eine Druckerei ein. Sieben Arbeiter wurden schwer verletzt. Zahlreiche Menschen wurden durch herabstürzende Dachtrümmer, Ziegel und dergleichen verwundet. Der Sturm verursachte außerdem sehr großen Materialschaden.

A. Wertheim — Heute billige Lebensmittel

Leipziger Straße Königstraße Rosenthaler Straße Moritzplatz

Frisches Fleisch*

Ochsenfleisch

Schmorfleisch mit Knochen ..... Pfund 90 Pf.
Schmorfleisch ohne Knochen ..... Pfund 1 M.
Kamm und Brust .. Pfund 70 Pf.
Schwanz ..... Pfund 65 Pf.
Pökelbrust ohne Knochen ..... Pfund 80 Pf.

Kalbfleisch

Keule u. Rücken im Ganzen ... Pfund 90 Pf.
Keule u. Rücken gespalten ... Pfund 1 M.
Koteletts ..... Pfund 1.10
Kamm und Brust .. Pfund 70 Pf.
Spitze (3—4 Pfund) ... Pfund 90 Pf.

* Von der Zusendung ausgeschlossen.

Wurstwaren

Zervelat-u. Salamiw. Pfund 1.15
Teewurst ..... Pfund 1.20
Rollschinken 6—8 Pfd., Pfund 1.35
Mausschinken 2—3 Pfund Pfund 1.25
Schinkenspeck i. Stücken von 1½ bis 4 Pfd. ..... Pfd. 1 M.
Magerer Speck .... Pfund 70 Pf.
Magerer Speck .. 5 Pfund 3.40
Fetter Speck Pfd. 60 Pf.; 5 Pfd. 2.90
Bauernmettwurst .. Pfund 1.10
*Jagdwurst ..... Pfund 95 Pf.
*Landleberwurst .. Pfund 80 Pf.
*Rotwurst .... Pfund 45, 60 Pf.

Butter und Käse

Tischbutter ..... Pfund 1.20
Tischbutter ½-Pfd.-Paket 60 Pf.
Tafelbutter ..... Pfund 1.32
Tafelbutter ½-Pfd.-Paket 66 Pf.
Limburger ..... Pfund 38 Pf.
Kuh- u. Landkäse 2 Stück 35 Pf.

Geflügel*

Junge Gänse Pfund 63, 68, 75 Pf.
Gänserümpfe ..... Pfund 1.05
Gänsebrüste ..... Pfund 1.25
Gänsestückenfleisch ... 68 Pf.
Gänsekeulen . Stück 70 u. 75 Pf.
Gänseklein ..... Stück 75 Pf.
Gänseleber .. Stück 45 u. 50 Pf.

Fische*

Kabeljau in ganzen Fischen, ohne Kopf .. Pfund 14 Pf.
Seelachs in ganzen Fischen, ohne Kopf .. Pfund 10 Pf.
Schellfisch in ganzen Fischen ..... Pfund 18 Pf.
Goldbarsch ..... Pfund 10 Pf.
Bratschollen ..... Pfund 12 Pf.
Limandeszungen Pfd. 12, 25 Pf.
Rotzung. Pfd. 18, Heilbutt 30 Pf.
Lebende Aale Pfd. 50, 75 Pf., 1 M.
Lebende Schleie ... Pfund 1.05
Lebd. Krebse Mandel 40 Pf. bis 4 M.
Solo-Krebse Stück 40, 50, 60 Pf.

Räucherwaren

Ahlbeck. Flundern Pfd. 35, 70 Pf.
Kieler Schlei- bücklinge ... 2 St. 10, 3 St. 25 Pf.

Obst und Gemüse*

Tomaten Originalkäfig, brutto für netto ... Pfund 6 Pf.

Zum Einmachen!

Saure Kirschen ... Pfund 16 Pf.
Johannisbeeren ... Pfund 14 Pf.
Stachelbeeren .... Pfund 5 Pf.

Musäpfel ..... Pfund 15 Pf.
Weinbirnen saftig .... Pfund 14 Pf.
Grüne Bohnen ..... Pfund 4 Pf.
Pa. Einlegegurken ... Mandel 45 Pf.
Gurken ..... Stück 5, 10, 15 Pf.
Kohlrabi ..... Mandel 10 Pf.
Mohrrüben ..... 8 Pfund 10 Pf.
Weiß-, Rot-, Wirsingkohl Kopf 4, 7 Pf.

Neue Kartoffeln 10 Pfd. 40 Pf.
Von der Zusendung ausgeschlossen

Verband der Steinsetzer, Pflasterer u. Berufsgenossen Deutschlands.

Achtung! Tarifbezirk Groß-Berlin. Achtung!

Einladung

zu der am **Sonntag, den 26. Juli 1914, vorm. 10 Uhr** im **Gewerkschaftshaus, Engelufer 15,** Saal 5, stattfindenden

Bezirkskonferenz.

Wir ersuchen die Vertreter der in Frage kommenden Filialen pünktlich erscheinen zu wollen. 175/11*

Die Schlichtungskommission.

Gesellschaftshaus Fichtenau.

Jeden Sonntag: **Erstklass. Künstlerkonzert** bei freiem Eintritt. Im Parkettsaal: **Großer Ball.** — **Schattiger Garten.** * **Zwei Kegelbahnen. Ausspannung. H. Naumann.**

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Verwaltung Berlin.

Sonntag, den 26. Juli 1914, vormittags 9½ Uhr bei Burdach, Schönleinstraße 6:

Versammlung

sämtlicher in **Alabaster-Betrieben** beschäftigten **Drechsler, Bandsägenschneider, Schleifer, Packer** usw.

Tagesordnung:
1. Vortrag. 2. Branchenangelegenheiten. 3. Verschiedenes.

Achtung! Stellmacher. Achtung!

Die Branchenversammlung am 30. Juli fällt aus.

Die heute, am Freitag, den 24. Juli 1914, stattfindende Verwaltungssitzung fällt aus.
90/14 **Die Ortsverwaltung.**

Deutscher Tabakarbeiter-Verband.

Zahlstelle Berlin.

Laut Bekanntmachung des Vorstandes in Nr. 24 des „Tabak-Arbeiter" finden die **Delegiertenwahlen zum Internationalen Tabakarbeiter-Kongreß,** welcher in Wien stattfindet, am **26. Juli 1914,** in der Zeit von **11 Uhr vormittags bis 3 Uhr nachmittags,** und zwar in folgenden Lokalen statt:

„Rosenthaler Hof," Rosenthaler Straße 11—12, und in Pankow, Berliner Straße 87, Ecke Prinz-Heinrich-Straße bei Müller.

Als Kandidat für Berlin ist der Kollege Wilhelm Boerner aufgestellt.

Wer länger als 6 Wochen mit seinen Beiträgen im Rückstand ist, hat kein Wahlrecht. Beiträge werden in den Wahllokalen entgegengenommen.

Wir ersuchen die Kollegen, sich an der Wahl zu beteiligen.

187/9 **Die Ortsverwaltung.**

Das gesündeste alkoholfreie Getränk sind Limonaden mit Reichel-Extrakten bereitet. Fabelhaft billig und auf die einfachste Art herstellbar. 1 Originalfl. 75 Pf. ergibt 5 Pfund Limonadesirup in Himbeer-, Erdbeer-, Kirsch-, Zitronen-, Limetta-, Ananas- u. Fruchtgeschmack. Der Kinder liebstes Getränk. Einzigschön, gesund und nahrhaft. Ueberall in den Drogerien erhältlich aber echt nur, wenn mit Marke Lichtherz. Vollständiges Rezeptbuch gratis. Otto Reichel, Berlin 43, Eisenbahnstr. 4.

Theater.

Freitag, den 24. Juli 1914.

Anfang 5 Uhr.

Passage-Theater. Kino-Varieté.
Potsdamer Naturtheater. Alt-Potsdam.

Anfang 7½ Uhr.

Westen. Siegfried.

Anfang 8 Uhr.

Schiller O. Lohengrin.
Berliner. Wie einst im Mai.
Königgrätzer Straße. Mr. Wu.
Thalia. Wenn der Frühling kommt.
Rose. Die relegierten Studenten.
Metropol. Die Reise um die Erde in 40 Tagen.
Theater an der Weidendammer Brücke. Der müde Theodor.
Wintergarten. Spezialitäten.
Reichshallen. Dresdener Viktoria-Sänger.
Palast-Theater. Varieté und Lichtspiele.
Berliner Prater-Theater. Grigri.

Anfang 8½ Uhr.

Kleines. Der Klecks.
Theater am Nollendorfplatz. Der Juxbaron.
Walhalla. Der Hund von Baskerville.
Folies Caprice. Schwache Nerven. Eine ruhige Sommerwohnung. Verbotene Frucht.
Lustspielhaus. Die spanische Fliege.
Friedrich-Wilhelmstädt. Theater. Leutnantsliebchen.

Anfang 8½ Uhr.

Residenz. Die verflixte Liebe.
Admiralspalast. Im Tangoklub.
Eines Nollendorf-Theater. Quo vadis.

• • •

Sternwarte, Invalidenstr. 57—62

Theater in der Königgrätzer Straße
Täglich 8 Uhr:
Mr. Wu.

Berliner Theater.
Zum **291.** Male. 8 Uhr:
Wie einst im Mai.

Sachse-Oper.
Schiller-Theater O. Wallner-Theater.
8 Uhr:
Lohengrin.

Theater a. d. Weidendammerbrücke
Täglich 8 Uhr, zum **141.** Male, und 31. Juli **zum letzten Male:**
Der müde Theodor.
Schwank m. Gesangs- u. Tanzeinlagen.
Theatertemperatur: 18° R.

Theater des Westens.
Freitag, Sonnabend, 7½ Uhr:
Siegfried.

Theater am Nollendorfplatz 5.
8¼ Uhr:
Der Juxbaron.

Friedrich-Wilhelmst. Th.
8¼ Uhr tgl. d. Operettenschlager:
Leutnantsliebchen.

ROSE-THEATER
Große Frankfurter Str. 132.
Die relegierten Studenten.
Anfang 8 Uhr.
— **Auf der Gartenbühne** —
Rund um die Spree. Gr. Revue.
Vorher **Konzert.** Spezialitäten.

WINTER GARTEN
Neues Programm!
◆ Saharet ◆
die australische Tanzdiva
Perzinas Pagageien Kabarett | **Kaufmanns** Veronacycle Truppe
und eine Kette
hervorragender Kunstkräfte!
— **Rauchen gestattet!** —

Puhlmanns Theater
Schönh. Allee 148, Kastanienallee 97/99
Unter neuer Leitung
der beliebten Direktion W. Herrmann
Konzert, Theater, Spezialitäten.
Zum Schluß: **Wo hast du dein Weh? Weh'chen!** Anfang 4 Uhr.

Admiralspalast.
Eis-Arena.
Berlins kühlster Aufenthalt.
Abends ½9 Uhr: **„Im Tangoklub"** und **„Die lustige Puppe".**
Bis 6 Uhr und ab 10¾ Uhr **halbe** Kassenpreise.

Voigt-Theater
Badstraße 58.
Heute, sowie täglich:
Das Liebesparadies.
Orig.-Operett.-Burleske mit Tanz in 3 Akten von W. Gericke.
Gänzlich neue Spezialitäten.
Wochentags v. 3 Uhr ab **Kaffeekochen.**
Kassenöffn. 10 Uhr. Anf. 4 Uhr.

Sozialdemokr. Wahlverein des 6. Berliner Reichstagswahlkreises

Zum Besten der Jugendheime:

Großes Früh-Konzert

am Sonntag, den 26. Juli 1914, im Prater-Theater, Kastanienallee 7-9 229/15*

Theater-Vorstellung

sowie erstklassige Spezialitäten

Eröffnung 5 Uhr ::: Eintrittskarte 30 Pf. ::: Anfang 6 Uhr

Die Kaffeeküche steht den geehrten Damen zur Verfügung
Tische und Stühle dürfen nicht reserviert werden

Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher usw.

Bureau: Melchiorstraße 28, part. Fernsprecher Amt Mpl. Nr. 4787. **Filiale Berlin.** Arbeitsnachweis: Germannstraße 13 Fernsprecher: Amt Norden 3791-97

Am Sonnabend, den 25. Juli:

Großes Sommer-Fest

in den Gesamträumen der Brauerei Friedrichshain, Am Königstor,

bestehend aus: **Konzert** (Kahnz' Berliner Orchester), **Berliner Ulk-Trio, großem Ball, Gratis-Verlosung für Damen, Kinder-Fackelzug,** wozu jedes Kind eine Stocklaterne gratis erhält. Beim Fackelzug erhält jedes Kind eine Tüte Bonbon. — **Beginn des Konzerts 5 Uhr.**

Die Kaffeeküche ist bis 6 Uhr abends geöffnet.

Billetts für Herren 50 Pf., für Damen 30 Pf., inkl. **Tanz,** sind bei den **Bezirksführern** sowie im **Verbandsbureau, Melchiorstraße 28,** zu haben. Dasselbe ist geöffnet: **Vormittags 8—1 Uhr und nachmittags 4—7 Uhr.**

Arbeitslose Mitglieder erhalten ein Herren- und ein Damenbillett am Freitag und Sonnabend im Bureau **gratis.** — **Das Bureau ist am Sonnabend nur bis mittags 1 Uhr geöffnet.**

137/D* **Die Ortsverwaltung.**

Passage-Panoptikum.
Lebend!
Die letzten weiblichen Azteken!
AGA
die schwebende Jungfrau.
Buddhas Geistertafel.
Alles ohne Extra-Entree!
Eintr. 50 Pf. Kind. u. Sold. 25 Pf.

Neue Welt
Arnold Scholz Hasenheide 108/114
Täglich:
Konzert und Vorstellung
sowie
Oberbayern.
Voranzeige!
Morgen Sonnabend, den 25. Juli 1914:
Großes bayr. Alpenfest: Ein Abend am Schliersee.
Prämiierung der sechs besten Schuhplattler-Paare.
Sechs Preise im Werte von **150** M.
Anf. **4** Uhr. (Berufstänzer ausgeschlossen.) Anf. **4** Uhr.

URANIA.
Taubenstraße 48/49.
Geschlossen.

ZOOLOGischer Garten
Täglich
Gr. Militär-Konzert.
Eintrittspreise:
Zoo 1 M., von 6 Uhr ab 50 Pf.
Aquar. 1 M. v. d. Str., 50 Pf. v. Zoo
Kinder unt. 10 Jahr. die Hälfte.
Neu! Neu!
AQUARIUM
9 Uhr morgens bis 10 Uhr abends.

Metropol-Theater.
Abends 8 Uhr:
Die Reise um die Erde in 40 Tagen.

Folies Caprice.
Täglich 8¼ Uhr:
Schwache Nerven.
Eine ruhige Sommerwohnung.
Verbotene Frucht.

Reichshallen-Theater.
Gastspiel der Dresdner
Viktoria-Sänger
Für Berlin völlig neues Programm.

Anfang 8 Uhr. Sonntags 7½ U.
Sonnabd., 1. Aug.: Wiederbeginn der Soiren der Stettiner Sänger.

Alhambra
Wallner-Theater-Straße 15.
Jeden Sonntag: **Großer Ball.**
Großes Orchester. Anfang Sonntags 5 Uhr. **A. Zameitat.**

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Verantw. Redakteur: Albert Wachs, Berlin. Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdr. u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 2 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

Gewerkschaftliches.

Arbeiteraussperrung und Rentabilität.

Wenn auf irgend jemand das Sprichwort zutrifft, daß Lächerlichkeit tötet, so sicherlich auf die übereifrigen bürgerlichen Zeitungsschreiber, die sich im Schweiße ihres Angesichts abmühen, der Oeffentlichkeit einzureden, daß es um die Konkurrenzfähigkeit der Niederlausitzer Tuchindustrie geschehen sei, wenn die Forster Unternehmer ihren Walkereiarbeitern **wöchentlich je 2 M.**, insgesamt etwa 200 M. mehr Lohn zahlen müßten. Man bedenke, daß allein die westliche Niederlausitz, die vier Orte: Kottbus, Spremberg, Peitz und Finsterwalde im vergangenen Jahre Tuche im **Werte von 77¾ Millionen Mark** erzeugt haben. Der Wert der Tuchproduktion im Handelskammerbezirk der östlichen Niederlausitz, in den Städten: Forst, Guben und Sommerfeld ist sicher nicht niedriger, sondern eher höher. Doch nehmen wir nur einmal einen Produktionswert von 150 Millionen an und erinnern wir uns der Tatsache, daß am 31. März 1911 in dem großen Prozeß gegen die Gebrüder Valte, die ehemaligen Inhaber der Tuchfabrik gleichen Namens, in Kottbus, der Herr Rechtsanwalt Carstens die Mitteilung machte, daß die genannte Fabrik **in einem Jahre, bei einem Warenumsatz von 800 000 M., einen Gewinn von 230 000 M. gebracht habe,** dann wird man uns zugeben, daß es wirklich kein lächerlicheres Beginnen geben kann, als den Versuch, zu behaupten, die Niederlausitzer Tuchindustrie könne, weil sie sonst konkurrenzunfähig werde, die 200 M. mehr Lohn pro Woche nicht zahlen. Immer, wenn die Arbeiter ein paar Pfennige mehr Lohn haben wollen, kommen die Unternehmer mit der Phrase von der Konkurrenzunfähigkeit der Industrie. In einem Artikel der bürgerlichen Presse, der offenbar aus den Kreisen der Unternehmer stammt, wird hingewiesen auf die zahlreichen Konkurse, die namentlich in der Tuchindustrie zu Forst zu verzeichnen gewesen seien. In Forst mit seinen vielen Zwergbetrieben, von denen viele von Anfang an nicht besonders gut fundiert sind, kann es schon vorkommen, daß öfters ein Konkurs eintritt; das beweist dafür, daß die Niederlausitzer Tuchindustrie nicht konkurrenzfähig sei, gar nichts. Gut geleitete und mit genügend Betriebskapital ausgerüstete Tuchfabriken werfen einen hohen Gewinn ab. Das steht fest, das werden wir unwiderleglich nachweisen. Man kann doch aber auch wahrhaftig nicht verlangen, daß Arbeiter mit einem völlig ungenügenden Lohn vorlieb nehmen sollen, nur, damit die mangelhaft ausgerüsteten Betriebe am Leben bleiben und so viel abwerfen, daß ihre Besitzer so schnell wie möglich auch reiche Leute werden. Für die Arbeiter ist es kein Unglück, wenn solche Betriebe verschwinden, deren Existenz nur auf den Hungerlöhnen der Arbeiter beruht. Für solche, auf dem Aussterbeetat stehende Betriebe kann die Arbeiterschaft unmöglich die Führung einer menschenwürdigen Lebensweise opfern. So gut die Fabrikanten sich zu helfen wissen, wenn die Rohstoffpreise steigen, werden sie sich auch zu helfen wissen, wenn eine gute Organisation der Arbeiter dafür sorgt, daß keine Schundlöhne mehr gezahlt werden.

Dann aber noch ein anderes. Wir tun es nicht gern, auf eine Sache einzugehen, bei der persönliche Angelegenheiten dritter Personen mit berührt werden. Aber die Umstände erfordern, daß es hier geschieht, da es geradezu unverantwortlich ist, wie die bürgerlichen Blätter gegen die berechtigten Bestrebungen der paar Forster Walker zu Felde ziehen. Hat man denn den oben erwähnten Prozeß Valte in Kottbus schon vergessen? Hat man vergessen, daß der eine Herr Valte, als er über das Zustandekommen der 313 000 M. Privatschulden, die in sechs Jahren entstanden waren, in der Gerichtsverhandlung vom 30. März 1911 befragt wurde, es so quasi damit entschuldigte, daß er und sein Vater diese Summen nicht verdient haben? Sein Vater habe oftmals gesagt, **er wisse nicht, wo das viele Geld herkomme; es komme ihm ordentlich zugeflogen.** Nun, wo das viele Geld herkam, das wußte man schon. Es kam von der Arbeit der Hand- und Kopfarbeiter der ehemals Valteschen Tuchfabrik her. „Wir glaubten," so sagte Herr Albert Valte, „bei dem guten Geschäftsgang viel zu verdienen, so daß wir sogar ein Bankgeschäft gründen wollten." Das sieht doch wahrhaftig nicht danach aus, als ob die Tuchfabriken konkurrenzunfähig waren.

Doch, wenn man etwa kommen sollte, um zu sagen, darauf sei nichts zu geben, Herr Valte habe das nur gesagt, um dadurch bei seinen Richtern um gut Wetter zu plädieren, so führen wir andere Herren an, die mit anderen Worten genau dasselbe gesagt haben und deren Aussagen nicht in Zweifel gezogen werden können.

Es trat in jenem Prozeß der Herr **Fabrikbesitzer Stephan** als **Sachverständiger** auf und gab am 31. März 1911 das Gutachten ab, daß ein solch Geschäft, wie die Valtesche Tuchfabrik, **mit 54 Stühlen, Spinnmaschinen, Walkerei und Appretur wohl im Jahre 100 000 M. Gewinn abwerfe; auch könnten damit ausnahmsweise auch 200 000 M. im Jahre verdient werden.** Sieht das aus wie Konkurrenzunfähigkeit?

Und ein anderer Sachverständiger, Herr **Fabrikbesitzer Baum,** sagte an demselben Tage aus, daß in einem solchen Geschäft, bei guter Leitung **60 000, 80 000, ja sogar 100 000 Mark verdient werden könnten.**

Ist das ein Zeichen der Konkurrenzunfähigkeit.

Der Zeuge **Haberland** sagte, **eine jährliche Ausgabe von 100 000 M. konnte das Geschäft tragen.** Also auch dieser Mann bestätigt, **daß eine Tuchfabrik mit 54 Stühlen normalerweise 100 000 M. Gewinn (2000 M. pro Stuhl!) abwirft.** Nichts sagt er von Konkurrenzunfähigkeit. Es sei weiter daran erinnert, daß die Söhne des alten Herrn Valte den Vorschlag gemacht hatten, die Fabrik zu verkaufen, man habe dann **80 000 M. Zinsen.** Da hat der alte Herr Valte entsetzt ausgerufen: **„Die Goldgrube wollt ihr verkaufen? 200 000 M. verdient die Fabrik in einem Jahre! Schon 235 000 M. sind in einem Jahre verdient worden!**

Wir meinen, das genügt doch wohl, um dem Schwindel von der Konkurrenzunfähigkeit der Niederlausitzer Tuchindustrie endlich das Genick zu brechen.

Berlin und Umgegend.

Der Angestelltenkonflikt bei der Brauerei Engelhardt.

Am Dienstag hatte sich das Personal der Pankower Abteilung der Brauerei Engelhardt versammelt, um zu den Vorkommnissen in Charlottenburg Stellung zu nehmen. Dort hatte nach einem Konflikt der Angestellten mit der Geschäftsleitung wegen rigoroser Behandlung und eines ausgedehnten Ueberstundenwesens die Direktion einem Angestellten gekündigt. Als Protest dagegen reichten alle seine Kollegen ihre Kündigung ein. Bei den vom Zentralverband der Handlungsgehilfen geführten Verhandlungen nahm Herr Direktor Schröder einen brüsk ablehnenden Standpunkt ein indem er erklärte:

„Nachdem die Angestellten in Form der Arbeiterorganisationen komplottmäßig die Arbeit niedergelegt haben, bin ich nie und nimmer bereit, die Leute wieder einzustellen."

Der Referent Schmidt beschuldigte den Herrn Prokuristen Lück, die Angestellten mit seinen Maßnahmen geradezu provoziert zu haben. Er forderte die Angestellten auf, Solidarität zu üben, die Reihen des Verbandes noch fester zu schließen, so werde es den Angestellten gelingen, den Forderungen der Charlottenburger Kollegen Geltung zu verschaffen. In der Diskussion versuchte ein Angestellter, der nähere Beziehungen zur Direktion hat, die Firma zu verteidigen. Seine Ausführungen fanden jedoch in der Versammlung keine Gegenliebe. Er mußte sich manches harte Wort sagen lassen. Nach einem Schlußwort des Referenten, in dem derselbe die Aussichten und die Fortsetzung des Kampfes besprach, gingen die Versammelten zuversichtlich auseinander.

Ueber die Situation in der Töpferbranche berichtete am vergangenen Mittwoch Segawe in einer gut besuchten Vertrauensmännerversammlung. Im Vergleich zum Vorjahr ist die jetzige Lage im Töpferberufe als recht günstig zu bezeichnen. In Berlin sind zurzeit nur zirka 50 arbeitslose Mitglieder eingetragen. Ein Beweis, daß sich die Konjunktur gehoben hat. Aehnliches ist auch aus dem Reiche zu berichten. Besonders Ost- und Westpreußen hat rege Konjunktur. Aber auch in verschiedenen Städten Mitteldeutschlands scheint die Lage gebessert. Das alles muß die Töpfer aber zwingen, auf die genaue Einhaltung ihres erst vor einiger Zeit abgeschlossenen Tarifes zu dringen. In Orten, wo Tarife nicht abgeschlossen, muß darauf bestanden werden, daß anständig bezahlt wird. Das tarifmäßige Bezahlen vermeiden anscheinend in Berlin einige Firmen. Diese rufen natürlich auch den Mißmut der tariftreuen Unternehmer hervor. Es steht notorisch fest, daß mehrere Firmen, wie Berndt u. Lütke, organisierte Töpfer nicht beschäftigen und auch sonst auf den Tarif pfeifen. Solchen Uebelständen abzuhelfen, ist Pflicht eines jeden Kollegen und Unternehmers. — Laut Tarif muß das Abladen des Kachelzeuges mitbezahlt werden. Die Töpfer tun gut daran, diese Arbeit nur nach Aufforderung zu leisten, denn es ist vorgekommen, daß sie bei Nichtaufforderung dazu unbezahlt blieb. — Die Töpferträger müssen zur Organisation erzogen werden, damit auch für sie in Bälde ein Vertrag abgeschlossen werden kann. — Erfreulich sind die 148 Neuaufnahmen für das 2. Quartal. — Der mit 320 gegen 186 Stimmen angenommene 25 Pf.-Beitrag zum Lokalfonds tritt mit der 31. Woche in Kraft. — Dem Bericht folgte eine längere Diskussion.

Deutsches Reich.

Aussperrungsandrohung im Bremer Hafen.

Die Bremer Hafenbetriebsunternehmer drohen mit der Generalaussperrung. Wie nachträglich bekannt wird, haben die Hafenbetriebsunternehmer an die ausgesperrten Stauereiarbeiter das Ansinnen gestellt, bis Dienstag mittag die Arbeit wieder aufzunehmen, widrigenfalls sämtliche Hafenarbeiter ausgesperrt werden würden. Die Ausgesperrten lehnten die Wiederaufnahme der Arbeit ab. Auf Wunsch des Verbandsvorstandes des Transportarbeiterverbandes wurde die Entscheidung der Unternehmer noch bis Donnerstag mittag hinausgeschoben.

Ausland.

Die Maßregelungen der Eisenbahner und ihre Folgen.

Rom, den 22. Juli 1914.

Unter dem Datum des 20. Juli gibt die Direktion der italienischen Staatsbahnen die Bestrafungen bekannt, die wegen der Streikbewegung vom vorigen Juni verhängt wurden. Des Dienstes entlassen werden 48 Eisenbahner und weitere 380 werden um eine Rang- und Gehaltsstufe zurückversetzt. Unter den Dienstentlassenen befinden sich 13 Lokomotivführer, 8 Zugführer, 6 Arbeiter, 4 Heizer usw. An geringeren Strafen wird die Verzögerung des Aufrückens in die nächste Gehaltsstufe um 6 bis 24 Monate verhängt. Unter den Dienstentlassenen befinden sich auch zwei Mitglieder des Zentralkomitees des Syndikats der Eisenbahner, die Beamten Petrini und Pietroni, während andere Mitglieder, trotz ihrer Beteiligung an dem Streik, frei ausgehen, weil sie ihr Fortbleiben vom Dienst durch ein ärztliches Zeugnis entschuldigt hatten.

Daß die Generaldirektion der Staatsbahnen wegen eines Streiks Strafen verhängt, ist von ihrem Standpunkte aus durchaus

---

Kleines Feuilleton.

Wer? Ein Frühlingstag! Ich sitze im Park. Auf einer Bank unter grünknospenbespitzten Bäumen. All die tausend braunen Aestchen enden in Dickungen. In eingezäunten Beeten sprossen die Gräser und zwischen ihnen platzt hie und da eine goldgelbe Krokusblüte. Die Wege sind mit frischem Kies überschüttet und an ihren Rändern steht saftschießend rotzweigiges Weidengesträuch. Der kleine freie Platz, auf dem ich mich befinde, ist mit braunen Bänken umsäumt. Eine Menge Proletarierkinder umspielen dieselben. Lärmend und flink die größeren, tollpatschig, drollig, zottelnd, jauchzend die Kleinsten.

Ein einziges erwachsenes Mädchen steht tannenschlank mitten unter ihnen. Sie hat schwarze Haare und Augen, blasses Gesicht und trägt eine giftgrün brennfarbene Jacke. Ueber all das scheint blitzgolden die Sonne hinweg. Und doch werde ich nicht froh!

Auch nicht im Genusse meiner Zeitung! Oder vielleicht gerade deshalb nicht.

Auf mir lastet all das Wirrwarr unseres Jetzt, all das Elend um uns, all die Ungerechtigkeiten, die gesellschaftlichen Verlogenheiten und Gemeinheiten unserer Zeit.

In mein Träumen und Sehnen hinein tollen und schreien die Kinder. Grell sticht die Sonne auf meine vor mich gehaltene Zeitung. Und doch wird es immer trüber und grauer in mir. Und ich seufze: „Wer wird uns aus all der Gemeinheit erlösen, all das Wirren entknoten, bessere Zeiten schaffen? Wer, wer?

Da — — plötzlich ein Schlag gegen meine Zeitung, ein Riß und durch das Loch schaut — — ein kleines schmutziges Jungenfäustchen!

H. St.

Die schwierige Frage. Der „Verband der deutschen Fahrschulen" beschäftigt sich seit längerer Zeit mit der Erwägung, ob man, dem Vorbild anderer Staaten folgend, in Zukunft nicht lieber links, statt wie bisher, rechts fahren soll. Wie wäre es, wenn man dieser Frage eine breitere Basis gäbe? Der „Verband der deutschen Fahrschulen" sollte sich mit der Reichsregierung in Verbindung setzen, für die ja das gleiche Problem schon geraume Zeit aktuell ist. Bisher haben sich die Herren oben immer mit erfreulicher Einmütigkeit für „rechts" entschieden, aber da bei dieser Praxis der Staatswagen über kurz oder lang in dem Sumpf der Finanznot, der „Unsittlichkeit" und der Junker- und Pfaffendiktatur schmählich stecken zu bleiben droht, so dürfte auch für Herrn v. Bethmann und Kollegen die Frage nicht ohne Interesse sein: „rechts oder links"!

Die Erfindung der Logarithmen. Am 24. Juli wird in Edinburg die „Napier Tercentenary Celebration" beginnen. Diese Feier gilt der Erfindung der Logarithmen, die die Briten für ihr Land in Anspruch nehmen: Im Jahre 1614 erschien nämlich in Edinburg die „Mirifici logarithmorum canonis descripto" von John Napier Laird of Merchiston. Dieses Buch ist in der Tat das älteste, in dem von Logarithmen die Rede ist, und weiter ist es das, auf dessen Tabellen die heutigen Logarithmentafeln zurückgehen. Allein Napier kann deswegen nicht unbedingt als Erfinder der Logarithmen im heutigen Sinne bezeichnet werden; außerdem streiten sich mit ihm um den Ruhm der Erfindung ein Schweizer, Jost Bürgi mit Namen, der gleichzeitig mit ihm auf den Gedanken einer Vereinfachung des Rechnens durch logarithmenähnliche Größen kam. Eine Vereinfachung des Rechnens ist es, was beide Mathematiker im Sinne hatten. In Bürgis Tafelwerk, das sechs Jahre später als das Napiers, 1620, in Prag erschien, ist nicht von Logarithmen die Rede, sondern diese — Logarithmen im heutigen Sinne sind es ja eigentlich nicht — heißen „rote Zahlen", während die wirklichen Zahlen als „schwarze Zahlen" bezeichnet sind. Das Napiersche Werk wurde bald außerordentlich bekannt und machte ungeheuern Eindruck; nach drei Jahren hörte Kepler zuerst davon, 1619 lernte er es genauer kennen, und alsbald machte er sich daran, die Rudolfinischen Tafeln, an denen er seit 17 Jahren arbeitete, auf Grundlage der Napierschen Logarithmen noch einmal auszuführen. Auch fanden sich zahlreiche andere Mathematiker, die das Napiersche Werk umgestalteten und dabei zweckmäßiger machten: der Engländer Henry Briggs, Professor in London und später in Oxford, brachte die Napierschen Logarithmen in Verbindung mit dem Dezimalsystem und arbeitete die Tabellen so um, daß die Logarithmen zugleich mit den Zahlen wuchsen (was bei Napier noch nicht der Fall war); er setzte sich mit Napier in Verbindung, besuchte ihn 1616 und gab im Jahre 1618 seine erste Logarithmentafel heraus, die achtstellige Logarithmen enthielt. Die Briggsschen Logarithmen spielen heute im praktischen Rechnen eine ganz gewaltige Rolle. Die Erfindung Bürgis dagegen gelangte nicht zur praktischen Anwendung. Sie erschien in Druck 1620, ist aber aller Wahrscheinlichkeit nach früher entstanden, als das Buch Napiers, wie man aus dem Werke Bramers „Beschreibung eines sehr leichten Perspektiv- und grundreißenden Instrumentes . . ." (Kassel und Frankfurt 1630) entnehmen kann. Bramer, der Schwager Bürgis, gibt darin an, „sein lieber Schwager und Präzeptor Jobst Burgi habe vor 20 und mehr Jahren eine schöne Progreß-Tabul mit ihren Differenzen von 10 zu 10 in 9 Ziffern kalkuliert, auch zu Prag ohne Bericht in anno 1620 drucken lassen. Und ist also die Invention der Logarith. nicht des Neperi, sondern von gedachtem Burgi („wie solches vielen wissend und ihm auch Herr Keplerus Zeugnis gibt") lange zuvor erfunden." Bürgis Buch hatte wohl deswegen durchaus keinen Erfolg, weil zu den Tafeln der „gründliche Unterricht", den der Verfasser auf dem Titel versprach, fehlte. Dieser Schlüssel zum Gebrauch der Tafel ist erst im Jahre 1856 im Manuskript in der Danziger Stadtbibliothek aufgefunden und im gleichen Jahre im Druck veröffentlicht worden.

Der Flug um die Welt. Die Einzelheiten der Organisation des großen Fluges um die Welt, der im kommenden Sommer, im Anschluß an die Weltausstellung in San Franzisko veranstaltet wird, werden jetzt bekannt. Die Meeresflüge, die bei dem Weltflug zu überwinden sind, liegen durchaus innerhalb der Leistungsfähigkeit eines modernen Flugzeuges; die längste Strecke über Wasser ist die von Grönland nach Island, die rund 1000 Kilometer umfaßt. Der Start erfolgt in San Franzisko am 15. Mai. Die Flieger nehmen östlichen Kurs; die Stationen, die berührt werden und an denen gelandet werden muß, sind alsdann: „Cheyenne, Chicago, New York oder Quebec, Belle Isle, Kap Farwell auf Grönland, Reikjawik auf Island, die Faroer-Inseln, die Shetland-Inseln, sodann London, Paris, Berlin, Petersburg, Moskau, Wladiwostock, Kobe, Tokio, die Kurilen, Anadyr in Kamschatka, die Kommandeur-Inseln, die Aleuten, Sitka, Prince Rupert, Vancouver, Seattle und schließlich wieder San Franzisko. Auf der ganzen Strecke werden in Abständen von rund 1500 Kilometern Hauptlandungsstationen eingerichtet, obgleich die Teilnehmer natürlich das Recht haben, überall unterwegs zu landen. Etwa alle 110 Kilometer sind Depots mit Petroleum, Oel und Vorräten angelegt, so daß überall die Flieger die Möglichkeit finden, sich zu verproviantieren oder im Notfall Hilfe zu erlangen. An Preisgeldern sind bereits über 1 400 000 M. sichergestellt. 600 000 M. hat die Ausstellungsverwaltung bereits deponiert; davon erhält der Sieger 400 000 M. Die von den einzelnen Städten und Stationen gestifteten Sonderprämien übersteigen bereits 800 000 Mark. Nach den Bestimmungen des Wettbewerbes muß der Flug innerhalb 121 Tagen vollendet sein. Da die Gesamtflugstrecke nahezu 34 000 Kilometer umfaßt, müssen im Durchschnitt täglich rund 280 Kilometer zurückgelegt werden. Den Teilnehmern steht es frei, alle erforderlichen oder wünschenswert erscheinenden Reparaturen unterwegs vorzunehmen, sogar neue Motoren dürfen eingesetzt werden. Es ist auch angängig, statt des Fluges über Wasser das Flugzeug durch Dampfer zur nächsten Station transportieren zu lassen und von hier aus den Flug fortzusetzen, aber Teilnehmer, die von dieser Vergünstigung Gebrauch machen, müssen dafür entsprechende Abzüge an der Gewinnsumme in den Kauf nehmen. In Quebec werden vermutlich die meisten Teilnehmer ihre Flugzeuge in Wasserflugzeuge umwandeln und über den St. Lorenzstrom nach Belle Isle ziehen. Hier beginnen die eigentlichen Schwierigkeiten, denn die Küste Labradors ist wenig gastlich und öde. Dafür aber sind die Witterungsverhältnisse den Fliegern günstig, im Frühsommer sind die Temperaturstürze gering, das Meer ruhig. Die Vereinigten Staaten entsenden Kreuzer und Torpedoboote, die während des Fluges die Strecke zwischen Labrador und Kap Farwell abpatrouillieren. Bei dem größten Ueberseeflug, der 1000-Kilometer-Strecke nach Island, haben die Flieger den Vorteil, mit dem Winde zu fliegen, und zwar haben alle bisherigen Beobachtungen ergeben, daß in den Sommermonaten auf jener Strecke die Winde nicht nur in der gleichen Richtung, sondern auch in gleichmäßiger Stärke wehen. Die Strecke wird von dänischen Kriegsschiffen abpatrouilliert, die sich funkentelegraphisch über die Fortschritte und Lage der einzelnen Flieger verständigen. Der Flug durch Europa und Rußland bietet keine übertriebenen Schwierigkeiten, in Asien folgen die Flieger der transsibirischen Bahn. Die größten Hindernisse entstehen erst nach dem Verlassen Japans; auf den Kurilen werden japanische Truppen den Fliegern zur Verfügung stehen. Als Teilnehmer an dem Fluge haben sich bis jetzt vier amerikanische Flieger gemeldet.

Notizen.

— Ein Städtebundtheater wollen Merseburg, Naumburg, Weißenfels, Zeitz und Apolda gründen.

— Preisausschreiben des Dürerbundes für Heimatschutz. Die eingesendeten Arbeiten dürfen jede beliebige Form haben: Abhandlung, Erzählung, Märchen, Ansprache, Dichtung usw. Nur sollen sie in ihrer Darstellung dem Lebensalter angepaßt sein, für das sie bestimmt sind. Es handelt sich darum, dem Kinde die Heimat und die Natur lieb und wert zu machen; schon dem Kinde sollen die Gedanken des Heimat- und Naturschutzes in Fleisch und Blut übergehen. Die Arbeiten sind bis 1. Oktober dieses Jahres mit dem Vermerk „Preisausschreiben" an den Arbeitsausschuß des Dürerbundes in Dresden-Blasewitz einzusenden.

begreiflich; ein Privatunternehmer würde nicht anders handeln. Aber ebenso begreiflich ist es, vom Standpunkt des organisierten Personals, wenn dieses die Maßregelungen nicht einfach einstecken will. Es handelt sich hier weniger um eine Rechtsfrage als um eine Machtfrage. Das „Recht", im Streikfalle zu bestrafen, hat sich die Regierung eben kraft ihrer Machtstellung genommen und gesetzlich buchen lassen: daß sie die Paragraphen auf ihrer Seite hat, ist außer Frage.

Wie wird sich aber das Syndikat zu den Maßregelungen stellen? Als die Entscheidung noch schwebte, hat das Zentralkomitee des Syndikats wiederholt erklärt, daß es auf jede Maßregelung mit einem Generalstreik der Eisenbahner antworten und auch das ganze Proletariat des Landes zum Solidaritätsstreik aufrufen werde. Es sollen sogar über diesen Solidaritätsstreik bereits feste Abmachungen zwischen Syndikat und Konföderation getroffen worden sein; auch die gewerkschaftliche Landeszentrale der Syndikalisten, die Unione Sindacale, hat sich zu einem Solidaritätsstreik bereit erklärt. Man muß nun abwarten, ob angesichts der Maßnahmen der Regierung, die sich weder durch übertriebene Härte noch durch Milde auszeichnen, das Syndikat den Streik für geboten hält, und weiter, ob es den jetzigen Zeitpunkt, der die Regierung vorbereitet und gerüstet treffen würde, für eine allgemeine Ausstandsbewegung geeignet ansieht. Es ist Sache des Syndikats, das ja bekanntlich unter syndikalistischer Führung steht, sich darüber Rechenschaft abzulegen, ob die Massen streikbereit sind. Es ist wohl immer ein Irrtum, im voraus einen Streik anzudrohen, obwohl es natürlich ein Mittel ist, um einen recht energischen Druck auf die Regierung auszuüben. Trotzdem wäre es ein größerer Irrtum, wollte man den Streik, weil man ihn angedroht hat, nun auch durchführen, wenn man nicht an seinen vollen Erfolg glaubt. Der Streik ist in diesem Falle sicher keine Prinzipienfrage, sondern eine Frage der Opportunität. Es ist Pflicht, ihn zu unterlassen, falls er nicht opportun, nicht den Interessen der Massen angemessen erscheint.

Aus der Partei.

Nicht Großblock-Illusionen, sondern sozialdemokratischer Klassenkampf!

In einem Leitartikel des Karlsruher „Volksfreund" schreibt Genosse Kolb:

„Eine neue Grundlage im Kampf gegen die Gefahr einer klerikal-konservativen Herrschaft muß angesichts der veränderten politischen Situation aller Voraussicht nach geschaffen werden . . . Es ist eine geradezu lächerliche Einbildung, wenn die Nationalliberalen glauben, die politische Neuorientierung, die über kurz oder lang kommen muß, könne ohne sie nicht herbeigeführt werden. Wenn nicht alle Anzeichen trügen, muß sie sogar ohne bezw. gegen die Nationalliberalen geschaffen werden. Der Großblock war — das steht heute fest — ein politisch undurchführbares Experiment. Wo immer es sich darum handelt, die Grundlagen für eine politische Orientierung nach links zu schaffen, versagen die Nationalliberalen. Die Frage steht also heute nicht mehr so: mit oder ohne Großblock, vielmehr handelt es sich darum, eine neue politische Front im Kampf gegen die Reaktion zu bilden und die Nationalliberalen einfach ihrem Schicksal zu überlassen. Die Gefahr der klerikal-konservativen Reaktion kann mit den Nationalliberalen dauernd nicht gebannt werden. Dazu kommt, daß mit den Nationalliberalen eine grundsätzlich liberale Politik mit demokratischem Einschlag unmöglich ist. Es hieße die Entscheidung im Kampfe gegen die Reaktion nur verzögern, wenn man sich dabei auf die Nationalliberalen stützen wollte. Der Kampf muß vielmehr so geführt werden, daß das Gros der nationalliberalen Wähler vor die politisch entscheidende Frage gestellt wird: entweder nach rechts zu den Konservativen oder nach links zu den wirklich Liberalen. . ."

Dazu bemerkt ein mit A. Z. gezeichneter Artikel der Freiburger „Volkswacht":

„Eine politische Neuorientierung ist unserer Ueberzeugung vor allen Dingen für die Sozialdemokratie unbedingtes Erfordernis. So wie die Dinge in Baden sich entwickelt haben, wäre es überflüssige Kraft- und Zeitvergeudung, wollte man noch weiter an dem zur parlamentarischen Arbeitsgemeinschaft mit den Liberalen erweiterten Großblock herumdoktern, dessen politische Unmöglichkeit jetzt auch von seinen wärmsten Befürwortern zugegeben wird. Die Neuorientierung für unsere Partei kann aber nicht darin bestehen, daß wir den Nationalliberalen etwa in Güte zureden, doch lieber nicht den Marsch nach rechts anzutreten und die liberalen Grundsätze nicht zu verleugnen, sondern darin, daß unsere Partei klipp und klar zum Ausdruck bringt, daß sie aus dem Verhalten der Nationalliberalen rücksichtslos die Konsequenzen zu ziehen entschlossen ist. Allzu lange sind von unserer Partei in Baden in der Agitation, sowohl in der Presse als in den Versammlungen, die Vorzüge der Großblockpolitik herausgehoben und die parlamentarische Arbeitsgemeinschaft mit dem Liberalismus als erfolgreiches Kampfmittel gegen die Reaktion angepriesen worden."

Wir können uns dieser Auffassung nur mit aller Entschiedenheit anschließen.

Eine aktuelle Flugschrift.

Eine Rede, die der Verteidiger im Frankfurter und Berliner Luxemburg-Prozeß, Genosse Rechtsanwalt Dr. Levi, kürzlich in einer Volksversammlung in Frankfurt a. M. gehalten hat, ist jetzt im Verlag der „Frankfurter Volksstimme" als Broschüre veröffentlicht worden. Die Rede, die in knapper, aber trefflich pointierter Form unter Zugrundelegung eines vernichtenden Tatsachenmaterials das **System der Soldatenmißhandlungen** unbarmherzig an den Pranger stellt, erscheint gerade zur rechten Zeit und verdient weiteste Verbreitung. Die Broschüre kostet 10 Pf. und ist durch alle Parteibuchhandlungen und Kolporteure zu beziehen.

Der Caillaux-Prozeß.

(Telegraphischer Bericht.)

Paris, 23. Juli. In der heutigen Verhandlung dauerten die bisweilen sich widersprechenden Zeugenaussagen über die intimen Briefe an. Der Chefredakteur des Paris-Journal Vervoort sagte aus, daß Frau Gueydan zu einer Zeit, die er nicht genau angeben könne, ihm gegenüber den lebhaften Wunsch geäußert habe, die von Caillaux an Frau Raynouard geschriebenen Briefe veröffentlicht zu sehen. Vervoort versicherte, er sei der Ueberzeugung, daß Calmette die intimen Briefe niemals veröffentlicht haben würde. Er glaube jedoch, daß Frau Caillaux, die den Charakter Calmettes nicht kannte, diese Veröffentlichung habe befürchten können.

Starken Eindruck machte die Aussage der Frau Gueydan, der ersten Frau Caillaux. Sie beklagte sich, daß man heute versuche, ihr einen Teil der Verantwortlichkeit in dem Drama aufzubürden. Sie erklärte, sie habe die Photographien der Briefe, die sich seit dem 30. Juni 1910 in ihrem Besitz befinden, ihren Schwestern gegeben, und niemand habe sie bekommen können. Sodann dementierte sie in entschiedener Weise die Aussage des Herrn Vervoort. Sie habe, als Abel Bonnard von Calmette geschickt, sie um die Erlaubnis gebeten habe, den „Ton jo" unterzeichneten Brief veröffentlichen zu dürfen, darüber nicht sprechen wollen. Man spräche immer von zwei intimen Briefen; es gäbe deren viel mehr. Die Zeugin beschwor, Calmette keinerlei Mitteilungen gemacht zu haben. Auf eine Frage des Rechtsanwalts Chenu erklärte Madame Gueydan, daß die in ihrem Besitz befindlichen Briefe nichts das Publikum Interessierendes enthielten; sie habe sie übrigens bei sich.

Chenu fragte, ob sie darauf bestände, sie nicht veröffentlichen zu wollen. Unter gespanntem Schweigen der Zuhörer erklärte Frau Gueydan, nachdem sie einen Augenblick gezögert hatte, entschlossen: „Jawohl, ich weigere mich!"

Chenu bestand auf seinem Verlangen.

Madame Gueydan antwortete: „Ich erkläre Ihnen, diese Briefe interessieren nur mich!"

Chenu entgegnete: „Man wird Ihnen keinen Glauben schenken!" (Bewegung.)

Frau Gueydan entgegnete: „Wenn die Briefe etwas Politisches enthalten, dann sind sie für Caillaux durchaus ehrenhaft. Leute, die erklärt haben, sie kennten die Briefe und ihren Inhalt, haben gelogen."

Chenu entgegnete: „Man wird Ihnen nicht glauben."

Labori erklärte darauf, er würde der Zeugin keine weiteren Fragen stellen. Er neige sich tief gerührt vor ihrem Schmerz.

Chenu bestand weiter auf seinem Verlangen, damit volle Klarheit geschaffen würde. Madame Gueydan schlug darauf vor, sie werde die Briefe Labori einhändigen, der damit nach seinem Belieben verfahren könne.

Darauf wurde die Sitzung unterbrochen.

Madame Gueydan verließ die Zeugenbank, wobei ihr Ovationen bereitet wurden.

Die Unterbrechung der Sitzung dauerte längere Zeit. Eine außerordentliche Erregung herrschte im Saal und im ganzen Justizpalast. Um 5 Uhr wurde die Sitzung wieder aufgenommen.

Unter tiefem Schweigen erklärte Labori, Caillaux wünsche nochmals aufgerufen zu werden.

Chenu verlangte, daß vorher Frau Gueydan Labori die Briefe einhändige.

Darauf überreichte Frau Gueydan das Paket mit den Briefen.

Labori erklärte, er behalte sich die Verwendung der Briefe vor. Er fügte hinzu, daß, was er auch immer damit tun würde, die Geschworenen sicher sein könnten, daß sie von diesen Schriftstücken Kenntnis erhalten würden.

Frau Gueydan kehrte darauf auf ihren Platz zurück.

Jugendbewegung.

Und Mars regiert die Stunde . . .

Als die nationale Jugendpflege mit hoher ministerieller Protektion ins Leben trat, wurde von bürgerlicher Seite der Befürchtung Ausdruck gegeben, daß sie von geschäftsgewandten Strebern als Sprungbrett für eine gute Karriere benutzt werden könnte. Inzwischen haben sich die Dinge folgerichtig weiterentwickelt und wir stehen heute vor der Tatsache, daß die Macher der patriotischen Jugend-„Ertüchtigung" drauf und dran sind, aus ihr eine Versorgungsanstalt für abgehalfterte Offiziere zu machen. Rund und nett und ohne viel Umschweife wird dieser höhere Zweck der nationalen Jugendpflege von einem Hauptmann z. D. Heinrich-Aurich in der „Post" ausgesprochen.

Offenbar ist den Herren von der Leitung des Jungdeutschlandbundes, der ja heute so ziemlich die gesamte Jugendbewegung monopolisiert hat, die Geschichte zunächst noch etwas zu brenzlich erschienen, weshalb sie die Diskussion der Frage vorläufig aus ihren eigenen Organen in die für die Wünsche der Herren Militärs stets Verständnis zeigende politische Tagespresse verwiesen haben. Ist dort erst der Boden genügend vorbereitet, folgt regelmäßig auch bald die Erfüllung dieser Wünsche nach, und so können wir damit rechnen, daß nach Ablauf weniger Jahre in Deutschland ein ganzer Stab von Offizieren z. D. und a. D. vorhanden sein wird, dem die nationale Jugendpflege einen „standesgemäßen" Zuschuß zu ihrer Militärpension bieten wird.

Ein vielversprechender Anfang nach dieser Richtung ist ja schon in der Leitung des Jungdeutschlandbundes gemacht, die ohne Ausnahme aus gutdotierten ehemaligen Offizieren besteht. Wird auf dieser Bahn konsequent weitergeschritten, so werden wir in nicht zu ferner Zeit den Zustand erreicht haben, der unseren Junkern immer als Ideal vorgeschwebt hat: Die Erziehung der deutschen Jugend nach den „bewährten" Methoden des Kasernendrills! Vielleicht sieht dann auch endlich die „Deutsche Tageszeitung" das Ziel ihres Sehnens erfüllt, die von liberalen Ideen angekränkelten Volksschullehrer durch ausgediente Unteroffiziere zu ersetzen.

Von diesen oder ähnlichen Gedankengängen ist wohl auch der schon erwähnte Herr Hauptmann ausgegangen, als er sein Programm in der „Post" auspackte:

„Aus der großen Zahl der z. D. gestellten und verabschiedeten Offiziere, die für die Jugendpflege geeignet, würden gern viele kommen, böte ihnen Staat und Kommune einen Ersatz für diese ihre ganze Kraft und Zeit erfordernde Tätigkeit, böte sich ihnen die Möglichkeit, auf standesgemäße und ihrer Berufsbildung entsprechende Weise neben der oft kargen Pension einen staatlichen Zuschuß zu gewinnen, der sie dem bitteren Muß enthebt, in oft untergeordneten Stellungen ihr Brot zu verdienen. Berechnen wir allein auf alle unsere etwa 600 Städte und ländlichen Orte mit über 10 000 Einwohnern je einen Jugendpfleger, für wie viele Offiziere a. D. usw. ließe sich die oft besprochene und viel beklagte Versorgung im Dienste des Vaterlandes finden."

In der Tat — ein Ziel, des Schweißes aller Edlen wert! Und wie genügsam in ihren Ansprüchen erweisen sich doch die Herren Offiziers-Jugendpfleger! Ihre Anstellung müßte, so meint Herr Heinrich, auf Vorschlag des Jungdeutschlandbundes oder der Pfadfinder durch die Versorgungsstelle des Kriegsministeriums erfolgen. Die Gehaltsfrage wäre dann wie folgt zu lösen:

„Die neben der Pension zu beziehende, aber selbst nicht pensionsberechtigte Jugendpflegerzulage würde etwa 2400 M. jährlich betragen müssen, zahlbar in vierteljährlichen Raten. Sie würde vielleicht nach je drei Jahren um 300 M. steigen können, derart, daß nach 12 Jahren die Höchstzulage von 3600 M. erreicht würde. Ein zwar nicht glänzender, aber für viele doch auskömmlicher staatlicher Zuschuß zur Pension."

Da nach dem Vorschlage des Artikelschreibers für die Stellung der „Jugendpfleger-Offiziere" vor allem jüngere Stabsoffiziere und Hauptleute in Betracht kommen sollen, so würde sich das Einkommen dieser Herren auf etwa 6000—8000 M. stellen. Es mag schon sein, daß es sich damit einigermaßen „auskömmlich" leben ließe!

Die Beschaffung der notwendigen, nicht zu knappen Geldmittel schiebt Hauptmann Heinrich großmütig den Gemeinden und Bundesstaaten zu; eventuell, so meint er, könnte ja auch der Reichstag „einige Millionen für die Pfleger der deutschen Jugend und damit gleichzeitig für die Versorgung unserer verabschiedeten Offiziere" flüssig machen. Das sind aber, wie gesagt, Kleinigkeiten, die große Geister nicht weiter irritieren. Dagegen wird jedermann einsehen, daß der nachstehende Wunsch, den der Artikelschreiber in edler Bescheidenheit an den Schluß seiner Ausführungen setzte, für die künftige segensreiche Entwickelung unserer nationalen Jugendertüchtigung hinwiederum von ausschlaggebendster Wichtigkeit ist:

„Würde den Jugendpfleger-Offizieren nach etwa zwölfjähriger Tätigkeit gegebenenfalls noch eine Rangerhöhung durch Allerhöchste Gnade in Aussicht gestellt werden können, so würde gerade dies viele Offiziere a. D. zu besonderem Eifer anspornen. Es würde dies vielleicht aber auch die aktiven Herren anregen, sich mehr der Jugendpflege zu widmen, einer Tätigkeit, durch die ihnen später einmal eine Versorgung geboten werden kann."

Es sind Gemütsmenschen, unsere nationalen Jugendfreunde, das muß ihnen der Neid lassen! Sie halten es mit der alten Küchenweisheit, daß die wahre Liebe durch den Magen geht, und verlangen, daß zuerst einmal die Geld- und Rangfrage geordnet wird, bevor sie in selbstloser Aufopferung sich dem Wohle der deutschen Jugend widmen. Auf die Früchte dieser Erziehungsarbeit kann man wahrlich gespannt sein.

Soziales.

Aus dem Gewerbegericht.

1. Mißglückte Schiebung.

Gegen Frau Anna Friedrich, als Inhaberin eines Elektro-Installationsgeschäftes, richtete sich gestern die Klage eines Monteurs vor dem Gewerbegericht. Gefordert wurden 29,40 M. Restlohn.

In einer früheren Klagesache gegen den Ehemann der Beklagten war ein rechtskräftiges Versäumnisurteil ergangen. Auf Grund dessen hatte der Kläger eine Forderung der Beklagten pfänden lassen. Hiergegen intervenierte die Beklagte und behauptete, sie, nicht der Ehemann sei Inhaberin des Geschäfts. Nun reichte der Kläger gegen sie eine Klage ein. Die Beklagte wendet mangelhafte Arbeit ein. Durch Zeugenvernehmung wurde festgestellt, daß der Mangel zum überwiegenden Teil durch die Beklagte verschuldet ist.

Der Vertreter der Beklagten suchte den Kläger zu veranlassen, die gepfändete Forderung freizugeben. Der Kläger ließ sich hierauf natürlich nicht ein.

Das Gericht verurteilte die Beklagte zur Zahlung des strittigen Betrages.

2. Akkordnachforderung.

Auf 10,04 M. Akkordnachforderung lautete der Klageanspruch eines Arbeiters der Firma Erdmann u. Groß. Die betreffende Arbeit war ursprünglich einem Arbeiter übertragen worden, der mit 60 Pf. Stundenlohn eingestellt war und mit dem vereinbarten Akkordpreis nicht zurechtkommen konnte. Nun sollte der Kläger, dessen Lohnsatz 45 Pf. pro Stunde betrug, die Arbeit fertigstellen. Auch er protestierte gegen den zu niedrigen Preis. Der Werkmeister wie auch der Geschäftsführer unterließen es jedoch, einen anderweiten Preis festzusetzen. Sie vermieden eine klare Abmachung. Der Arbeiter stellte nun die Arbeit fertig und forderte nachträglich einen Zuschuß.

Das Gericht, Kammer 5, verurteilte die Beklagte Firma dem Anklageantrag entsprechend. Magistratsrat Wölbling führte begründend aus: Trotzdem der Kläger mehrfach Widerspruch erhoben hatte, ließen der Arbeitgeber bezw. dessen Beauftragte den Arbeiter mit der Arbeit beginnen. Der Arbeitgeber, so habe das Gericht gefolgert, sei also mit der Herstellung der Arbeit durch den Kläger einverstanden gewesen, obwohl es zu keiner klaren Abmachung über den Preis gekommen war. Demgemäß hatte das Gericht lediglich zu prüfen, ob der geforderte Preis angemessen sei. Das habe das Gericht bejaht.

Bemerken möchten wir, daß nach § 316 und 612 des Bürgerlichen Gesetzbuches für den Fall, in dem eine Vereinbarung über den Akkordlohn nicht stattfindet, den Unternehmer die Beweislast dafür trifft, daß der geforderte Lohn nicht angemessen ist. Einige Gewerbegerichte legen zu Unrecht die Beweislast dem Arbeiter auf.

Gerichtszeitung.

Krawatten-Akademie.

Die „Erste Berliner Krawatten-akademie", die schon häufig die Gerichte beschäftigt hat, bildete wieder einmal den Gegenstand heftiger Angriffe in einer Beleidigungsklage, welche gestern das Schöffengericht Berlin-Mitte beschäftigte. Als Kläger trat der Krawattenfabrikant Adolf Steinberg gegen den Dr. chem. Hans Purfürst, eine Frau Drechsler und eine Frau Wardevas auf.

Der Kläger betrieb seit dem Jahre 1882 unter der Firma „Erste Berliner Krawatten-Akademie" ein Lehrinstitut, in welchem Frauen, die sich durch Heimarbeit etwas verdienen wollten, in der Herstellung von Krawatten ausgebildet wurden. Auf Grund der Inserate, in denen ständige Beschäftigung mit einem Wochenverdienst bis zu 36 M. zugesichert wurde, meldeten sich zahlreiche arme Frauen, die sich mitunter die verlangten 20 M. Lehrgeld zusammenborgen mußten. Da viele der Frauen später mit der Behauptung hervortraten, betrogen worden zu sein, bildeten die Geschäftspraktiken der Krawatten-Akademie wiederholt den Gegenstand gerichtlicher Erörterungen. Vor dem Institut hatten wir wiederholt dringend gewarnt und sind einmal dank der preußischen Rechtspflege wegen Beleidigung, die in einem Ausdruck gefunden wurde, bestraft. In der Verhandlung behauptete gestern der Vertreter der Beklagten, das Institut des Steinberg, welches später auf die Ehefrau übertragen worden war, sei **auch schon Gegenstand einer öffentlichen Warnung des Polizeipräsidenten gewesen.**

Gegenstand der jetzigen Klage bildete die von den drei Beklagten ausgehende Behauptung, daß das Institut des Klägers bzw. das seiner Ehefrau „Schwindel" sei und nur darauf ausgehe, arme Frauen zu betrügen. Vom Rechtsanwalt Dr. Goetzel wurde als Vertreter der Beklagten der Wahrheitsbeweis dafür, daß es sich tatsächlich um einen recht gefährlichen Schwindel handele, angeboten. Zu diesem Zweck wurde auf das Zeugnis zahlreicher Frauen, die sich freiwillig gemeldet hatten und sich betrogen fühlten, bezug genommen. **Das Gericht beschloß, die Sache zu vertagen** und zu dem neuen Termin die namhaft gemachten Zeugen zu laden, ferner die Akten des Polizeipräsidiums und der Staatsanwaltschaft II gegen Steinberg beizuziehen.

„Arbeiterjugendheim" vor Gericht.

Polizei- und Staatsanwaltschaft haben versucht, durch Gericht einen unpolitischen, lediglich kulturellen Zwecken dienenden Verein, dem keine Jugendliche angehören, zu einem politischen Verein, dem Jugendliche als Mitglieder angehören, zu stempeln. Das Gericht hat es abgelehnt, diese Umwandlung der Wahrheit mitzumachen. Ueber die Verhandlung informiert der nachstehende Bericht.

Vor dem Schöffengericht Charlottenburg waren **Rechtsanwalt Dr. Siegfried Rosenfeld** und **Schriftsteller Zempelburg** angeklagt, als Mitglieder des Vorstandes des Vereins Arbeiterjugendheim Charlottenburg Jugendliche unter 18 Jahren als Mitglieder des „politischen" Vereins Arbeiterjugendheim geduldet zu haben. Es wurden einige 20 Jugendliche und Genosse Katzenstein als Zeugen vernommen und das Urteil des Kammergericht in der Sache des Berliner Vereins „Arbeiterjugendheim" zur Verlesung gebracht. Die Zeugenaussagen ergaben, daß keiner der unter 18 Jahre alten Jugendlichen Mitglied des Vereins war, sondern daß sie nur als Besucher im Jugendheim gespielt, die Bibliothek benutzt, gesungen, naturwissenschaftliche und belehrende Vorträge gehört, jedoch an keiner Versammlung des Vereins „Arbeiterjugendheim" teilgenommen haben. Von dem **Vorsitzenden** wurde großes Gewicht darauf gelegt, daß auf einer Weihnachtsfeier der Jugendlichen ein Lied: **„Stille Nacht, traurige Nacht"** gesungen worden war, Genosse Katzenstein über die proletarische Dichtkunst einen Vortrag gehalten hatte und Besucherkarten den Jugendlichen bis vor 1½ Jahren **ausgestellt worden waren.**

Aus dem dicken Aktenbündel hielt der **Vorsitzende** wohl durch Polizeispitzel zugetragenes unkontrollierbares „Material" den Zeugen vor, so, daß im Jugendheim einmal in einem Vortrage angeblich auseinandergesetzt sei, daß „der Kaiser zuviel Gehalt beziehe und die Republik billiger sei", daß „die Proletarier bloß zahlen müßten, damit die Agrarier immer dicker werden". **Keiner der Zeugen wußte davon etwas.**

In der zweistündigen Beweisaufnahme wurde auf die Fragen der Angeklagten von den Zeugen bestätigt, daß sie weder Mitglieder des Vereins seien, noch selbst einen Verein für sich bilden, sondern nur Benutzer der Einrichtungen des Vereins sind.

Trotzdem plädierte der **Staatsanwalt** für Bestrafung. Der Charlottenburger Verein, führte er aus, sei nur ein Teil des bereits durch Kammergerichtsurteil für politisch erklärten Berliner Vereins „Arbeiterjugendheim". Das Auslegen der Gewerkschaftsblätter und der „Arbeiter-Jugend" im Heime beweise, daß die Jugendheime nur Vorbereitung und Vorschule für die sozialdemokratische Partei seien. Zu diesem Zweck würden über die Besucher — statistische Aufnahmen gemacht! Die Tatsache, daß der Angeklagte Zempelburg nicht einmal Mitglied des Vorstandes des Vereins sei, sei unerheblich; da der Angeklagte Jugendheimleiter des Vereins sei, sei er als solches **anzusehen**, alles übrige sei nur „vorgeschoben". Der Staatsanwalt beantragte gegen jeden Angeklagten wegen Uebertretung des § 18 Nr. 5 des Vereinsgesetzes **20 M. Geldstrafe.** Demgegenüber führten die **Angeklagten** des längeren aus, daß die jugendlichen Besucher, wie die Beweisaufnahme ergeben habe, weder Rechte noch Pflichten von Mitgliedern des Vereins haben und durch den Besuch des Jugendheims, Benutzung der Einrichtungen desselben nicht Vereinsmitglieder geworden sind, so wenig wie etwa die Benutzer einer Bibliothek, die eine Korporation einem großen Publikum zur Verfügung stelle, Korporationsmitglieder wurden. Der Verein selbst sei überdies durchaus unpolitisch. Politisch würde er auch dadurch nicht, daß ein großer Teil der Mitglieder aus Sozialdemokraten bestehe, denn nicht jede Betätigung eines Sozialdemokraten sei notwendig eine politische.

Das **Gericht** kam nach längerer Beratung zur **Freisprechung.**

Den Verein „Jugendheim" kann jeder anständige Erwachsene durch Geldleistungen unterstützen. Hoffentlich führt dieser Prozeß, dessen Polizeiakten so deutlich zeigen, wie von Leuten gearbeitet wird, die von der Polizei bezahlt werden, recht zahlreiche Mitglieder den „Jugendheimen" zu. Wie in den fünfziger Jahren die Reaktion von der Polizei Verschwörungen auf Lager arbeiten ließ, so werden jetzt Verfolgungen der Männer und Frauen als Lagerware fabriziert, die Zeit und Geld der sehr nützlichen und notwendigen Aufgabe widmen, die Jugend kulturell zu heben.

Ein Pfarrer wegen Erpressung verurteilt.

Die Strafkammer in Heidelberg verurteilte den katholischen Pfarrer Geiler von Mühlhausen wegen Erpressungsversuchs zu **8 Tagen Gefängnis.** Er hatte einer Witwe Hassel geschrieben, sie würde weder von ihm noch einem anderen Geistlichen zur Beichte zugelassen werden, wenn sie nicht einen Teil ihres an die Kirche angrenzenden Grundstücks der Kirche überlasse. Ihr verstorbener Mann habe die Ueberlassung an die Kirche auf dem Totenbett versprochen.

Die Strafe ist auffallend niedrig.

Versammlungen.

Zentralverband der Sattler und Portefeuiller. Die Zahlstelle Berlin hielt am Mittwoch ihre Quartalsversammlung ab. Schulze erstattete den Geschäftsbericht. Die Krise lastet immer noch schwer auf dem Beruf in Berlin, und zwar auf fast allen Branchen gleichmäßig. Am günstigsten schneiden noch die Kofferbranche und die Wagenbranche einschließlich der Flugzeugindustrie ab. Unter diesen Umständen gilt es ganz besonders, die tariflichen Verhältnisse aufrecht zu erhalten, wie ja auch zurzeit sehr viele Werkstattdifferenzen zu verzeichnen sind. Diesem Bericht schloß sich der Bericht des Kassierers Weyher an, der sich auf wenige Ergänzungen beschränkte. Einnahmen und Ausgaben der Ortsverwaltung bilanzieren mit 21 683,10 M. Die Lokalkasse hatte eine Einnahme von 96 276,84 M., dem eine Ausgabe von 8244,85 M. gegenübersteht, so daß ein Bestand von 88 031,99 M. verbleibt. Die Einnahmen der Berliner Verwaltung betragen 4745,38 M., die Ausgaben 3677,69 M., der Bestand umfaßt also 1067,69 M. Einnahmen und Ausgaben der Lehrlings- und Jugendabteilung bilanzieren mit 140,50 M. Der Mitgliederbestand der Zahlstelle betrug am 30. Juni 1914: 3651, darunter 180 weibliche Mitglieder. Das Mitglied Kirsch wurde einstimmig ausgeschlossen.

Aus aller Welt.

Schiffskatastrophe auf der Oder.

Ueber eine Schiffskatastrophe, die sich in der Odermündung in das Stettiner Haff, im sogenannten Papenwasser, ereignete, erhalten wir folgendes Privattelegramm:

Stepenitz, 23. Juli. Der Dampfer „Berlin", welcher sich heute nachmittag mit den Passagieren des 9 Uhr 40 Berlin nach Stettin verlassenden Eilzuges auf der Fahrt nach Swinemünde befand, hatte im Papenwasser einen Zusammenstoß. Das Schiff, das etwa 350 Personen an Bord hatte, ist gesunken. Es wird befürchtet, daß viele Personen ertrunken sind.

Später eingehende Telegramme lassen die Hoffnung aufkommen, daß es bei der Katastrophe ohne Menschenverluste abgegangen ist. Danach hatte der Dampfer „Berlin" der Swinemünder Dampfschifffahrtsaktiengesellschaft nachmittag gegen 2 Uhr auf dem Papenwasser in der Nähe des Haffs einen Zusammenstoß mit dem Schleppdampfer „Ostsee", der einen großen schwedischen Frachtdampfer im Schlepptau hatte. Der Dampfer „Ostsee" wurde dabei glatt durchschnitten und sank in kürzester Zeit. Infolge des Anpralls geriet der Dampfer „Berlin" auch mit dem Frachtdampfer in Kollision und wurde dabei seinerseits am Vorderschiff beschädigt, so daß er zu sinken begann. Der Unfall ereignete sich unterhalb der sogenannten Krampemündung.

Der zahlreichen Fahrgäste bemächtigte sich sofort nach dem Zusammenstoße eine große Panik. Aber der Dampfer „Sedan", mehrere in der Nähe liegende Baggerprähme und hinzukommende Schleppdampfer, darunter der Dampfer „Werner", nahmen die Fahrgäste auf. **Es scheint, daß kein Menschenleben zu beklagen ist,** doch sind mehrere Personen verwundet worden.

Der Dampfer „Werner" brachte einige Verwundete nach Stettin, die ins Krankenhaus befördert wurden. Ein Lehrer aus Swinemünde, der gleich vielen anderen Fahrgästen nach Swinemünde gebracht wurde, hat mehrere Rippenbrüche erlitten und wurde ins Swinemünder Krankenhaus übergeführt. Ein anderer Teil der Fahrgäste wurde nach Stepenitz gebracht. Der Dampfer „Berlin" ist zuerst mit dem Vorderschiff unter Wasser getaucht, später versank auch das Hinterschiff.

„Berlin" ist das größte und eleganteste Schiff der Swinemünder Dampfschiffahrtsgesellschaft und eins der schönsten Schiffe des Ostseeverkehrs. Es dient in der Hauptsache dem Personen- und Güterverkehr zwischen Stettin und Swinemünde und vermag zirka 1000 Personen zu befördern. Die Ursache der Katastrophe soll darin zu suchen sein, daß der Dampf in der „Berlin" versagte. Obgleich naturgemäß unter den zahlreichen Passagieren eine starke Panik ausbrach, konnten die Rettungsboote sofort klar gemacht werden. Die Katastrophe hat in den Ostseebädern Heringsdorf, Ahlbeck, Swinemünde und Misdroy große Aufregung hervorgerufen, da noch nicht bestimmt festgestellt werden konnte, ob alle Passagiere gerettet worden sind, um so mehr, als viele Angehörige auf dem Dampfer „Berlin", der auf der Fahrt von Stettin nach Swinemünde war, vermuten. Sie sind in banger Sorge, weil viele der Geretteten sich an verschiedenen Stellen des Haffs befinden.

Viel besprochen wird mit größter Genugtuung die Umsicht und Entschlossenheit, mit der die Besatzung der „Berlin" bei der Katastrophe vorging. Der Kapitän ließ, als das Steuer ihm nicht mehr gehorchte, die Maschine rückwärts arbeiten. Es war aber, da der Schlepper „Ostsee" mit dem schwedischen Dampfer schon zu nahe herangekommen war, zu spät.

Eine tolle Schießaffäre.

Der Aufseher der Jagdgenossenschaft in Osterweddingen bei Magdeburg namens Kramer hatte angeblich einen Zusammenstoß mit Wilddieben, wobei er den Schlosser Held erschoß. Ob Notwehr vorliegt, ist noch nicht festgestellt. Wegen der Erschießung Helds hatte sich der Bevölkerung starke Erregung bemächtigt, und man versuchte, das Haus Kramers zu stürmen. Um sich zu verteidigen, gab Kramer Schüsse ab, wodurch vier Personen verletzt wurden, darunter drei schwer und eine leicht. Bei einem der Schwerverletzten besteht Lebensgefahr. Auf Ersuchen der Staatsanwaltschaft wurden 15 Schutzleute aus Magdeburg, mit Karabinern bewaffnet, nach Osterweddingen geschickt, von denen 8 bereits wieder zurückgekehrt sind; die übrigen sind auf Wunsch des Amtsvorstehers dort geblieben. Gegen Kramer ist Voruntersuchung eingeleitet worden, er wird zurzeit in Magdeburg vernommen.

Kleine Notizen.

Wolkenbrüche. Durch Hochwasser infolge von Wolkenbrüchen im Ulstertale ist die Strecke Geisa-Tann auf drei bis vier Tage gesperrt. Der Verkehr zwischen Geise und Tann ist unterbrochen. Der entstandene Schaden ist bedeutend.

Arbeiterrisiko. Auf dem Eisenwerk „Union"-Dortmund wurden drei Maurer, die mit dem Ausmauern einer Pfanne beschäftigt waren, von flüssigem Eisen überschüttet. Einer war sofort tot, ein anderer starb gleich nach der Einlieferung in das Krankenhaus, der dritte erlitt schwere Brandwunden.

Mord und Selbstmord. In Greiz i. V. versuchte der Gelegenheitsarbeiter Grünert seine vier Kinder zu ermorden. Zwei von ihnen ergriffen die Flucht, während er den beiden anderen die Kehle mit einem Rasiermesser durchschnitt und sie schwer verletzte. Nach der Tat öffnete Grünert sich die Pulsadern. Er wurde schwer verletzt in Krankenhaus gebracht.

Eingegangene Druckschriften.

Gerhard Gutherz. Das Herz von Jerusalem. Tragödie. Preis 2 M., geb. 3 M. — **Harald Taudrup.** Krähwinkel. Ein Roman. Preis 4 M., geb. 5 M. — **Manfred Berger.** Zwischen den Dämmerungen. Neue Gedichte. 91 Seiten. Verlag von Axel Juncker, Berlin-Charlottenburg.

Ein Jahrhundert preußischer Schulgeschichte. Von J. Tews. Preis 3 M., geb. 3,60 M. Verlag von Quelle u. Meyer, Leipzig.

Die städtischen Bücherhallen zu Leipzig. Herausgegeben von der Verwaltung der Bücherhallen. Mit 8 Tafeln und 50 Textabbildungen. — Verlag Otto Harassowitz, Leipzig.

Täglich neue Anhänger

findet unser von Tausenden gepriesener

Condor-Patent-

Herren-Schnürstiefel ohne zu schnüren!

Kein Schnüren mehr! Stets fertig geschnürt!
Mit einem Ruck an- und ausgezogen!
Wer Condor-Patent trägt, schwört auf ihn!

Vorrätig in Modeformen und Spezialformen für leidende Füße.

Hauptpreislagen: 11⁵⁰ 12⁵⁰ 15⁵⁰ 17⁵⁰ 19⁵⁰

Schwarz und braun Chevreau- und Boxkalfleder.

Conrad Tack & Cie.

Akt.-Ges., Schuhfabrik, Burg bei Magdeburg.

142 Verkaufsstellen im Reiche, davon 21 in Berlin u. Umgegend:

C, Spittelmarkt 15
C, Rosenthaler Straße 14
W, Potsdamer Straße 50
W, Schillstraße 16
NW, Turmstraße 41
NW, Altmarker Str. 22
NW, Beusselstraße 29
N, Friedrichstraße 127
N, Müllerstraße 3
N, Reinickendorfer Str. 23
N, Brunnenstraße nur 37
N, Danziger Straße 1
O, Andreasstraße nur 59
O, Frankfurter Allee 125
SO, Oranienstraße 2a
SO, Oranienstraße 32
SO, Wrangelstraße 49
SW, Friedrichstr. 240-241
Charlottenburg: nur Wilmersdorfer Str. 122-123
Neukölln: Bergstraße 30-31
Potsdam: Brandenburger Str. 56

Unserem lieben Genossen
Wilhelm Rasch
nebst Gemahlin
die herzlichsten Glückwünsche zur Goldenen Hochzeit.
Die Genossen des 626. Bez. des 6. Berl. Reichst.-Wahlkr.

Verband der Steinsetzer, Pflasterer u. Berufsg. Deutschlands
Filiale Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, das Ehrenmitglied

Otto Banecke

verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 25. d. M., nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Sebastian-Kirchhofes, Reinickendorf, Humboldtstr. 71, aus statt.

Um rege Beteiligung bittet
175/12 **Der Vorstand.**

Deutscher Transportarbeiter-Verband.
Bezirksverwaltung Groß-Berlin

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Geschäftskutscher

Gustav Aurich

von der Firma Bäckerei-Zentrale, Neue Königstraße 16, am 21. Juli im Alter von 47 Jahren verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Freitag, den 24. Juli, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Zions-Kirchhofes in Nordend aus statt.

67/2 **Die Bezirksverwaltung.**

Deutscher Textilarbeiter-Verband
Filiale Berlin.

Allen Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Webereiarbeiter

Franz Pientok

verstorben ist.

Die Beerdigung findet am Freitag, den 24. Juli, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des städtischen Begräbnisplatzes Müllerstraße, Ecke Seestr., aus statt.

Ferner starb unser Kollege, der Färbereiarbeiter

August Dodt

Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 25. Juli, nachmittags 5½ Uhr, von der Leichenhalle des Emmaus-Kirchhofes in Neukölln aus statt.

Ehre ihrem Andenken!

Um rege Beteiligung ersucht
Die Ortsverwaltung.

Am 23. Juli verschied nach langem, schwerem Leiden mein lieber Mann und mein guter Vater, der Buchdrucker

Richard Schulze

im 63. Lebensjahre.

Neukölln, 24. Juli 1914.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen
Pauline Schulze geb. Standke.
Lucie Schulze.

Die Einäscherung findet am Montag, den 27. Juli, vormittags 11 Uhr, im Krematorium, Gerichtstr. 37, statt.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme sowie für die zahlreichen Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes, unseres guten Vaters

Richard Schaaf

sagen wir allen Verwandten und Bekannten, insbesondere seinen Freunden, Kollegen und der Direktion der Löwenbrauerei, sowie dem Verband der Brauereiarbeiter und den Parteigenossen des sechsten Wahlkreises unseren innigsten Dank. 1268

Ww. Emma Schaaf und Kinder.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme sowie die reichen Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes und Vaters

Adolf Vrick

sage ich allen Verwandten, Freunden und Bekannten, insbesondere den Kollegen der Firma A. E. G., sowie dem Wahlverein, Bezirk Pankow, unseren tiefgefühlten Dank.

Witwe Vrick und Kind.
A Pankow, Brehmestr. 6.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes, unseres guten Vaters, sagen wir allen Verwandten und Bekannten unseren innigsten Dank.

Witwe Ernestine Schulze und Kinder. 1178

Henkel's Bleich-Soda für alle Küchengeräte

Gesellschaftshaus Trebbin.

Meinen gr. schattigen Garten sowie gr. Saal rc., gr. Ausspannung, empf. den Ausflüglern. Vereine bitte um vorherige Meldung. **E. Schulze.**

Möbel
Spezialit.: Mittelgenre

Sehr niedrige Kassapreise — Teilzahlung jedem kulant

Garnitur 100–350 M. Schlafsofa 75–120 M. Umbausofa 52–78 M. Walzendiwan 52–85 M. Chaiselong. 21–65 M.

Kompl. Einrichtung schon von 230 M. an
Moderne bunte Küche von 48 M. an

Bettstelle 21–72 M. Kleiderschrank 19–165 M. Vertiko 38–72 M. Tische 6.50–65 M. Stühle 2–20 M.

Berlin N. — **Möbelmagazin Otto Piehl** — Brunnenstraße 120

VORWÄRTS BIBLIOTHEK

Der Gotteslästerer

Roman aus dem Leben der erzgebirgischen Waldarbeiter
Von A. Ger

:: Preis gut gebunden 1 Mark ::

Zu beziehen durch die
Buchhandlung Vorwärts, Lindenstraße 69

Schnupfer! achtet auf dieses Etikett

Kownoer aus den Tabak-Fabriken
J. Goldfarb Preuss. Stargard
gegründet 1839.

Tabac russe à priser, goût de Kowno.

Prawdziwa tabaka do zażywania „Kownoer."

Bruchbandagen
Leibbinden, Geradehalter, Irrigateure, Spritzen etc., **Suspensorien**, sowie alle Artikel z. Krankenpflege empfiehlt
Fabrikant Pollmann,
jetzt Berlin N., Lothringer Str. 60. Eigene Werkstatt. Lieferant für Krankenkass. Fachgem. Bedienung.

Blumen- und Kranzbinderei von Robert Meyer,
Inh.: **P. Golletz**
Mariannenstr. 3. Tel. Mpl. 346

Von der Reise zurück 96/5*
Dr. Max Goldschmidt
Warschauer Straße 15.

Buchhandlung Vorwärts
Lindenstraße 69 (Laden).
Ansichtskarten
Sächs.-böhmisch. Schweiz
Harz
Riesengebirge
in großer Auswahl!
Stück 5 Pfennig.

Spezialarzt
Dr. med. Wockenfuß,
Friedrichstr. 125 (Oranienb. Tor)
für Syphilis, Harn- u. Frauenleiden — Ehrlich-Hata-Kur (Dauer 12 Tage). Blutuntersuchung. Schnelle, sichere schmerzlose Heilung ohne Berufsstörung. Teilzahlung.
Spr. vorm. 9—Nm. 8, Sonnt. 9—11.

Nervöse Erscheinungen

werden oft durch Ermüdung des Körpers hervorgerufen. Absätze Continental machen Ihren Gang leicht und elastisch und verhindern vorzeitiges Ermüden. Verlangen Sie aber ausdrücklich von Ihrem Schuhmacher die enorm haltbaren

Continental-Absätze.

Maßschneiderei
eleg. Herrenmoden
beste Stoffe, schick. Schnitt
Ia Verarbeitg., pa. Zutaten
enorm billig.
E. Sommermeier
Schönhauser Allee 136
Tel. Norden 2195.

Jedes Wort 10 Pfennig.
Das fettgedruckte Wort 20 Pfg. (zulässig 2 fettgedruckte Worte). Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pfg.; das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen

ANZEIGEN
für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstrasse 69, bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Vorjährige elegante Herrenanzüge und Paletots aus feinsten Maßstoffen 25—60 Mark, Hosen 6—18 Mark. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21. *

Teppiche! (fehlerhafte) in allen Größen, fast für die Hälfte des Wertes. Teppichlager Brünn, Hackescher Markt 4, Bahnhof Börse. (Leser des „Vorwärts" erhalten 5 Prozent Rabatt.) Sonntags geöffnet! *

Schleuderverkauf! Pfandleihhaus Hermannplatz 6. Ansammlungen verschiedener Warenbestände werden spottbillig, vielfach beinahe umsonst verkauft. Riesenauswahl Jackettanzüge Gehrockanzüge, Herrenpaletots, Herrenhosen, Goldsachen, Uhrenverkauf, Teppichverkauf, Wäscheverkauf, Gardinenverkauf, Bettenverkauf, Vermietungsbett, Brautbetten, Aussteuersachen, Steppdecken, Tischdecken, Wandbilder. Passende Festgeschenke. Jedermanns allerbilligste Kaufgelegenheit, nur Hermannplatz 6. *

Teppich-Thomas, Oranienstr. 44, spottbillig farbfehlerhafte Teppiche, Gardinen. Vorwärtslesern 5 Prozent Extrarabatt. 108*

Nähmaschinen, gebrauchte, in allen Systemen billigst, schon von 10 Mark an. **Bellmann,** Gollnowstraße 26. 298R*

Monatsanzüge und Sommerulster von 5 Mark sowie Hosen von 1,50, Gehrockanzüge von 12,00, Fracks von 2,50, sowie für korpulente Figuren. Neue Garderobe zu staunend billigen Preisen, aus Pfandleihen verfallene Sachen kauft man am billigsten bei Katz, Mulackstraße 14. *

Radfahrerkarten Mittelbach für die Gaue Berlin, Magdeburg, Mecklenburg, Hannover, Stettin u. a., aufgezogen 2,75 Mark, unaufgezogen 1,50 Mark. Weitere Umgebung von Berlin aufgezogen 1,80 Mark. Zu beziehen durch die Buchhandlung Vorwärts, Lindenstraße 69.

Gardinen! Steppdecken! Portieren! Tischdecken! außergewöhnlich billig! Vorwärtsleser 5 Prozent Rabatt extra! Gardinenhaus Brünn, Hackescher Markt 4 (Bahnhof Börse), Sonntags geöffnet. *

Leihhaus Moritzplatz 58a! kaufen Sie spottbillig von Kavalieren wenig getragene sowie im Verlatz gewesene Jackett-, Rockanzüge, Ulster, Paletots, Serie I: 10—18, Serie II: 20—30 Mark, größtenteils auf Seide. Gelegenheitskäufe in neuer Maßgarderobe, enorm billig. Riesenposten Kleider, Kostüme, auf Seide, früher bis 150, jetzt 20—35 Mark. Extra-Angebot in Lombard gewesener Teppiche, Gardinen, Portieren, Betten, Wäsche, Uhren, Brillanten, Goldwaren enorm billig nur Moritzplatz 58a I. 194R*

Teilzahlung! 0,50 wöchentlich. Herren-, Damen-, Kinderkonfektion, Möbel, Gardinen, Portieren, Teppiche, Steppdecken, Tischdecken, Bilder, Gaskronen, Kinderwagen. Kredithaus Luisenstadt, Köpenickerstraße 77—78, Ecke Brückenstraße, am Bahnhof Jannowitzbrücke. 271SR

Monatsgarderobe! Unübertrefflich billiger Verkauf von Herrenkleidung, von Herrschaften, Kavalieren sehr wenig getragen, feinste Maßverarbeitung, nur echte Stoffe, teils auf Seide, vom Hofschneider. Cutaways, Kammgarnhosen, Jackettanzüge, Rockanzüge, Frackanzüge, Smokinganzüge. Rosenberg, Berlin, Brüderstraße 61, I

Bettenverkauf! Herrenanzüge! Paletots! Prachtteppiche! Gardinenauswahl! Plüschportieren! Tischdecken! Steppdecken! Aussteuerwäsche! Uhrenverkauf! Schmucksachen. Spottbillig! Leihhaus! Warschauerstraße 7. 278SR*

Herrenanzüge, Cutaway, aus feinsten Maßstoffen, nagelneu (Zufallssache), Wert von 45,— bis 65,—, nur zwei Einheitspreise 20,— und 35,—. Pintus, Charlottenburg, Leibnizstraße 69 I. 95/3*

Klappsportwagen, hochelegante, Teilzahlung gestattet. Eisenbahnstraße 34, Musikgeschäft. †2*

Monatsgarderobe lohnt nur bei Max Beitz, 88, Große Frankfurterstraße 88, altbekannte Firma, zu kaufen. Man wird reell und billig bedient. Wenig getragene, teilweise auf Seide, von Kavalieren nur kurze Zeit getragene Jackettanzüge, Rockanzüge, Gehrockanzüge, Frackanzüge, Smokinganzüge, Paletots, Ulster, Hosen, einzelne Fracks und Smokings werden zu billigsten Preisen verkauft. Die elegantesten Sachen sind auch leihweise sehr billig zu haben. Bitte im eigenen Interesse auf die Firma zu achten, 2 große Fenster. 96/10*

Bettenstand 9,—. Brunnenstraße 70, im Keller. 120OR*

Geschäftsverkäufe.

Zigarrengeschäft, 15 Jahre bestehend, passend für einzelne Person, verkauft krankheitswegen Elbingerstraße 4. †121

Möbel.

Möbel auf Kredit! Bei kleiner Anzahlung geben jedermann ganze Einrichtungen, Herren-, Speise-, Schlafzimmer, Küchen, einzelne Möbelstücke auf Kredit zu billigsten Preisen, auch Waren aller Art. Kretzschmann u. Co., Koppenstraße 4. (Schlesischer Bahnhof.) 21R*

Achtung! Möbelkredithaus „Konsum", Rottbuserstraße 14. Wegen Umzug gewähre ich im Juli 15 Prozent Rabatt. Anzahlung 3,—, Abzahlung 1,— an. Günstige Gelegenheit, Möbel auf Teilzahlung spottbillig anzuschaffen. Riesenauswahl. Größte Rücksicht. Sonntags geöffnet. 208R*

Möbelhandlung Mariannenstraße 25, billige Preise. Teilzahlung gestattet. „Vorwärts"-Leser 3 Prozent Rabatt. 89SR*

Möbelausverkauf. Hausumbau. Hutbodenspinden, 30,00, 35,00, Vertikos, Plüschsofas, 39,00, 45,00, 55,00, Chaiselongue, 20,00, 24,00, Küchenmöbel, englische Bettstellen, Wohnzimmer, 200,00, 300,00, Schlafzimmer, 240,00, 280,00, 320,00. Kein Schwindelangebot. Dresdenerstraße 107/108.

Ohne Anzahlung den Vorwärtslesern beim Möbelkauf weitgehendste Kulanz. Kleine Einrichtungen, kurze Zeit verliehen gewesene Möbel fast stets am Lager. Kleine Raten. Möbel-Ehrlich, Schönhauserstraße 32. 278IR

Säulenbüfett, echt nußbaum, innen Eiche, reich geschnitzt, 175 Mark; auch in mahagoni, große Auswahl. „Möbelhaus" M. Hirschowitz nur Südostern, Stalitzerstraße 25. 24/7

Wohnungsmöbel. Eichenmöbel, Polstermöbel, Küchenmöbel. Möbelgelegenheitskaufhaus Brückenstraße 6. (Jannowitzbrücke). 199

Fahrräder.

Freilaufräder, Haldrenner 20,00, Damenräder. Schrader, Webersstr. 42, Keller. 95/17*

Musikinstrumente.

Ratenpiano, Prachtstück, Zweidrittel abgezahlt, 227,—. Neukölln Pianofabrik, Juliusstraße 59. 95/14

Kaufgesuche.

Zahngebisse, Goldsachen, Silbersachen, Platinabfälle, sämtliche Metalle höchstzahlend. Schmelzerei Christionat, Köpenickerstraße 20a (gegenüber Manteuffelstraße). 48/10*

Goldschmelze kauft höchstzahlend Zahngebisse, alle Metalle. Witwe Rieper, nur Köpenickerstraße 157.

Kupfer, Messing, Zink, Zinn, Blei, Stanniolpapier, Goldsachen, Silbersachen, Platinabfälle, Quecksilber, Zahngebisse. „Metallschmelze" Cohn, Brunnenstraße 25 und Neukölln, Berlinerstraße 76. 79/7*

Fahrradankauf Linienstraße 27.*

Platina, alte Goldsachen, Silber, Gebisse, alte Uhren, Rotgold, Goldwatten, photographische Rückstände, sowie sämtliche gold-, silber-, platinhaltigen Abfälle kauft Broh, Edelmetallschmelze, Berlin, Köpenickerstraße 29. Telephon Moritzplatz 3476. 96/9*

Unterricht.

Unterricht in der englischen Sprache. Für Anfänger und Fortgeschrittene, einzeln oder im Zirkel, wird englischer Unterricht erteilt. Auch werden Uebersetzungen angefertigt. G. Swientz-Liebknecht Charlottenburg, Stuttgarterplatz 9 Gartenhaus III. 44R*

Verschiedenes.

Patentanwalt Müller, Gitschinerstraße 16.

8,— pro Feuerantrag zahlt Landsbergerstraße 119. 277SR*

Vermietungen.

Geschäftskeller sofort Naunynstraße 87. †2

Wohnungen.

Saubere Stube und Küche, von 18 Mark an. Frankfurter Allee 182.

Charlottenstraße 87, kleine Wohnungen, billig, renoviert, sofort. *

Freundliche, helle Wohnung, welche vollständig renoviert wird, zwei Stuben und Küche, Gas, zum 1. Oktober Andreasstraße 19, Seitenflügel. 96/7

Balkonwohnung sofort Putbuserstraße 9. †2

Vorderwohnung Schöneberg, Sedanstraße 41. †2

Zimmer.

Möbliertes Balkonzimmer, billig, Sachse, Weichselstraße 5. †27

Mietsgesuche.

Saubere, einfach möblierte Schlafstelle, hell, geräumig, allein, bis 18,00 inklusive, Nähe Hallesches Tor, Es., Postamt 68, gesucht. 276SB

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Lehrstelle gesucht für einen kräftigen Jungen von 15 Jahren, moralisch, geistig zurück, aber lebhaft und nicht idiotisch, aus anständiger Familie, bei anständigem Handwerksmeister gegen entsprechende Entschädigung, mit vollständig freier Station. Religion gleichgültig, anständige Gesinnung Hauptsache. Offerten unter „A. 3" Hauptexpedition des „Vorwärts". 276SB

Klavierstimmer. Fast erblindeter Genosse empfiehlt sich als Klavierstimmer. Haffelbach, Neukölln, Riemeyerstraße 10.

Stellenangebote.

Installateur- oder Tischler-Ehepaar für Portierstelle gesucht. Zimmermann, Friedenau, Blankenbergstr. 8.

Straußfedern. Geübte Kraus-erinnen in und außer dem Hause finden dauernde Beschäftigung. Heinrich Bolck, Stallschreiberstraße 24/25.

Herrenkragen-Vornäherin, Steppterin (im). Behlendorf, Blumenstraße 35. †44

Kesselschmiede für Dampfkessel Brückenbauten Eisenkonstruktionen
gesucht. Gutes Gehalt. Dauernde Beschäftigung. Freie Reise.
Offerten erbeten an
J. C. Petersens Mekaniska Verkstads Aktiebolag,
Trelleborg (Schweden).
NB. In den früher erschienenen Inseraten ist irrtümlich „Klempner" anstatt „Kesselschmiede" gesetzt worden. 94/5*

Verantwortlicher Redakteur: Albert Wachs, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Parteiangelegenheiten.

3. Kreis. Die organisierten Frauen des 3. Kreises veranstalten am Sonntag, den 26. Juli, einen Ausflug nach Grünau, Krampenburg. Abfahrt um 9 Uhr vom Schlesischen Bahnhof bis Grünau. Dann bis 2 Uhr in Marienlust Rast, von dort nach Krampenburg zum Kaffeekochen.

Sechster Wahlkreis.

Der Frauen-Leseabend am Montag, den 27. Juli, fällt aus.

Am Sonntag, den 26. Juli, vormittags 9 Uhr, besichtigt die 9. Abteilung das Krematorium in der Gerichtstraße. Treffpunkt bei Henkel, Stralsunder Str. 17. Abmarsch 8½ Uhr.

Berliner Nachrichten.

Eberswalde — Chorin — Niederfinow.

Eine Fußwanderung, bei der wir das Angenehme mit dem Nützlichen und Sehenswerten verbinden können, ist die oben angeführte. Vom Stettiner Fernbahnhof oder vom Gesundbrunnen fahren wir mit den ersten Frühzügen 5.53, 5.59, 6.04 resp. 6.00, 6.06, 6.10 bis Eberswalde. Letzterer verkehrt nur in der Zeit vom 31. Mai bis 31. August. Fahrpreis: Stettiner Bahnhof bis Eberswalde IV. Klasse 0,95 Mark.

Vom Bahnhof Eberswalde wenden wir uns links in die Eisenbahnstraße, die wir mit ihrer Fortsetzung der Bergerstraße durchschreiten, bis uns eine Brücke über den Finowkanal in die Stettiner Straße und weiterhin auf die Angermünder Chaussee führt. Hier wenden wir uns unmittelbar nach dem Ueberschreiten des Schienenstranges in den rechts abgehenden Fahrweg, wo wir bald vom schattigen Wald aufgenommen werden. Nach etwa dreiviertelstündiger Wanderung haben wir den Großschiffahrtskanal mit seinen glatten, grünen Fluten erreicht, über den uns die sogenannte Kahlenberger Brücke ans jenseitige Ufer führt. Auf schattigen und schönen Waldwegen erreichen wir von hier in ein- bis eineinhalbstündiger Wanderung Chorin, das Ziel vieler Touristen. Neben der romantischen Lage dieses Fleckchens ist es hauptsächlich das ehemalige Zisterzienserkloster, das seit der Verwüstung im Dreißigjährigen Kriege Ruine geblieben ist, welches dem Orte seinen Reiz verleiht. Diese riesigen Hallen und Kreuzgänge mit ihren schmalen und dünnen Pfeilern führen uns ein Stück gotischer Baukunst vor und sind der beste Zeuge für die Macht der Kirche in damaliger Zeit.

Unser Weg führt uns nun in südöstlicher Richtung auf dem sogenannten Amtswege durch herrlichen Wald nach Liepe am Finowkanal. Wir biegen aber nach dem Verlassen des Waldes nicht in den Ort selbst ein, sondern gehen auf der in südlicher Richtung abführenden Niederfinower Chaussee zu den Schleusentreppen des Großschiffahrtskanals. Hier wird uns im Gegensatz zu der Klosterruine, die eine vergangene Macht repräsentiert, eine neue Macht, die Macht der Technik vorgeführt, vor deren Fortschritt alle finsteren und mystischen Mächte der Vergangenheit und Gegenwart werden zurückweichen müssen, trotz aller Rückwärtserei vergangener und gegenwärtiger Demagogen. Mit einem einzigen Hebeldruck ist hier ein Mann imstande, die riesigen Schleusentore, welche dem Drucke ungeheuerer Wassermassen zu widerstehen haben, zu öffnen und zu schließen und Fahrzeuge mit tausenden von Zentnern in einigen Minuten um viele Meter zu senken. Nachdem wir dieses großartige Bauwerk in Augenschein genommen haben, können wir uns nach dem Bahnhof Niederfinow wenden (25 Minuten) oder auch, wenn wir noch gut zu Fuß sind, bis Oderberg wandern und von hier die Rückreise antreten. Fahrpreis 4. Klasse 1,40 M. Lohnend ist es auch, den kurz vor Oderberg liegenden Kaiser-Friedrich-Turm zu besteigen, von wo wir weit in die Gegend des Oderbruchs hineinsehen können. Die Weglänge der ganzen Tour beträgt bis Niederfinow etwa 16 Kilometer und bis Oderberg etwa 20 Kilometer.

Unsere letzte Montagsnummer und die Polizei.

Eine Anzahl Straßenhändler präsentierten uns unter Hinweis auf unsere gestrige Notiz, nach der das im Umlauf befindliche Gerücht von einer polizeilichen Ausschließung der letzten Montagsnummer vom Straßenverkauf falsch sei, Bekanntmachungen verschiedener Polizeireviere, wonach in der Tat der „Vorwärts" vom letzten Montag vom Straßenhandel ausgeschlossen ist und zwar auf Grund der §§ 42a und 56,12 der Gewerbeordnung. Danach kann die Polizei anordnen, daß Drucksachen und Bildwerke, die in „sittlicher oder religiöser Beziehung" Aergernis erregen, vom Straßenhandel ausgeschlossen werden. In einer Reihe von Fällen sind Händlern die Vorwärtsexemplare abgenommen worden. Unser Verlag ist von der Polizei von diesen Maßnahmen nicht in Kenntnis gesetzt worden, und niemand kennt den Grund der polizeilichen Anordnung.

Wir haben die letzte Montagsnummer noch einmal durchgesehen und Vermutungen angestellt, was wohl das Aergernis der Polizei hervorgerufen haben könnte. Da ist zunächst der Leitartikel: „Lektüre des Herrn von Falkenhayn". Sollte die in diesem Artikel besprochene Broschüre des Hauptmanns a. D. von Pommer das Aergernis sein? Dann müßte sich die Polizei an den Herrn Hauptmann halten, der die Broschüre veröffentlicht hat, die unsern Falkenhaynern so viel Verdruß bereitet.

Oder sollte das Bild Aergernis erregt haben? Aergernis erregt hat allerdings in weiten Kreisen der Bevölkerung die kürzlich in einer Gerichtsverhandlung festgestellte Tatsache, daß ein Schutzmann deshalb Hilfeleistung verweigert habe, weil er nicht mit „Herr" Schutzmann angeredet worden ist. Dieser Vorgang ist in unserem Bilde karikiert. Sollte etwa gar die Polizei sich darüber geärgert haben, daß hier ein wahrer Tatbestand in bildlicher Form glossiert worden ist?

Oder ärgert es die Polizei, daß wir die neueste Maßnahme, die Polizeistunde zu beschränken und die Berliner um 11 Uhr ins Bett zu jagen, verspottet haben?

Man sieht, es gibt Kopfzerbrechen, wenn man das Aergernis der Polizei in „sittlicher oder religiöser Beziehung" analysieren will.

Vom Armenwesen.

Unter der Spitzmarke: „Ein Vorschlag zur Güte" ging dieser Tage folgende Notiz durch die Berliner bürgerliche Presse:

„Kürzlich erhielt die Berliner Armendirektion von einer Almosenempfängerin aus Neukölln eine Zuschrift, worin die Schreiberin mitteilt, daß sie in Neukölln nicht mehr 33 M., sondern nur 25 M. monatlich erhält. Sie fragt nun an, ob die Berliner Armenverwaltung mehr zahlt, dann würde sie nach Berlin ziehen. Die Differenz von 8 M. monatlich sei ein harter Verlust und deshalb erlaubte sie sich die Anfrage, ob Berlin geneigt sein dürfte, ihr diesen Verlust zu ersetzen."

Wir haben diese Notiz absichtlich nicht veröffentlicht, weil ihr auf den ersten Blick die Unfreundlichkeit gegen einen armen hilfsbedürftigen Menschen anzusehen war. Aus der Fassung der Notiz war aber zu vermuten, als handle es sich um eine besonders starke, an die Berliner Armendirektion gestellte Zumutung, die der öffentlichen Kennzeichnung bedürfe. Jetzt veröffentlicht nun die „Tägliche Rundschau" eine Zuschrift der Vorsteherin des Schwesternheims „Bethesda", der Oberschwester Kander, die sich auf den Fall bezieht. Darin heißt es:

„Da ich zufällig weiß, um wen es sich handelt, möchte ich die betreffende Almosenempfängerin vor der Unterstellung in Schutz nehmen, daß ihre naive Auffassung dahin ginge, die erbetenen 8 M. ohne weiteres von der Stadt Berlin zu erlangen. Die betreffende Almosenempfängerin ist eine fast 72jährige Dame, die es bitter hart empfindet, Almosen überhaupt in Anspruch nehmen zu müssen. Seit über 10 Jahren (wenn ich nicht irre, sind es schon 14 Jahre) zahlt die Stadt Berlin als Unterstützungswohnsitz ein Armengeld, welches bisher nach ihrer manchmal im Nachbarbezirk belegenen Wohnung überwiesen wurde. Seit zwei oder drei Jahren ist diese Wohnung in Neukölln.

Durch nervöse und körperliche Alterserscheinungen ist die Aermste durchaus nicht mehr imstande, zu ihrem Lebensunterhalt beizutragen. Wohlwollende Verwandte und Freunde, die ihr ihre prekäre Lage manchmal erleichterten, sind im Laufe der Zeit verstorben. Wie man von 33 M. monatlich, wovon 15 bis 18 M. Zimmermiete abgehen, überhaupt leben, sich beköstigen und bekleiden kann, ist doch gar nicht auszudenken. Da sie häufig hungern mußte, ihre jämmerliche Lage aber zu verbergen suchte (da sie den gebildeten Kreisen zugehört), wollte man ihr manchmal nicht glauben, daß ihr weitere Einnahmequellen nicht zu Gebote standen. Dieses weiß ich aber sicher. Eine mir bekannte Dame erbarmte sich und fügte der Armenunterstützung ein doch jederzeit widerrufliches Geschenk von 10 M. hinzu. Die Almosenempfängerin fühlte sich aus Anständigkeit und Wahrheitsliebe verpflichtet, dies der sie ausfragenden Recherchеurin zu sagen.

Am 1. Mai setzte nun die Stadt Neukölln daraufhin plötzlich die Unterstützung auf 15 M. herab. Da dies nur für die Wohnungsmiete ausreicht, war die Aermste zu noch größerem Hungern und Entbehren gezwungen. Ihr Schreiben und meine Gänge zu der zuständigen Verwaltung erhöhten die Unterstützung wieder auf 25 M. Ihre Bemühungen, den alten Unterstützungssatz von 33 M. wieder zu erreichen, trugen der 72jährigen, außer verschiedenen Demütigungen, den Artikel ein."

In Wirklichkeit handelt es sich um einen Fall, der in der letzten Nummer der „Blätter für Armen- und Waisenpflege" geschildert ist. Diese für die Mitglieder der Armen- und Waisenkommissionen bestimmten Blätter ermangeln so sehr des sozialen Empfindens, die dort veröffentlichte Fälle sind so jeder humanen Auffassung bar, besonders die aus der Armendirektion aus der Feder des Herrn Gräffner stammenden, daß man sich wundert, daß nicht schon längst gegen den sich hier breit machenden Unfug öffentlich Front gemacht worden ist.

Sicher wollen auch wir, daß nur bei wirklicher Not und bei Hilfsbedürftigkeit Hilfe geleistet wird, und zwar ausreichende Hilfe, aber fortgesetzt in den „Blättern für Armen- und Waisenpflege" Artikel abzuladen, die fast ausschließlich Mißtrauen gegen Hilfesuchende großziehen und sachliche Prüfungen beeinträchtigen, scheint uns ein Mißbrauch dieser aus städtischen Mitteln bezahlten Blätter zu sein, gegen den entschieden Einspruch erhoben werden muß. Schon der oben geschilderte Fall, der in den „Blättern für Armen- und Waisenpflege" mit den Worten eingeleitet wird: „Mit welcher Unverfrorenheit Almosenempfänger sich an die Armendirektion wenden", zeigt, welch sachliche Behandlung des Armenrechts in den genannten Blättern getrieben wird.

Die Volkskonzerte in der Brauerei Friedrichshain.

Aus dem Rathause wird berichtet: Die in verschiedenen Zeitungen beklagte Störung der Philharmonischen Volkskonzerte im Saale der Brauerei Friedrichshain durch gleichzeitig im Garten daselbst stattfindende Militärmusik hat erneut Veranlassung zu Verhandlungen mit dem Inhaber des Etablissements gegeben. Es ist daraufhin dem Philharmonischen Orchester vom Wirte in dankenswerter Weise die bestimmte Zusicherung gegeben worden, daß an den Konzerttagen der Philharmoniker künftig im Garten nur noch Streichmusik stattfinden dürfe und daß auch sonst dafür Sorge getragen werden würde, daß die Konzerte in keiner Weise mehr von außen gestört werden.

Die Autobuslinie 4: Neukölln—Pankow ist die längste aller Berliner Omnibuslinien. Sie hat sich schnell die Gunst des Publikums erworben. Es besteht nun die Absicht, diese Linie von der alten Pankower Kirche durch die Berliner Straße in Pankow nach dem Bahnhof und bis zum neuen Hochbahnhof „Nordring" an der Schönhauser Allee zu verlängern. Bisher war diese Verlängerung aus „betriebstechnischen" Gründen nicht möglich. Ferner besteht der Wunsch nach einer direkten Verbindung mit dem Bahnhof Reinickendorf-Rosenthal. Diese würde zweifellos bei dem großen Verkehr von und nach dort sehr einträglich sein. Die Wagen der Linie 4A oder 4B brauchten nur nach der Kopenhagener Straße durch die Markstraße geleitet zu werden. Der Verkehr ist auf dieser Strecke noch bedeutend größer und entwickelungsfähiger als durch die Prinzen-Allee nach Pankow, dessen Hauptverkehr sich auf der Berliner Straße und Schönhauser Allee abwickelt.

Geständnis des Lustmörders Beständig.

Bei seiner gestrigen Vernehmung vor dem Untersuchungsrichter, Landrichter Weißaermel, hat der Neuköllner Lustmörder Beständig, nachdem er die ganze Nacht in seiner Zelle ruhelos auf und abgegangen war, endlich ein umfassendes Geständnis abgelegt. Er erklärte, daß er die Erzählung von seinem Komplicen „Werner" nicht mehr aufrecht erhalten wolle, er habe das Verbrechen allein verübt. Nach seiner Darstellung sei er an jenem Abend etwas angetrunken gewesen und habe das Kind mit in seine Wohnung genommen und sich hier mit Gewalt an ihm vergangen. Als das Mädchen schrie, habe er ihm den Mund zugehalten. Da es bei der Tat schwere Verletzungen davongetragen habe und er sich sagte, daß sein Verbrechen doch herauskommen würde, habe er das Kind erdrosselt. Nach diesem Geständnis brach Beständig völlig zusammen und mußte sofort in seine Zelle zurückgeführt werden.

Schwitzende Postboten.

Sie sind jetzt zu bemitleiden, unsere braven Stephansjünger. Es ist schon bei normaler Temperatur nicht leicht, bei zehn Stunden Arbeitszeit und mehr treppauf treppab von Haus zu Haus zu pendeln. Wenn man unsere Postboten mit schwergefüllter Ledertasche am drückenden Riemen im Schweiße des Angesichts ihre Arbeit verrichten sieht, muß man sich fragen: wozu dieser lästige Uniformzwang? Wie es für unsere Briefträger keinen Regenschirm gibt, so gibt es auch keine genügend leichte Litewka und keine leichte Mütze. Im Straßendienst müssen sie schwitzen . . . schwitzen . . . schwitzen, dürfen nicht mal einen Uniformknopf öffnen. Allenfalls ist die weiße Hose gestattet. Warum führt man keine Strohmütze ein? Warum keine Leinenjacke? Weil es auch einen Postzopf gibt.

Herr Kraetke, tun Sie doch mal so als ein postalischer Harun al Raschid jetzt nur zehn Stunden Dienst als Briefträger. Sie werden dann sofort zu sommerlichen Neuerungen bereit sein.

Hitzschläge.

Eine große Anzahl von Hitzschlägen hat die Hitze am Mittwoch gezeitigt. Sowohl in Berlin als auch in der Umgebung wurden Personen vom Hitzschlag betroffen, doch verliefen die Fälle glücklicherweise bis auf einige noch verhältnismäßig günstig. In zwei Fällen, die sich in der Weinmeisterstraße und in Neukölln zutrugen, endeten die Hitzschläge mit tödlichem Ausgang. Am Ufer des Tegeler Sees wurde ein junges Mädchen vom Hitzschlag getroffen. Es brach an der Seite der Mutter bewußtlos zusammen und mußte in bedenklichem Zustande nach dem Krankenhause gebracht werden. Auf der Chaussee nach Köpenick wurden zwei Kutscher vom Hitzschlag betroffen. Einer der Bedauernswerten stürzte vom Bock herunter und erlitt auch noch erhebliche Verletzungen.

„Lieber in den Tod als ins Gefängnis". Mit diesen Worten entfernte sich der 32 Jahre alte Kutscher Max Blüthner aus seiner Wohnung in der Proskauerstr. 25. Er blieb verschwunden, bis gestern seine Leiche am Schleusenufer gelandet wurde. Nach Verlassen der Wohnung ist er noch eine Nacht planlos umhergeirrt und hat sich dann am andern Morgen ins Wasser gestürzt. Der Beweggrund zu dem Selbstmord ist ein ganz eigenartiger. Blüthner war seit einem halben Jahr bei einer Eisenwarengroßhandlung in der Ritterstraße beschäftigt. Vor 14 Tagen kassierte er bei seinen Bestellungen 140 M. und besuchte dann mit einem Kollegen, den er zufällig traf, mehrere Wirtschaften. Als er nach Hause kam, machte er die Entdeckung, daß er das einkassierte Geld verloren hatte. Wie er sagte und immer wieder behauptete, hat er von dem Gelde nichts ausgegeben. Da er dem Arbeitgeber das Geld nicht ersetzen konnte, wurde er entlassen und ihm zur Bedingung gestellt, das Geld zurückzuzahlen. Sein Vorschlag, daß er weiter bei der Eisen-Großhandlung in Diensten bleibe und diese ihm nach und nach den fehlenden Betrag abziehe, wurde von dieser abschlägig beschieden. Da er arbeitslos war, konnte er nichts erstatten. Als das Geschäft ihm schrieb, daß sie ihn wegen Unterschlagung anzeigen werde, wußte er nicht ein und aus. In der Verzweiflung versuchte der Kutscher seine Frau zu überreden, gemeinsam mit ihm in den Tod zu gehen. Die Frau wies ihn aber darauf hin, daß sie doch nicht ihre vier kleinen Kinder allein auf der Welt zurücklassen könnten.

Frau Blüthner ist heute noch davon überzeugt, daß ihr Mann das Geld nicht unterschlagen hat. Wie sie sagt, war er auf seiner letzten Stellung 15 Jahre und hier seien ihm Beträge bis zu 1000 M. anvertraut worden, von denen nie ein Pfennig gefehlt hätte. Sie sprach ihrem Manne Trost zu und glaubte auch nicht, daß er sich das Leben nehmen werde, als er sie am Freitag mit den Worten „Lieber in den Tod als ins Gefängnis" verließ.

Todessturz.

Ein aufregender Vorfall hat sich am Mittwoch in dem Hause Speyerer Straße 4 in Schöneberg ereignet, wo in der vierten Etage der Eigentümer des Hauses Kaufmann Seckelson wohnt. Frau S. war schon seit längerer Zeit schwer nervenkrank und in den letzten Wochen verschlimmerte sich das Leiden immer mehr. Die Erkrankte fürchtete wahnsinnig zu werden und hatte schon wiederholt geäußert, daß sie sich lieber das Leben nehmen wolle. In einem besonders heftigen Anfalle ihres Leidens öffnete die Kranke in einem unbewachten Augenblick das Fenster ihres Schlafzimmers und stürzte sich in die Tiefe. Die Bedauernswerte erlitt so schwere innere und äußere Verletzungen, daß sie auf der Stelle starb.

Richtigstellung. In der am 6. Juli erschienenen Notiz „Ein Kohlenhändler von einem Gastwirt" erschossen, teilten wir mit, daß der Sohn des erschossenen Kohlenhändlers mit Beil und Wagenschere bewaffnet, sich am Streite beteiligt habe. Wir werden gebeten mitzuteilen, daß der Sohn weder ein Beil noch sonst eine Waffe bei sich geführt habe.

Gefunden. Am Sonntag, den 19. Juli, wurde bei den Gesangsaufführungen auf der Schillerwiese ein Bund Schlüssel gefunden. Dasselbe ist abzuholen bei Nebel, Maxstraße 12.

Vorortnachrichten.

Lichtenberg.

Der Parteitag in Würzburg. Ueber dieses Thema referierte in der nur mäßig besuchten Generalversammlung Genosse Stadthagen. Er führte aus: Zwei Hauptthemen habe der Parteitag zu behandeln, Militärstaat und Demokratie und Wirtschaftspolitik und Koalitionshetze. Der Militarismus sei heute in Deutschland auf allen Gebieten tonangebend. Er bedeute für das Volk eine Gefahr, die nicht zu unterschätzen sei, um so mehr, als er dazu dienen soll, für die Aufrechterhaltung der Herrschaft eines kleinen Klüngels einzutreten. Daß sich der Gegner eine immer mehr steigende Nervosität bemächtigt, und deshalb der Militarismus als Helfer aus allen Fährnissen angesehen wird, beweise der Ausspruch des Heydebrand: „Machen Sie doch endlich die Revolution!" Ein Ausspruch, geboren aus der Angst, daß es später vielleicht schon zu spät dafür sei, die Brüder im Soldatenrock für junkerliche und großkapitalistische Zwecke zu mißbrauchen. Die Kritik des Militarismus soll streng verpönt werden. Das haben der Luxemburgprozeß und die übrigen — der Mißhandlungs-, der Kieler und der Remonteprozeß — bewiesen. Wenn in diesen Prozessen die Heeresverwaltung sich die Finger verbrannt habe, so wäre auch bei dem bevorstehenden Massenstreikprozeß ein noch besseres Schauspiel zu erwarten, wenn man etwa die tausend Teilnehmer der Berliner Generalversammlung anklagen wolle oder aber auch die Hunderttausende, die jenem Beschlusse aus vollem Herzen zustimmen. Die Behandlung dieser Frage auf dem Parteitag sei zu begrüßen, denn sie ist notwendig. Richtlinien in dem Kampfe gegen den kulturschädigenden Militarismus und für den Demokratismus aufzustellen, sei Aufgabe des Parteitages. — Zum andern Punkt: Wirtschaftspolitik

und Koalitionshetze übergehend, wies Redner auf die Frivolität der Textilunternehmer hin, die wegen 200 M. wöchentlicher Lohnaufbesserung Zehntausende aussperren. Das, was die Arbeitgeber als ihr Koalitionsrecht bezeichnen, ist weiter nichts, als Mißbrauch ihrer Gewalt gegen das Koalitionsrecht der Arbeiter. Die bürgerliche Presse stehe natürlich wie auch sonst auf seiten der Unternehmer. Die Koalitionshetze trete immer vor Versuchen nach erhöhten Zöllen ein, sie sei jetzt allgemein und trete immer schärfer hervor. Das sei ein Zeichen, daß wieder ein Gewaltakt gegen die Arbeiterschaft bevorsteht. Wie es bei der Zuchthausvorlage, so bei anderen Gewaltmaßregeln gegen die Arbeiterschaft gewesen. Die sächsische mit dem Reichsgesetz unvereinbare Streikpostenverordnung sei ein Beweis, und die preußische Gerichts- und Verwaltungspraxis strebe demselben Ziele zu. Zum Schluß wolle er noch eine Angelegenheit streifen, die weit über Gebühr in und außer der Partei besprochen worden ist. Es sei bezeichnend, daß die untergeordnete Frage des Kaiserhochs soviel Staub aufwirbeln konnte. Die Gegner, die gerne eine Majestätsbeleidigung herausdestillieren wollten, erinnere er daran, daß auch unsere Genossen in der Berliner Stadtverordnetenversammlung, also nicht unter dem Schutze der Immunität, das Kaiserhoch sitzend über sich ergehen lassen. Zu übrigen solle man doch nicht mit solchen kindischen Ansichten kommen. Erst sagt man, das Hoch ist eine Ehrung, und dann, die Nichtehrung ist eine Beleidigung. Eine Beleidigung sei vielmehr eine erzwungene Ehrung. Die ganze Entrüstung sei übrigens gemacht. Beweis: die vom Präsidenten Kämpf abgelesene Entrüstungsrede. Aber auch den Aengstlichen in der Fraktion müsse man sagen, daß kein Grund für die langen Artikel und die übertriebene diplomatische Betonung der Kaiserhochs vorliege. Das Vorgehen der Fraktion sei notwendig geworden, um Ueberrumpelungen, wie seinerzeit beim Antrag Schultz vorzubeugen. In zwei langen Sitzungen habe die Fraktion sich mit dieser Frage beschäftigt, mit einer Frage, die alles andere, denn von großer Bedeutung sei. Wenn die Rechtsstehenden sagen, daß man nichts tun solle, um die Liberalen nicht zu ärgern, so danke er für eine Taktik, die von dem Wohlwollen der bürgerlichen Parteien abhängig ist. Der Revisionismus habe hier sein wahres Gesicht gezeigt. Der Partei soll eine Taktik aufgedrängt werden, die zum Teil auf dem letzten Parteitag gefegt habe und eine Folge der jetzt glücklicherweise überwundenen Dämpfungspolitik sei. Die diplomatische Leisetreterei sei nicht im Interesse der Partei. Charakteristisch sei, daß das „Forum" in einem satirischen Artikel über diese Angelegenheit von „Kreuz-Zeitung", „Tageszeitung", „Soz. Monatsheften" und anderen Scharfmacherorganen geschrieben habe. Vielleicht geben die „Monatshefte" zum bevorstehenden Parteitag einen Extraband unter der Devise „Unser Kaiser und Herr" heraus, so höhnt mit Recht das „Forum". Man darf nicht die Sozialdemokratie zum Schwanz bürgerlicher Parteien machen. Das hat stets zu Niederlagen geführt. Es gilt vielmehr, mit Entschlossenheit dem Drängen des Revisionismus, die Sozialdemokratie zu einer Reformpartei zu machen, entgegenzutreten. — Zur Wahl des Parteivorstandes drückt Redner den Wunsch aus, daß es gelingen möge, den gegen den Willen der Berliner in den Vorstand genommenen Berliner Genossen wieder zu entfernen.

Der Parteitag wird den noch rechts drängenden Weg zu versperren suchen und die Arbeiter in geschlossenster Phalanx gegen die immer kühner auftretende Reaktion unter der alten Devise zu sammeln: Auf einen Schelmen anderthalbe: Immer feste drauf!

In der Diskussion wurden zunächst die zum Parteitag gestellten Anträge begründet. Genosse Unger begründete einen Antrag, der eine andere Regelung der Delegationen herbeiführen will. Wahlkreise bis 5000 Mitglieder sollen einen, über 5000 zwei Delegierte erhalten, Reichstags- und Landtagsfraktion sollen je drei Delegierte entsenden, desgleichen Kontrollkommission und Parteivorstand. Das Mandat soll gebunden sein, die Abstimmung nach dem Proporz erfolgen. Den Rückgang an Mitgliedern und Abonnenten führt er auf den Unfrieden, der „oben" herrsche, zurück. Das Schieben nach rechts komme von den Ablademikern. — Die Ausführungen Th. Fischers auf der Berliner Generalversammlung übersteigen alles, was man bis jetzt den Genossen zu bieten gewagt habe. Einen anderen Antrag, die Maifeier auf einen Sonntag zu verlegen, begründet Kunzendorf. Wenn dieser Zustand der Feier weiter bestehen bleiben soll, erzeugt er Unzufriedenheit. Die Beteiligung gehe zurück, weil sie ungeheure Opfer erfordere. Darum solle man eine andere Form wählen und die Feier auf einen Sonntag verlegen.

Blaser spricht für den Antrag, den Schnapsboykott aufzuheben, da die Organisationen zur Durchführung des Beschlusses bisher nichts getan haben. Lehne die Versammlung den Antrag ab, dann übernehme sie die Verpflichtung, mehr wie bisher den Boykott zu propagieren. — Die Genossen Menz, Ritter und Jaffke wenden sich lebhaft gegen die gestellten Anträge und ersuchen die Versammlung, alle drei Anträge abzulehnen. Der Ungersche Vorschlag sei nichts weiter als eine Beschränkung der großen Wahlkreise. Gebundenes Mandat sei für alle Fragen nicht zu empfehlen. Betreffs der Maifeier liege durchaus kein Grund vor, diese auf einen Sonntag zu verlegen. Den Beschluß über den Schnapsboykott aufzuheben, wäre verfehlt. Nachdem ein Schlußantrag angenommen, wandte sich Stadthagen in seinem Schlußwort ebenfalls gegen die Anträge, die dann auch sämtlich abgelehnt wurden.

Der Vorsitzende Jaffke begründete sodann namens der Bezirksleitung einen Antrag, der Kreis-Generalversammlung vorzuschlagen, daß Kreisvorstand und Bezirke nicht mehr wie bisher einen Vorschlag zur Delegation, sondern Vorschläge machen können, um den größeren Bezirken die Rechte zu geben, die ihnen in einer demokratischen Organisation zustehen müssen. Der Antrag wurde nach unwesentlicher Diskussion angenommen. Der Generalversammlung des Kreises sollen zur Delegation zum Parteitag der Genosse Robert Lenzner und die Genossin Agnes Robst vorgeschlagen werden. — Damit war die Tagesordnung erledigt.

Neukölln.

Ferienpartie. Sonntag, den 26. Juli: Spielpartie in die Königsheide. Treffpunkt nachmittags 1 Uhr am Richardplatz. Die Eltern werden gebeten, den Kindern 10 Pf. und etwas gemahlenen Kaffee zum Kaffeekochen mitzugeben.

Bernau.

Feuersbrunst. Durch Feuerlärm und den Ruf „Menschenleben in Gefahr" wurden die Bewohner unseres Ortes in der Nacht zum Donnerstag aus dem Schlafe geweckt. Es brannten auf dem Grundstück Mühlenstr. 5 das Quergebäude und die umfangreichen Stallungen. Durch die starke Rauchentwicklung wurden die Rettungsarbeiten sehr erschwert, doch gelang es, alle Erwachsenen und Kinder aus den schon stark verqualmten Wohnungen ins Freie zu bringen. Als endlich nach einer guten halben Stunde die hiesige freiwillige Feuerwehr eintraf, stand schon alles in hellen Flammen. Nur dem glücklichen Umstande, daß der Wind günstig stand, ist es zu verdanken, daß nicht noch die weiter umliegenden Gebäude, welche mit Vieh und Futtervorräten dicht gefüllt waren, in Gefahr gerieten. Die Stallgebäude des Hauses Mühlenstr. 5 sowie die des angrenzenden Hauses sind durch die lagernden reichen Holzvorräte vollständig heruntergebrannt. Der Schaden, welcher den Mietern entstand, ist nur zum kleinen Teil durch Versicherung gedeckt. Die Entstehungsursache konnte bisher nicht ermittelt werden.

Sitzungstage der Stadt- und Gemeindevertretungen.

Eichwalde. Freitag, abends 7½ Uhr, im Rathause, Grünauer Straße.

Diese Sitzungen sind öffentlich. Jeder Gemeindeangehörige ist berechtigt, ihnen als Zuhörer beizuwohnen.

Jugendveranstaltungen.

Neukölln. 25. Juli: Wanderung durch den Bielenthaler Forst, mit größerer Baderast. Treffpunkt: Sonnabend, abends 10 Uhr, am Hermannplatz. Fahrgeld 1,40 M. — Heute Freitag finden in beiden Heimen um 8 Uhr Besucherversammlungen statt.

Spiel und Sport.

Radfahrer.

Arbeiter-Radfahrer-Bund „Solidarität". Mitgliedschaft Berlin. Heute abend 8½ Uhr: Generalversammlung bei Obiglo (früher Keller), Koppenstraße 29.

Tourenplan zum Sonntag, den 26. Juli.

1., 2., 3., 4., 5. Abt. Strausberg, Hungriger Wolf (Badetour). Start: 7, 10 und 12 Uhr von den bekannten Startplätzen.

6., 7., 8., 9., 10., 11. Abt. Glienicke an der Nordbahn, bei Rust (Sommerbad). Start: 10 und 12 Uhr von den bekannten Startplätzen.

2. Abt. 29. Juli: Ästellungspflichttour. Start: abends 9 Uhr, Fontanepromenade 18.

12. Abt. Motorfahrer: Spreewald, Lübbenau, über Mittenwalde, Motzen, Ecksdorf, Baruth, Golzen, Lübben, Lübbenau. Auskunftslokal wird am Start bekannt gegeben. Start: früh 3 Uhr, Neukölln, Hermannplatz.

Neukölln: Sonnabendnachttour: Freienwalde. Start: abends 9 Uhr Hohenzollernplatz. — Sonntag: Alt-Glienicke, Rudower Str. 54. Start: 1 Uhr Hohenzollernplatz.

Schöneberg. Kaputh, Lokal Paradies. Start: 5 Uhr bei Obst. — Familientour nach Schmargendorf (Waldkater). Start: 2 Uhr.

Bernau: Unterbezirkstour nach Kalkberge-Rüdersdorf. Start: früh 4 Uhr, Lemmler, Wallstraße 2.

Pankow-Niederschönhausen. Unterbezirkstour nach Rüdersdorf-Kalkberge. Start: 5 Uhr, Mühlenstr. 31.

Lichtenberg. 1. Abt. Früh 5 Uhr: Buckow, Schweizerhaus. — Nachm. 12½ Uhr: Badetour am Böhsee, Spitzmühle. Start: Pfarrstr. 74.

Treptow-Baumschulenweg: Zerch, Schwielowsee (Baderast), über Baumgartenbrück, Kaputh nach Potsdam. Start: 5 Uhr, Baumschulenweg.

Charlottenburg. Sonnabend, abends 7½ Uhr: Neuruppin. — Sonntag, mittags 1 Uhr: Alt-Glienicke, Adlershof. Start: Volkshaus, Rosinenstr. 3.

Tegel: Nachm. 1 Uhr: Mühlenbeck.

Lichterfelde. Sonntag, den 26. Juli: Tour nach Neuruppin. Start: früh 2 Uhr, Vereinslokal.

Köpenick: Sonntag, den 26. Juli: Schnitzeljagd. Treffpunkt 1 Uhr bei Ried. Abfahrt 2 Uhr bei Kohlte, Müggelheimer Str. 22.

Wilmersdorf: Sonntag, den 26. Juli, morgens 5 Uhr: Badetour nach dem Krossinsee. — 8 Uhr: Spieltour nach Kaputh, Start: Am Denkmal.

Schmargendorf: Sonntag, den 26. Juli, nachmittags 2 Uhr: Familienausflug des Wahlvereins; Treffpunkt der Radfahrer: Café Türk, Huberwobader Straße.

Reinickendorf. Sonntag, den 26. Juli, früh 6 Uhr: Badetour nach Gorinsee; nachm. 1 Uhr: Mühlenbeck. Start bei Linning.

Arbeiter-Radfahrer-Verein „Groß-Berlin". Sonntag, den 26. Juli, früh 6 Uhr, nach Eichwalde (Mittes Waldschlößchen). Anschlußstart: Bahnhof Treptow.

Wanderer.

Deutscher Arbeiter-Wanderbund „Die Naturfreunde".

Am Sonntag, den 26. Juli findet die erste Gesellschaftsfahrt in den Oberspreewald statt. Teilnehmerkarten sind noch bis heute abend zu haben bei Heyse, Boyenstr. 19; Kruse, Mariannenstr. 11; Blankenstein, Schillingstraße 17/18 und Horsch, Engelufer 15.

Des weiteren werden am Sonntag folgende Touren unternommen:

Ortsgruppe Berlin:

Fürstenberg, Steinförde (Strohlager), Stechlinsee, Fürstenberg (Nachtwanderung). Abfahrt Sonnabend, abends 10.17 Uhr, Stettiner Fernbahnhof.

Bielenthal, Werbellinsee (Nachtwanderung). Abfahrt Sonnabend abends 11.30 Uhr Stettiner Fernbahnhof.

Friedersdorf, Wolziger See, Kolpin, Rauensche Berge, Fürstenwalde (Nachtwanderung). Abfahrt Sonnabend, abends 7.15 Uhr Görlitzer Bahnhof (in Königswusterhausen umsteigen).

Tiefensee, Freienwalde. Abfahrt Schlesischer Bahnhof (Wriezener Bahnsteig) 5.38 Uhr vormittags.

Trebnitz, Görsdorf, Gusow. Gemeinsame Wanderung mit der Frankfurter Ortsgruppe. Abfahrt Schlesischer Bahnhof 6.51 Uhr vormittags.

Fredersdorf, Stienitzsee, Strausberg. Abfahrt Schlesischer Bahnhof 5.31 Uhr vormittags.

Spandau, Papenberge, Tegel. Abfahrt Lehrter Fernbahnhof 1.35 Uhr nachmittags.

Kinderwanderung. Jungfernheide, Spandau. Treffpunkt 7 Uhr vormittags Berolina (Alexanderplatz).

Ortsgruppe Friedrichshagen-Köpenick:

Erkner, Sidrisee. Abfahrt Bahnhof Köpenick 5.57 Uhr vorm.

Ortsgruppe Neukölln:

I. Fredersdorf, Stienitzsee (Nachttour mit Zelten). Abfahrt Sonnabend abends: 1. Bahnhof Neukölln 7.29 Uhr, Schlesischer Bahnhof 7.59 Uhr. 2. Bahnhof Neukölln 9.29 Uhr, Schlesischer Bahnhof 10 Uhr.

II. Erkner, Stienitzsee (Nachttour). Abfahrt Sonnabend nachm. 4.28 Uhr. Bahnhof Neukölln.

Arbeiter-Touristenverein „Die Naturfreunde". Ortsgruppe Berlin. Sonntag, den 26. Juli, Wanderungen:

1. Schlaudetal, Mizdorf, Reuzelle. Abfahrt nach Mizdorf (Frankfurt a. O. umsteigen). a) Sonnabend abend 8,17; b) Sonntag früh 4.16 vom Schlesischen Bahnhof (Zeitlager).

2. Neuhof, Zesch, Forsthaus Wunder, Wolfersdorf 5. 2. Abfahrt nach Neuhof Anhalter Bahnhof 6.00.

3. Rehbrücke, Kaputh, Lienewitz, Michendorf. Abfahrt nach Rehbrücke Bahnhof Charlottenburg 6.00 (Fernzug).

4. Dahmsdorf, Gr.-Klobichsee, Märk. Schweiz, Sieversdorfer Forst. Abfahrt nach Müncheberg Bahnhof Alexanderplatz 6.41, Schlesischer Bahnhof 6.51 (Sonntagsrückfahrkarte).

5. Leuenberg, Höllengründe, Sternebeck. Abfahrt nach Leuenberg Wriezener Bahnhof 5.33.

6. Niederfinow, Plagesenn, Kloster Chorin, Chorinchen. Abfahrt nach Niederfinow am Sonnabend abend 7.29 Bahnhof Putlitzstraße (Zeitlager).

7. Basdorf, Dammsmühle, Gorinsee, Zepernick. Abfahrt nach Basdorf Stettiner Vorortbahnhof 5.48 (Reinickendorf-Rosenthal umsteigen).

Tour Klosterfelde, Lotschesee fällt fort.

Arbeiter-Wanderverein Berlin. Sonntag, den 26 Juli: Stiftungsfest-Wanderfahrten nach Neubrück bei Hennigsdorf (Restaurant Köhler).

I. Nach Lehnitz, Briese, Birkenwerder, Untermühle, Neubrück. Abfahrt: Sonnabend abend 8.41 Uhr Stettiner Vorortbahnhof bis Lehnitz. Weglänge 18 Kilometer.

II. Nach Vehlefanz, Forsthaus Ziegenkrug, Böhm, Hennigsdorf, Neubrück. Abfahrt: Sonntag früh 6.46 Stettiner Hauptbahnhof. Weglänge zirka 18 Kilometer.

III. Nach Tegel, Schulzendorf, Neubrück. Treffpunkt: Sonntag früh 9 Uhr Endstation der Straßenbahn in Tegel. Weglänge zirka 8 Kilometer. Nachzügler können die vom Stettiner Vorortbahnhof abgehenden Züge (Berlin—Velten) bis Station Heiligensee (30 Pf.) benutzen. Von dort 15 Minuten Weg bis Neubrück.

Turner.

Veranstaltungen des Turnvereins „Fichte" am Sonntag, den 26. Juli:

6. Abt. Familienpartie nach Zwiebusch (Berliner Schweiz). Treffpunkt ½8 Uhr Görlitzer Bahnhof.

10. Männerabt. 25. und 26. Juli: Nachtturnfahrt nach dem Werbellinsee. Treffpunkt 11 Uhr abends Zentralviehhof. Fahrt nach Bielenthal (Gesundbrunnen umsteigen).

13. Männerabt. Familienpartie nach Schöneiche. Treffpunkt 1 Uhr Schlesischer Bahnhof.

17. Abt. Nachtpartie nach Birkenwerder, Nahmersee, Hellsee, Bielenthal. Abfahrt: Sonnabend, abends 11.56 Uhr, Bahnhof Gesundbrunnen.

Arbeiter-Turnverein Pankow, Männerabteilung. Sonnabend, den 25., und Sonntag, den 26. Juli: Nachtpartie mit anschließendem Freibaden im Gorinsee. Treffpunkt: Sonnabend abend 10 Uhr Bahnhof Pankow-Schönhausen, Zug 10.10 Uhr bis Karow. Nachtquartier im Walde. Jeder Teilnehmer muß sich mit Badezeug und einer wollenen Decke versehen.

Arbeiter-Turnerbund. 5. Bezirk (1. Kreis). Sonntag, den 26. Juli, auf dem Sportplatz der Freien Turnerschaft Neukölln—Britz: 2. Bezirksspielfest. Vorm. 8 Uhr: Dreikampf für Turner, Fünfkampf für Turnerinnen, Sportliches Speerwerfen, Vorrunden für Faustball und Tamburin (Frauenabteilungen). Nachm. 1 Uhr: Festzug (Restaurant Bartsch). 2½ Uhr: Allgemeine Stabübungen für Turner und Turnerinnen, 300-Meter-Staffette (14 Mannschaften gemeldet), 500-Meter-Wanderstaffette (25 Mannschaften), Speerwerfen (Entscheidung), Olympische Staffette, Spiele und 3000-Meter-Mannschaftslauf. Abends 8 Uhr: Resultatverkündung, Ansprache des Bezirksvertreters, Schlußlied. Konzert bis 10 Uhr. Eintritt für den ganzen Tag 25 Pf. Programm gratis.

Schwimmer.

Schwimmklub „Vorwärts" Ober-Schöneweide. Sonntag, den 26. Juli, nachmittags 3 Uhr: Sommerschwimmfest in der 1. Gemeindebadeanstalt.

Arbeiter-Schwimmverein „Neukölln". Sonntag, den 26. Juli: Besuch des Schwimmfestes in Ober-Schöneweide, in der dortigen städtischen Badeanstalt, Nähe Tabberts Waldschlößchen. Treffpunkt: ½2 Uhr Bahnhof Neukölln, Ausgang Saalestraße.

Fußball.

Auf dem Sperber-Sportplatz Neukölln, Kölnische Allee 123, spielt am Sonntag Südstern I gegen den Groß-Berliner Fußballmeister Allemania I, Friedrichshagen. Anfang 5 Uhr. Vorher Spiel von Südstern II.

Am Sonntag, den 26. Juli, spielen Adler I gegen Rüstig-Vorwärts I, ferner dieselben II. und III. Mannschaften auf dem Adler-Sportplatz in Reinickendorf, Schiller-Promenade 49. Anfang nachmittags 2 Uhr.

Sportklub Germania-Weißensee I gegen Arbeiter-Turnverein Pankow I auf dem Germania-Sportplatz, Rölckestr. 20. Anfang 5 Uhr.

Athleten.

Am Sonntag, den 26. Juli, findet das Sommerfest, verbunden mit Wettstreit im Ringen und Heben, vom Arbeiter-Athletenbund (Groß-Berlin) im Café Bellevue (Inh. Tempel) am Nummelsburger See statt. Anfang 3 Uhr. Eintritt 20 Pf.

Sportkartell für Oberschöneweide.

Turner. Bezirksspielfest. Abmarsch: Sonntag früh 6½ Uhr Königsplatz.

Radfahrer: Sonnabend abend 8½ Uhr: Nachttour Rauener Berge. Nachtquartier in Markgrafpieske. Start bei Schüffler, Siemensstraße 28. — Unsere Spiele finden von jetzt ab nicht Dienstags, sondern Mittwochs von 7 Uhr abends an statt.

Schwimmer. Sonntag: Schwimmfest. Beginn nachmittags 2 Uhr. Tabberts Waldschlößchen.

Arbeiter-Samariterbund, Kolonne Groß-Berlin.

Freitag, den 31. Juli, abends 8½ Uhr, im Restaurant Haberland, Neue Friedrichstr. 35: Wichtige Mitgliederversammlung.

Zentral- Kranken- und Sterbekasse der Deutschen Wagenbauer. Neukölln I. Heute Freitag, abends 8½ Uhr: Mitgliederversammlung bei Grieger, Lessingstr. 9: Neuwahl der Ortsverwaltung.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße 69, hofr hier Treppen — Fahrstuhl —, wochentäglich von 4½ bis 7½ Uhr abends, Sonnabends, von 4½ bis 6 Uhr abends statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Anfrage ist ein Buchstabe und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abonnementsquittung beigefügt ist, werden nicht beantwortet. Eilige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

— **Polizeiwache.** 1.—3. Nur dann, wenn Sie unter Angabe der Angelegenheit zur verantwortlichen Vernehmung geladen werden. In solchem Falle kann bei Weigerung die Vorführung erfolgen. 4. Eine Aussagepflicht besteht überhaupt nicht. 5. Nein. — **Ph. B. 1091.** Ja, ein Drittel. — **Steglitz 34.** Ja, für jedes Jahr, das Sie dienen, 240 M. Antrag an die Ortsbehörde. — **H. B. 86.** Es ist ratsam, noch einen anderen Kassenarzt zu konsultieren. — **P. G. 12.** Nein, da Verjährung eingetreten ist. **H. 10.** Die Pfändung würde trotzdem zulässig sein. — **E. E. 32.** Sie sind zahlungspflichtig. — **R. O. 6.** 1. Die Ihnen gehörigen Sachen können Sie zurückverlangen, eventuell Klage erheben. 2. Ja. 3. Falls eine einstweilige Verfügung erlassen wird, etwa vierzehn Tage. — **Sz. 8.** Wenden Sie sich an einen Bücherantiquar (Adressen im Adreßbuch).

Briefkasten der Expedition.

Patienten in Beelitz, Buch und anderen Heilstätten. Diejenigen unserer Abonnenten, die noch während des ganzen nächsten Monats in der Heilstätte bleiben, wollen ihrem bisherigen Spediteur wegen der Ueberweisung von Freiexemplaren sofort ihre genaue Adresse (Abteilung, Pavillon usw.) einsenden, da bei verspäteter Bestellung die ersten Nummern des neuen Monats von der Post nicht geliefert werden. Alle Adressen müssen jeden Monat neu eingesandt werden.

Amtlicher Marktbericht der städtischen Markthallen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. (Ohne Verbindlichkeit.) Donnerstag, den 23. Juli. Fleisch: Rindfleisch per 50 kg Mark: Ochsenfleisch Ia 71—83, do. IIa 67—70, do. IIIa 58—67; Bullenfleisch Ia 68—78, do. IIa 63—67; Kühe, fett 42—55, do. mager 33—44, Fresser 55—62, do. dän. 50—58; Bullen, dän. 50—65. Kalbfleisch: Doppellender 105—130; Mastkälber Ia 90—100, do. IIa 77—89; Kälber ger. gen. 48—62. Hammelfleisch: Mastlämmer 90—95; Hammel Ia 79—89, do. IIa 71—78, do. austral. —,—; Schafe 76—82. Schweinefleisch 54—59. — Eier: Landeier Schock 3,50—3,90; Trinkeier 4,00—4,20. — Butter: Molkereibutter per 50 kg 95—110; Landbutter 80—90. — Gemüse, inländisches: Kartoffeln, neue weiße Magdeb. 4,50—4,75, blaue do 5,00—5,50, weiße Kaiserkronen 3,75—4,00, Rosen 4,75—5,25; Porree Schock 0,50—1,00; Spinat 50 kg 10,00—15,00; Schoten 8,00—12,00; Mohrrüben 50 kg 3,00—4,00; Bohnen 50 kg 2,00—5,00; Champignon 50 kg 30,00—35,00; Kohlrabi Schock 0,50—0,80; Wirsingkohl Schock 3,00—6,00; Weißkohl Schock 3,00—6,00, Rotkohl Schock 3,00—6,00; Blumenkohl, Erfurter 100 Stück 4,00—20,00; Meerrettich Schock 3,50—12,00; Petersilienwurzel Schockbund 1,00—3,00; Radieschen Schockbund 0,70—1,00; Salat Schock 1,00—2,00; Zwiebeln 50 kg 8,00—10,00; Tomaten 50 kg 10—15; Pfefferlinge 25,00—30,00; Buffbohnen 50 kg 7,00—10,00. Ausländisches. Tomaten, italienische, 50 kg 4—8; do. französische 8,00—12,00; Blumenkohl, holländischer Ia 100 Stück 10,00—25,00, Zwiebeln, ägyptische 50 kg 16,00—18,00, do. ital. 7,00—8,00, do. ungarische 6,00—9,00; Gurken, holl. 100 Stück 5,00—12,00, do. ungarische, Sack (zirka 8 Schock) 1,00—2,00. — Obst u. Südfrüchte. Kirschen 50 kg Glas- 12,00—18,00, saure 10,00—12,00, Thüringer 5,00—12,00, schlesische 5,00—14,00, Werdersche saure 12,00—15,00, do. Knapper 0,00—0,00, do. Katten 18,00—20,00; Aepfel, ital. 50 kg 16,00—20,00; ungarische 12,00—20,00; Birnen, italienische 50 kg 16,00—18,00, do. Coscie 22,00—24,00, französische 10,00—16,00; Tiroler Muskateller 10,00—16,00; hiesige 8,00—10,00; Stachelbeeren, reife, hiesige, 50 kg 2,00—5,00; Himbeeren, 50 kg 26,00—30,00, Preß- 25,00—28,00; Johannisbeeren, hiesige 50 kg 7,00—12,00; Blaubeeren 50 kg 25,00—30,00; Aprikosen, italienische, 50 kg 10,00—13,00, franz. 10,00—28,00, ungar. 2,00—12,00; Pfirsiche, ital. 15,00—50,00, franz. 15,00—50,00; Pflaumen, ital. 12,00—25,00; Weintrauben, sizilianische Milazzo 50 kg 26,00—30,00, Algier 24,00—30,00; Bananen, Jamaika 50 kg 14,00—16,00, kanarische 50 kg 6,00—17,00; Erdnüsse 50 kg 28,00—30,00; Walnüsse, grüne 50 kg 12,00; Zitronen, Messina 500 St. 8,00—12,00, 300 Stück 8,00—18,00, Messina 360 Stück 6,00—14,00, Messina 150 Stück 6,00—10,00.

Witterungsübersicht vom 23. Juli 1914.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.
Swinemünde	747	SSO	4	halb bd.	24	Haparanda	752	NO		6 wolkig	15
Hamburg	748	WSW	3	Regen	19	Petersburg	756	SO		1 wolkenl	17
Berlin	747	W	1	wolkig	21	Scilly	759	NW		2 bedeckt	14
Frankf. a. M.	751	SW	5	bedeckt	19	Aberdeen	748	W		8 wolkig	14
München	753	W	5	Regen	15	Paris	755	NW		3 wolkig	15
Wien	750	W	3	wolkig	22						

Wetterprognose für Freitag, den 24. Juli 1914.

Etwas kühler, zeitweise aufklarend, vorherrschend wolkig mit leichten Regenfällen und ziemlich frischen westlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Wetteraussichten für das mittlere Norddeutschland bis Sonnabendmittag: Im Westen zeitweise heiter, jedoch überall noch sehr veränderlich und besonders östlich der Oder öfters wiederholte Regenschauer mit weiterer Abkühlung.

Wasserstands-Nachrichten
der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau

Wasserstand	am 22. 7. cm	seit 21. 7. cm¹)	Wasserstand	am 22. 7. cm	seit 21. 7. cm¹)
Memel, Tilsit	71	+9	Saale, Grochlitz	190	−17
Pregel, Insterburg	−53	−2	Havel, Spandau²)	40	0
Weichsel, Thorn	122	0	„ Rathenow²)	1	−2
Oder, Ratibor	89	−3	Spree, Spremberg²)	78	−4
„ Krossen	77	−5	„ Berlekow	80	0
„ Frankfurt	85	−4	Weser, Münden	191	−24
Warthe, Schrimm	−28	0	„ Minden	268	−16
„ Landsberg	−32	−4	Rhein, Maximiliansau	578	−12
Netze, Nakel	−32	−2	„ Kaub	360	−1
Elbe, Leitmeritz	82	−43	„ Köln	345	−4
„ Dresden	−18	−38	Neckar, Heilbronn	97	−6
„ Barby	297	+36	Main, Hanau	161	+8
„ Magdeburg	224	+40	Mosel, Trier	30	−4

¹) + bedeutet Wachs. — Fall. — ²) Unterpegel.

Verantwortlicher Redakteur: Albert Wachs, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.